3 Handlungsräume

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges avancierte Berlin zu einem „Ort des Übergangs“¹ zwischen dem westlichen und östlichen Europa. Hohe Migrationszahlen ergaben sich aus einer doppelten Durchquerung der Stadt, die oftmals in längeren Aufenthalten mündete. Von West nach Ost durchquerten osteuropäische Jüdinnen und Juden, die während des Krieges in Deutschland Zwangsarbeit verrichtet hatten, und aus deutscher Kriegsgefangenschaft befreite russländische Soldaten Berlin.² Von Ost nach West verliefen Fluchtbewegungen aufgrund von Pogromen, (Bürger-)Kriegszuständen und daraus folgenden Hungersnöten. Jüdische MigrantInnen sahen im Aufenthalt in Deutschland zwar meist nur eine Zwischenstation, wegen fehlender Alternativen entwickelte sich Berlin jedoch zu einem Ort der „gestoppten Durchwanderung“³. Migrationszahlen, die aufgrund starker Fluktuation und Ungenauigkeiten nur als Schätzungen gelesen werden können, unterstreichen die Bedeutung der Stadt als russländischer und osteuropäisch-jüdischer Migrationsort: Eigenen Angaben zufolge betreute der *Hilfsverein der Deutschen Juden* im Jahr 1921 knapp 44.000 Personen, 1925 und 1926 waren es mehr als 30.000 Personen pro Jahr.⁴ Die Gesamtzahl in Berlin lebender russländischer MigrantInnen war allerdings um ein Vielfaches höher. Sie lag 1922/23 bei etwa 350.000 Personen, was mehr als die Hälfte der osteuropäischen MigrantInnen in der gesamten Weimarer Republik ausmachte. In den folgenden Jahren verringerten sich diese Zahlen; es verblieben jedoch bis 1933 geschätzte 100.000 aus Osteuropa stammende Menschen in Berlin.⁵

1 Begriff nach: Brinkmann, Ort des Übergangs.

2 Bzgl. Zwangsarbeit in Deutschland während des Ersten Weltkrieges vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 99 – 103.

3 Saß, Berliner Luftmenschen, S. 13.

4 Zahlen nach: Brinkmann, Ort des Übergangs, S. 37f. Gennady Estraiikh geht davon aus, dass im Jahr 1925 mehr als 40.000 jüdische ImmigrantInnen und Ende der 1920er Jahre ungefähr 13.000 Jüdinnen und Juden aus den ehemaligen Imperien Österreich-Ungarn und Russländisches Reich in Berlin lebten. Vgl. Estraiikh, Gennady: Introduction. Yiddish on the Spree. In: Estraiikh, Gennady/Krutikov, Mikhail: Yiddish in Weimar Berlin. At the Crossroads of Diaspora Politics and Culture. Oxford 2010. S. 1 – 28. Hier S. 5f. Anne-Christin Saß spricht von „mehreren Zehntausend“ osteuropäisch-jüdischen MigrantInnen unter den „etwa fünfhunderttausend Migranten“ aus Osteuropa. Saß, Berliner Luftmenschen, S. 12. Salomon Adler-Rudel geht für 1925 von 43.838 ausländischen Jüdinnen und Juden in Berlin aus, für 1933 von 48.075. Vgl. Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland, S. 165.

5 Zahlen zitiert nach: Schlögel, Berlin: Stiefmutter, S. 237 f. Die Migrationszahlen für die gesamte Weimarer Republik aus: Saß, Berliner Luftmenschen, S. 12. Tobias Brinkmann hält diese Schätzungen für zu hoch. Als Begründung führt er an, dass viele Personen doppelt erfasst worden

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war die Stadt Berlin aufgrund ihrer „zentralen Lage [...] im mitteleuropäischen Eisenbahnnetz“⁶ ein wichtiger Knotenpunkt der Migration. RevolutionärInnen aus Osteuropa pflegten seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts enge Kontakte in die Stadt und zur dort ansässigen Sozialdemokratie, die im europäischen Vergleich die quantitativ größte Partei war und dessen politisches Zentrum das „Rote Berlin“ darstellte.⁷ Im vorherigen Kapitel wurde anhand der Biografien von Pavel Aksel'rod, Abraham Mutnik, Alexander Stein und anderen bereits gezeigt, dass osteuropäisch-jüdische RevolutionärInnen schon vor dem Ersten Weltkrieg für einen längeren Zeitraum in der Stadt verweilten. Hieraus entstanden politische und persönliche Netzwerke: Die SPD gewährte Publikationsmöglichkeiten für die ExilantInnen und ihre Berliner Parteizentrale fungierte als Transferpunkt, über den jiddisch- und russischsprachige Literatur illegal nach Osteuropa gelangte.⁸ Sowohl die SDAPR, die SR und der *Bund* unterhielten seit dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts Exilstrukturen in Berlin.⁹

Auf diese bereits bestehenden Netzwerke griffen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen nach dem Ersten Weltkrieg zurück. Im Gegensatz zu anderen zeitgenössischen Migrationsgruppen aus Osteuropa war Berlin für SozialistInnen ein bewusst gewählter Exilort. Der städtische Mikrokosmos bot ihnen verhältnismäßig gute politische und ökonomische Rahmenbedingungen, in denen sie Tätigkeiten als PolitikerInnen, JournalistInnen, LyrikerInnen, WissenschaftlerInnen und MitarbeiterInnen in Hilfsorganisationen ausführen und fortsetzen konnten.

sein. Hinzu komme, dass AntisemitInnen die Zahlen bewusst hochgerechnet hätten und dieses Zahlenmaterial zum Teil in der Forschung übernommen worden sei. Vgl. Brinkmann, Ort des Übergangs, S. 37f.

⁶ Brinkmann, Ort des Übergangs, S. 29.

⁷ Vgl. Weipert, Das Rote Berlin. Auf S. 62 stellt Weipert fest, dass 1912 drei Viertel aller Wähler der Stadt – insgesamt 307762 Personen – für die SPD stimmten. Die Aussage Weiperts bezieht sich auf die Stadt Berlin vor der Gebietsreform zu Beginn der 1920er Jahre, durch welche Berlin aufgrund vieler Eingemeindungen stark vergrößert wurde.

⁸ Vgl. Pickhan, The Bund in Poland and German Social Democracy; Menes, Der lebens-veg, S. 8.

⁹ Für Berlin als Ort osteuropäischer Exilparteien vor dem Ersten Weltkrieg vgl. für den *Bund* Weill, Russian Bundists Abroad and in Exile; Menes, Der lebens-veg, S. 9 und S. 22. Menes erwähnt die Gründung einer ersten Berliner *Bund*-Auslandsvertretung bereits vor der Jahrhundertwende. Für die SDAPR vgl. bspw. Haimson, The Making of Three Russian Revolutionaries, S. 107f. In dem mit Lidija Dan geführten Interview berichtet diese, dass die Zeitung *Iskra* über die in Berlin lebende Exilgruppe ins Russländische Reich geschmuggelt wurde. Für die SR vgl. IISH, Partija Socialistov-Revolutionerov (Rossija) Archives, Nr. 255. In den Dokumenten befinden sich Berichte und Finanzabrechnungen u. a. aus dem Jahr 1909, erstellt von der „Berliner sozialrevolutionären Gruppe“.

Im vorliegenden zweiten Kapitel werden die organisatorischen Strukturen der verschiedenen sozialistischen Handlungsräume der Stadt Berlin beschrieben. Ein sozialistischer Handlungsraum wird hierbei als ein über Partei- und Gewerkschaftszusammenschlüsse hinausgehender Sprachraum verstanden, in dem Verlage, Bildungs-, Jugend- und Kulturvereine, Debattierclubs und Hilfsorganisationen, Weiterbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie Angebote der Freizeitgestaltung für ArbeiterInnen und weitere der sozialistischen Idee anhängende Personen existierten.¹⁰ Ein Zitat aus den Lebenserinnerungen des SPD-Parteivorsitzenden Arthur Crispian verdeutlicht die nach dem Ersten Weltkrieg vorherrschende und weit über eine reine Parteizugehörigkeit reichende internationale sozialistische Idee:

Die Sozialdemokratie ist keine blosse politische Partei für die Lösung von Tagesfragen. Sie ist die Kulturbewegung für den kommenden Sozialismus. Mit ihm beginnt ein neues Zeitalter für die Völker aller Länder, in der sie alle umfassenden Sozialistischen Gesellschaft. [...]

Die Sozialdemokratie ist von Anfang an bestrebt gewesen, Wissen und Bildung im Proletariat zu fördern. In erster Linie durch planmässige Einführung in die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus, ferner durch allseitige Weiterbildung und durch Entwicklung auch des künstlerischen Sinns.

Als Mittel dienen Arbeiter-Bildungsschulen, Vortragskurse guter Literatur, Bibliotheken, Behandlung theoretischer Fragen in der sozialistischen Presse, Veranstaltung von Konzerten, Vortragsabenden, Theatervorstellungen, Museumsbesuchen, wertvoll ausgestatteten Arbeiterfesten, Feierstunden usw.¹¹

Aus diesem Selbstverständnis heraus entwickelten sich ebenfalls Ansätze der Frauen- und der Wissenschaftsförderung unter ArbeiterInnen sowie progressive Bildungskonzepte und staatliche Programme der sozialen und gesundheitlichen Unterstützung.

In der Forschung bisher wenig befragt ist der Einfluss von politischen ExilantInnen auf die sozialistischen Handlungsräume Berlins. Besonders durch den Zuzug aus Osteuropa entstand in der Weimarer Republik eine sprachliche und ethnische Diversität, die neben dem deutschsprachigen auch die bisher kaum beachteten jiddisch- und russischsprachigen sozialistischen Handlungsräume entstehen ließ. In allen drei sich überlagernden Räumen existierten neben (Exil-)

10 Vgl. Weipert, *Das Rote Berlin*, S. 168. Weipert bezieht sich auf die deutschsprachige ArbeiterInnenbewegung in der Weimarer Republik, für die es „in der Tat möglich [war], sich von der Wiege bis zur Bahre in einem eigenen, von der übrigen Gesellschaft weitgehend abgeschlossenen Umfeld aufzuhalten.“ Ebd.

11 Crispian, Arthur: Ohne Wissen kein Wollen, keine Macht. (unveröffentlichtes Manuskript). S. 7f. Eingesehen in: AdSD, Nachlass Arthur Crispian, Nr. 1/ACAA 000002. Hervorhebung im Original.

Parteien die bereits aufgezählten, an die städtische ArbeiterInnenschaft und ihre AnhängerInnenschaft gerichteten sozialistischen Förder-, Freizeit- und Weiterbildungsangebote. Die in dieser Arbeit im Fokus stehende Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen bewegte sich aufgrund ihrer Multilingualität und ihres Erfahrungsbefundes zeitgleich im jiddisch-, russisch- und deutschsprachigen sozialistischen Handlungsraum Berlins. Dabei gestalteten sie diese drei Handlungsräume nicht nur mit, sondern verbanden sie durch ihre MittlerInnenfunktion, die sie als politische ExilantInnen einnahmen.¹²

Die Mehrzahl der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen bewegte sich in allen drei Handlungsräumen. Die in dieser Arbeit betrachtete Gruppe ist jedoch keinesfalls identisch mit der Gesamtzahl der AkteurInnen in den sozialistischen Handlungsräumen. So gab es beispielsweise kommunistische Jüdinnen und Juden, die jiddischsprachige Zeitungen publizierten und Vereine gründeten und diese im jiddischsprachigen sozialistischen Handlungsraum vertrieben. Im russischsprachigen Handlungsraum waren die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen nur ein Teil der gesamten multiethnischen Migrationsbewegung. Im deutschsprachigen Handlungsraum traf die Exilgruppe auf mehrere Tausend deutsche SozialistInnen.

Für eine strukturiertere Darstellung werden im Folgenden die drei Handlungsräume des sozialistischen Berlins der Weimarer Republik getrennt dargestellt. Die Darstellung erfolgt weitestgehend chronologisch und entlang der in der Forschung zur Weimarer Republik vorherrschenden Periodisierung in eine bis 1923 anhaltende „unruhige Gründungsphase“¹³, eine bis 1929 bestehende „relativ stabile Phase“¹⁴ und eine darauffolgende Endphase der Weimarer Republik. Diese Dreiteilung ist für die Darstellung der sozialistischen Exilstrukturen fruchtbar, da ihr folgend Brüche und Kontinuitäten sichtbar werden. Die Darstellung des deutschsprachigen Handlungsraums erfolgt jedoch in einer kompakteren Form

12 Der Begriff „MittlerIn“ ist angelehnt an die Definition von Heiko Haumann, der die Stellung der osteuropäischen Judenheiten als MittlerInnen auf kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Ebene zwischen Stadt und Land beschreibt und dies als „das Spezifikum des Judentums in der europäischen Geschichte“ sieht. Vgl. Haumann, *Geschichte der Ostjuden*, S. 33. Es gibt einen weiteren Begriff, der in der Forschung zur Charakterisierung der politischen ExilantInnen verwendet wird: Uli Schöler beschreibt den in Mannheim lebenden osteuropäisch-jüdischen Sozialisten Aleksandr Šifrin, der in der Zwischenkriegszeit sowohl Mitglied der SDAPR als auch der SPD war, als „Grenzgänger“. Vgl. Schöler, *Totalitarismustheoretische Ansätze bei Alexander Schifrin*.

13 Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen*. Erster Band. *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*. München 2005. S. 378–452.

14 Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Erster Band, S. 452–488.

als die der anderen beiden Räume, wobei hierbei der Fokus auf die Darstellung der Beteiligung der politischen ExilantInnen gelegt wird.

Exil- und Migrationsbewegungen konstituieren sich zu einem großen Teil in privaten oder halböffentlichen Räumen, was eine nachträgliche Rekonstruktion erschwert.¹⁵ So beschreibt beispielsweise Vera Broido, die Tochter der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen Mark und Eva Broido, dass die Wohnung ihrer Familie „the centre of the Menshevik colony“¹⁶ wurde, in der man sich traf und in der die Redaktionssitzungen des *Socialističeskij vestnik* stattfanden. Ebenso konnte nachvollzogen werden, dass die *Berliner Bund-Gruppe* Parteitreffen und Jubiläen in Privatwohnungen veranstaltete.¹⁷ Dieser Rückzug in private und halböffentliche Räume stellt für die historische Rekonstruktion eine methodische Herausforderung dar, da diese Orte und Treffen von der Öffentlichkeit unentdeckt bleiben und höchstens in biografischen Darstellungen erwähnt werden.

Zahlreiche Überlappungen und gegenseitige Beeinflussungen zeigen, dass die für eine bessere Leserlichkeit vorgenommene strikte Trennung der Handlungsräume keinesfalls der zeitgenössischen Realität entsprach. Deswegen werden in einem zweiten Teil dieses Kapitels anhand biografischer Skizzen ausgewählter osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen diese Verschränkungen beispielhaft dargestellt. Sie werden außerdem im dritten Hauptkapitel anhand der Darstellung von inhaltlichen Debatten, an denen die politischen ExilantInnen teilnahmen, weiter vertieft.

3.1 Sozialistische Sprach- und Handlungsräume

3.1.1 Jiddischsprachiger Handlungsraum

3.1.1.1 Die Anfangsjahre der Weimarer Republik

Jiddisch war zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Russländischen Reich eine gängige Kommunikationssprache. In einer 1897 durchgeführten Volkszählung gaben mehr als 95 % der Jüdinnen und Juden an, dass Jiddisch ihre Muttersprache sei.¹⁸

15 Vgl. Dohrn, Verena/Korkowsky, Britta/Saß, Anne-Christin: Einleitung. Das Berlin der 1920er und 1930er Jahre aus der Perspektive osteuropäisch-jüdischer Migrant*innen. In: Dohrn, Verena/Korkowsky, Britta/Saß, Anne-Christin (Hrsg.): „... die Nacht hat uns verschluckt“. Poesie und Prosa jüdischer Migrant*innen im Berlin der 1920er und 30er Jahre. Eine Anthologie. Göttingen 2018. S. 11–23. Hier S. 18 f.

16 Broido, Daughter of Revolution, S. 145.

17 Vgl. Saß, Transnational and Transcultural Spaces, S. 131.

18 Vgl. Fishman, The Rise of Modern Yiddish Culture, S. 6.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts hatte sich die Sprache von einer weniger bedeutenden Mundart zu einer relevanten Schriftsprache gewandelt. Diese Aufwertung steigerte auch ihre Attraktivität für die ArbeiterInnenbewegung, welche mit jiddischen Publikationen das Gros der jüdischen Bevölkerung des Russländischen Reiches erreichen konnte – eine Möglichkeit, die vor dem Ersten Weltkrieg sowohl bundische, territorialistische als auch zionistische Parteistrukturen nutzten.¹⁹ Im westlichen Europa war Jiddisch dagegen in der Neuzeit keine gängige Kommunikationssprache. Jiddischsprachige Handlungsräume entstanden dort durch Migrationsbewegungen aus Osteuropa. Einen ersten beständigen größeren Zuzug von osteuropäischen Jüdinnen und Juden ins Deutsche Kaiserreich gab es während des Ersten Weltkrieges. Zahlreiche osteuropäisch-jüdische ArbeiterInnen wurden als Arbeitskräfte nach Deutschland verschleppt oder für einen Arbeitsinsatz angeworben. Vorwiegend ließen sie sich in größeren Industriezentren wie dem Rheinland, dem Großraum Frankfurt am Main, Oberschlesien und der Stadt Berlin nieder.²⁰

Nach Ende des Krieges versuchten viele der aus Ost- und Ostmitteleuropa stammenden Jüdinnen und Juden, in ihre alte Heimat zurückzukehren. Oftmals verlief die Remigration über Berlin, wodurch in der Stadt ein größerer jiddischsprachiger Handlungsraum entstand, den der Historiker Gennady Estraiikh mit Verweis auf das jüdische Zentrum Osteuropas als „*Vilna on the Spree*“²¹ beschreibt. In der Gründungszeit der Weimarer Republik entstanden in Berlin jiddischsprachige Verlage, Debattierklubs, Vereine, ArbeiterInnenbibliotheken und Hilfsorganisationen. Ebenfalls entwickelte sich eine parteipolitische Vielfalt, die die Spaltung der zeitgenössischen ArbeiterInnenbewegung zwischen sozialistischen und kommunistischen Parteien abbildete.

In den ersten Jahren nach Kriegsende entstand der jiddischsprachige sozialistische Handlungsraum im Ostteil der Stadt. Das sogenannte „Scheunenviertel“ rund um den Alexanderplatz wurde zu einem Anlaufpunkt für mittellose Jüdinnen und Juden aus Ost- und Ostmitteleuropa, die während der Kriegszeit oder

19 Vgl. Fishman, *The Rise of Modern Yiddish Culture*, S. 6. Ob die Benutzung der jiddischen Sprache durch die jüdischen ArbeiterInnenbewegungsparteien zu einer Aufwertung der Sprache führte oder ob die Sprache in der kulturellen Sphäre eine Aufwertung erfuhr und erst danach durch die revolutionären Parteien benutzt wurde, ist umstritten. Fishman argumentiert für Letzteres. Dagegen sah beispielsweise Aaron Patkin in der zeitgenössischen jüdischen ArbeiterInnenbewegung „an integral ideal of national and cultural regeneration“. Patkin, *The Origins of the Russian-Jewish Labour Movement*, S. 266.

20 Nach Ulrich Herbert lebten etwa 80.000 jüdische ArbeiterInnen aus Osteuropa zur Zeit des Ersten Weltkrieges im Deutschen Kaiserreich. Vgl. Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik*, S. 99–103.

21 Estraiikh, *Vilna on the Spree*.

aufgrund der Pogrome und des Bürgerkrieges nach Berlin geflüchtet waren. Erst zu Beginn der 1920er Jahre sollte sich dieser Handlungsraum auch auf den Westteil der Stadt ausbreiten, was vor allen Dingen mit der in dieser Studie betrachteten Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen zusammenhing. Bereits die Historikerin Anne-Christin Saß hat darauf verwiesen, dass der osteuropäisch-jüdische Migrationsraum des Berlins der Weimarer Republik einer geografischen Unterteilung zwischen Ost und West unterlag. Je nach sozialer Herkunft und finanziellen Möglichkeiten ließen sich osteuropäisch-jüdische MigrantInnen entweder im ärmeren „Scheunenviertel“ im Ostteil der Stadt oder im reicheren Berliner Westen, der auch „Charlottengrad“ genannt wurde, nieder. Zeitgenössisch sei „[d]ie Distanz zwischen den beiden Orten in Berlin und den Gruppen, die sie repräsentierten [...], nahezu unüberwindbar“²² gewesen.

Die politischen Debatten unter den im „Scheunenviertel“ lebenden MigrantInnen drehten sich zu Beginn der Weimarer Republik sowohl um die revolutionären Ereignisse in (Ost-)Europa, Pogrom- und Bürgerkriegserfahrungen als auch um politische Alternativen, welche der Hoffnung auf eine bessere Zukunft Ausdruck verliehen. Für viele repräsentierten die Parteien der ArbeiterInnenbewegung diese Alternative, weswegen viele von ihnen in diesen Jahren auch im Mikrokosmos des Berliner Migrationsraums agierten. Jüdische KommunistInnen, BundistInnen, TerritorialistInnen und ZionistInnen stritten in jiddischer Sprache um den vielversprechendsten Weg zum Sozialismus und sie alle versuchten, jüdische ArbeiterInnen aus dem „Scheunenviertel“ für ihre jeweilige Position zu gewinnen.

Die sich vollziehende Teilung der ArbeiterInnenbewegung in eine sozialistische und eine kommunistische Bewegung war auch im jiddischsprachigen Handlungsraum sichtbar und kann besonders deutlich anhand der unterschiedlichen Parteistrukturen des *Bund* rekonstruiert werden. Spätestens 1920 gab es mit dem *Jiddischen Sozialdemokratischen Verein „Bund“*²³ und der *Berliner Bund-Gruppe*²⁴ in Berlin zwei Parteien, die unterschiedliche ideologische Richtungen vertraten, sich in ihrem Selbstverständnis aber beide auf den *Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund* aus dem Russländischen Reich beriefen.²⁵ Die zahlenmäßig

²² Saß, Berliner Luftmenschen, S. 180.

²³ Erwähnung in: Brief vom 13.10.1920 an Vladimir Kosovski. Eingesehen in: YIVO-Archives, RG 1400, Nr. 98.

²⁴ Erwähnung in: N. N.: Berliner yidish lebn. In: Der Morgnshtern. Tsaytschrift far politik un sotsiale frag, Vol. 1 (1921), Nr. 4/5 (23.03.1921). S. 6.

²⁵ In einer Vortragsankündigung taucht ebenfalls der Parteiname *Bundische Organisation Berlin* auf. Vgl. Vortragsankündigung. In: Der Ostjude. Jüdisches Wochenblatt. Zentralorgan des Verbandes der Ostjuden in Deutschland, Vol. 1 (1920), Nr. 3 (24.09.1920). S. 12. Die räumlich nah beieinanderliegenden Veranstaltungsorte legen jedoch die Vermutung nahe, dass es sich hierbei

größere Partei war die *Berliner Bund-Gruppe*. Einem Zeitungsbericht zufolge nahmen an der am 28. Februar 1921 in der Sophienstraße 17/18 (Berlin-Mitte) veranstalteten Mitgliederversammlung knapp 200 Personen teil. Im Tätigkeitsbericht des Vorstandes berichtete dieser von fast wöchentlichen Diskussionsveranstaltungen, die im Jahr zuvor durchgeführt wurden und die im Durchschnitt von mehr als hundert Personen besucht wurden.²⁶ Ferner verfügte diese *Bund-Partei* über eine zwei Tage in der Woche öffentlich zugängliche Bibliothek mit einem Bestand von knapp 400 Büchern.²⁷ Da Mitglieder- und Teilnehmezahlen auch wichtige Werte in der politischen Außendarstellung waren, müssen diese mit einer gewissen Vorsicht betrachtet werden. Nichtsdestotrotz verdeutlichen sie eine Tendenz und zeigen die Relevanz, die der *Berliner Bund-Gruppe* in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg innerhalb der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnenschaft in der Stadt zukam.

Inhaltlich stand die *Berliner Bund-Gruppe* an der Seite Sowjetrusslands und sie begrüßte die Oktoberrevolution. In der Frühphase der Weimarer Republik wusste sie mit dieser Positionierung die Mehrheit der in Berlin lebenden osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnen hinter sich.²⁸ Ohne detaillierte Informationen über die Entwicklungen in ihrer Heimat zu besitzen, hoffte die jiddischsprachige ArbeiterInnenschaft durch die revolutionären Entwicklungen auf eine politische und gesellschaftliche Gleichstellung und ein ökonomisch besseres Leben. Darüber hinaus wurde die Rote Armee in den Wirren des Bürgerkrieges als Schutzmacht der jüdischen Bevölkerung wahrgenommen, die aktiv gegen Pogrome und Antisemitismus vorging. Die während des Bürgerkriegs beginnende Unterdrückung und Verfolgung politischer Oppositioneller, von der SozialistInnen und selbstverständlich auch alle weiteren politisch andersdenkenden Jüdinnen und Juden betroffen waren, wurde von Berlin aus entweder gar nicht oder als notwendiges Übel zur Befreiung der ArbeiterInnenschaft wahrgenommen. Die wenigen, die sich der ArbeiterInnenbewegung zugehörig fühlten und aus der westeuropäischen Migration heraus öffentlich vor den Entwicklungen unter den Bol'seviki in Sowjetrussland warnten, waren in dieser Zeit eindeutig in der Minderheit. Es ist anzunehmen, dass sich diese Minderheit in der zweiten Berliner

ebenfalls um die *Berliner Bund-Gruppe* und nicht um eine dritte, weitere kurzlebige Parteistruktur in Berlin handelte, die ihre Wurzeln im *Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund* sah.

26 Vgl. N. N.: Sotsialistishe khronik. In: Der Morgnshtern. Tsaytshrift far politik un sotsiale fragn, Vol. 1 (1921), Nr. 4/5 (23.03.1921). S. 6.

27 Vgl. N. N.: Sotsialistishe khronik. In: Der Morgnshtern. Tsaytshrift far politik un sotsiale fragn, Vol. 1 (1921), Nr. 4/5 (23.03.1921). S. 6.

28 Vgl. hierfür beispielhaft die von *Bund-SympathisantInnen* publizierte jiddischsprachige Zeitung *Der Morgnshtern*. Tsaytshrift far politik un sotsiale fragn, Vol. 1 (1920/1921), Nr. 1, Nr. 3, Nr. 4/5.

Bund-Partei, dem *Jiddisch Sozialdemokratischen Bund* organisierte. Unter ihnen befanden sich die bekannten bundischen Politiker Vladimir Kosovski und Franz Kursky.

Diese Spaltung revolutionärer Parteien in eine pro-kommunistische und einer pro-sozialistische Gruppierung vollzog sich innerhalb der gesamten europäischen ArbeiterInnenbewegung, wobei die im Exil begründete Parteienvielfalt nur ein Abbild des Kampfes innerhalb der eigenen Mutterpartei darstellte. Im Frühjahr 1920 hatte sich die *Bund*-Partei auf ihrem zwölften Parteitag in Sowjetrußland gespalten. Inhaltliche Auslöser hierfür waren die Bewertung der Oktoberrevolution und das zu klärende Verhältnis zur 1919 gegründeten KI. Für wenige Monate existierten nun in Sowjetrußland nebeneinander ein kommunistisch orientierter *Kombund* und der *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion*.²⁹ Der *Kombund* löste sich bereits wenige Monate nach seiner Gründung wieder auf und seine Mitglieder traten individuell der bolschewistischen Partei bei. Aber auch der *Sozialdemokratische Bund* sollte in Sowjetrußland in legaler Form nur weniger als zwei Jahre existieren. Wie alle anderen sozialistischen Parteien unterlag er seit seiner Gründung politischen Repressionen und wurde 1922 endgültig verboten.

Neben dieser sich an den Kämpfen innerhalb der Mutterpartei orientierenden strukturellen Aufteilung in zwei unterschiedliche Exilvertretungen verweisen zeitgenössische Zeitungsartikel darauf, dass die politischen Entwicklungen Sowjetrußlands im Berliner Exil nicht nur wahrgenommen, sondern auch kontrovers diskutiert wurden. In einem im Januar 1921 veröffentlichten Artikel begrüßte Vladimir Kosovski die Situation in Sowjetrußland nach der Februarrevolution und distanzierte sich zugleich von der Oktoberrevolution. Er argumentierte, dass die tragische Geschichte der Selbstauflösung des *Kombund* lehre, dass eine jüdische ArbeiterInnenbewegung in Sowjetrußland „nur unter der Fahne des Sozialdemokratischen Bund existieren könne“³⁰. Zu diesem Zeitpunkt war Kosovskis Meinung unter den jiddischsprachigen MigrantInnen in Berlin in der Minderheit. Dies änderte sich jedoch im Jahr 1922, in dem mehrere Dutzend sozialistische ExilantInnen nach Berlin kamen und dort die Gründung einer Auslandsdelegation des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* ausriefen.³¹ Die Gründung dieser *Bund*-Exilvertretung, die als eine direkte Folge des

²⁹ Für die Teilung des *Bund* in Rußland vgl. Jacobs, *The Bund in Vilna*, S. 263–292.

³⁰ Kossovskij, Vladimir: Likvidacija komunističeskogo Bunda. In: SV, Vol. 1 (1921), Nr. 3 (01.03.1921). S. 3f. Hier S. 4.

³¹ Vgl. N. N.: Izveščenie. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 10 (16.05.1922). S. 15. Zunächst nannte sich die Gruppe *Auslandsvertretung des Bund in Rußland*, später nannte sie sich *Auslandsvertretung des Bund der Sowjetunion*. Um eine einheitliche Schreibweise zu gewähren, wird in dieser Arbeit ausschließlich die letztgenannte Schreibweise verwendet.

endgültigen Verbots des *Bund* in der Sowjetunion erscheint, nahm die nach der Hyperinflation im Jahr 1923 stattfindende Verschiebung der politischen Mehrheitsmeinung im jiddischsprachigen Handlungsraum hin zu einem kritischeren Umgang mit der Sowjetunion vorweg.

Neben bundischen waren in Berlin ebenfalls zionistische Parteien aus Osteuropa zugegen. Der *Jüdisch-Sozialistische Arbeiterverband Poale-Tsion* publizierte in der Stadt bereits 1920 einen Sammelband in jiddischer Sprache, der sich an ein internationales Publikum richtete und in dem Artikel von renommierten Vertretern der zionistischen Bewegung, wie Marc Jarblum, Nahman Sirkin und Berl Locker, abgedruckt waren.³² Im Berliner Westen eröffnete die *Russländisch Zionistisch-Sozialistische Partei* ein Parteibüro in der Bleibtreustraße 6 (Berlin-Charlottenburg).³³ Beide Parteien verlegten im Laufe der 1920er Jahre ihre Parteiververtretungen in das Mandatsgebiet Palästina. Dennoch blieb Berlin für sie bis 1933 ein bedeutender westeuropäischer Standort, an dem größere Konferenzen abgehalten wurden und einige wenige MitarbeiterInnen tätig waren.

Neben dem Kampf zwischen SozialistInnen und KommunistInnen setzte sich im Exil auch die politische Auseinandersetzung zwischen ZionistInnen und BundistInnen fort. Bis in die Zwischenkriegszeit hinein war der *Bund* unter den Parteien der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnenbewegung die stärkste Kraft. Aufgrund der in Sowjetrußland vorherrschenden faktischen Einparteienherrschaft lassen sich für die Zeit nach der Oktoberrevolution dortige Mehrheitsverhältnisse unter den jüdischen ArbeiterInnen nicht mehr nachvollziehen. Debatten aus der Zeit zeigen aber, dass die zionistischen Parteien anstrebten, diese Vorherrschaft des *Bund* zu durchbrechen. Hierfür bemühten sich die in Osteuropa ansässigen sozialistisch-zionistischen Parteien um engere Kooperationen untereinander.³⁴ Die 1918 getätigte Vermutung, dass sich die beiden zionistischen ArbeiterInnenparteien „aller Wahrscheinlichkeit nach“³⁵ zusammenschließen würden, bewahrheitete sich jedoch erst im Exil.

In politischen Debatten bekämpften sich zionistische und bundische Parteien aufs Schärfste, so auch in Form von Publikationen und auf Diskussionsveran-

³² Vgl. Biuro fun'm yidishen sotsialistishen arbeyter-farband pueli-tsiun (Hrsg.): *Unzer Gedank. A zamelbukh*. Berlin 1920.

³³ Vgl. Briefkopf des Briefes der Auslandsdelegation an Karl Kautsky vom 10.12.1924. Eingesehen in: *AdsD, Nachlass Karl und Luise Kautsky*, Nr. 653. Für die zionistische Bewegung in Berlin vgl. auch Schwarz, *Widersprüchliche Strategien jüdischer Emanzipation*, S. 59–76.

³⁴ Vgl. N. N.: Ein bundistischer Vorstoss. In: *Jüdische Arbeiterkorrespondenz (JAK)*, Vol. 4 (1918), Nr. 5. S. 5–8. Eingesehen in: *AdSD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand*, Nr. 211.

³⁵ N. N.: Ein bundistischer Vorstoss. In: *Jüdische Arbeiterkorrespondenz (JAK)*, Vol. 4 (1918), Nr. 5. S. 7. Eingesehen in: *AdSD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand*, Nr. 211.

staltungen im Berliner Handlungsraum. Trotz dieser Differenzen kooperierten die Exilparteien jedoch in kultur- und sozialpolitischen Fragen miteinander. Auf die mit Beginn des Bürgerkrieges in Sowjetrussland zunehmenden Fluchtbewegungen reagierten die jüdischen ArbeiterInnenparteien mit politischen Appellen sowie mit einer Umstrukturierung und Ausweitung der Hilfsangebote in Berlin. Ende März 1921 machten jüdische ArbeiterInnenparteien aus Sowjetrussland in einem gemeinsamen Memorandum auf antisemitische Pogrome in den Regionen Gomel, Minsk und Vitebsk aufmerksam. Sie forderten stärkere Aufmerksamkeit auf die Geschehnisse, politischen Schutz und die Eröffnung von Fluchtwegen für Jüdinnen und Juden aus den Regionen.³⁶ In Berlin organisierten die jüdischen SozialistInnen über Parteigrenzen hinweg konkrete Unterstützungsangebote: Seit Mitte der 1920er Jahre existierte das von *Bund* und *Poale Tzion* paritätisch verwaltete *Arbeiter-Emigranten-Komitee*, dessen primäre Aufgabe die Unterstützung der nach Berlin geflüchteten Jüdinnen und Juden war. Das Komitee besaß Räumlichkeiten in der Linienstraße 139 (Berlin-Mitte), wo kulturelle Veranstaltungen stattfanden und ein Vereinslokal mit ArbeiterInnenküche und Lesesaal betrieben wurde.³⁷ Eine zweite Hilfsstruktur, in der sich ebenfalls BundistInnen und sozialistische ZionistInnen gemeinsam engagierten, war das *Arbeiter-Fürsorgeamt*, das Räumlichkeiten in der Auguststraße 17 (Berlin-Mitte) unterhielt. Neben ArbeiterInnenparteien waren dort auch VertreterInnen der jüdischen Gemeinde und bürgerliche Organisationen engagiert. An selbiger Adresse befanden sich ebenfalls ein Arbeitsamt, ein Durchreisekomitee der jüdischen Gemeinde, das Arbeitsversorgungsamt und eine Unterkunft für aus Osteuropa stammende wohnungslose jüdische Geflüchtete.³⁸ Diese Kooperation zwischen jüdischem Bürgertum mit jüdischen Parteien der ArbeiterInnenbewegung war eine Besonderheit, welche die Historikerin Trude Maurer mit dem „Geist jener Zeit, aus der revolutionären Wandlung, die sich in Deutschland vollzogen hatte“, erklärte.³⁹

36 Vgl. Memorandum des Zentralkomitees des sozialdemokratischen *Bund* und dem Zentralbüro der Vereinigung jüdischer sozialistischer Arbeiterparteien: *Evrejskie pogromy*. In: SV, Vol. 1 (1921), Nr. 13 (05.08.1921). S. 13–15.

37 Vgl. N. N.: *Berliner yidish lebn*. In: *Der Morgnshtern*. Tsaytskrift far politik un sotsiale fragn. Vol. 1 (1921), Nr. 3 (31.01.1921). S. 4.

38 Vgl. N. N.: *Berliner yidish lebn*. In: *Der Morgnshtern*. Tsaytskrift far politik un sotsiale fragn. Vol. 1 (1921), Nr. 3 (31.01.1921). S. 4 sowie Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 508–522. Anne-Christin Saß vermerkt, dass an der Adresse Auguststraße 17 (Berlin-Mitte) folgende weitere osteuropäisch-jüdische Organisationen ihre Büroräume hatten: *Jüdische sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Tzion in Deutschland*, *Verband der Ostjuden*, *Zionistischer Arbeiter und Handwerkerbund*. Vgl. Saß, *Berliner Luftmenschen*, S. 450.

39 Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 510.

Neben Exilparteien existierten ebenso kulturpolitische Angebote im jiddischsprachigen Handlungsraum, die großen Zuspruch unter der jüdischen ArbeiterInnenenschaft fanden. Noch während des Krieges entstanden unter staatlicher Aufsicht in den Industriezentren des Deutschen Kaiserreiches jiddischsprachige ArbeiterInnen- und Kulturvereine, zu deren Aufgaben die Förderung der jüdischen Kultur sowie die Organisation von Weiterbildungsangeboten in Form von Abendvorträgen und Bibliotheksangeboten gehörte. Die diesbezüglich wichtigste Berliner Organisation war bis zu Beginn der 1920er Jahre der *Peretz-Verein*.⁴⁰

In einem Erinnerungsbericht aus den 1930er Jahren bezifferte der Bundist Khaim Zakharyash die Mitgliederzahl des *Peretz-Vereins* für das Jahr 1917 auf 1.700 Personen.⁴¹ Aufgrund von Angaben in zeitgenössischen Zeitungsberichten, die über Veranstaltungen mit mehreren hundert BesucherInnen berichten, ist diese Angabe als realistisch einzustufen: Am 30. September 1916 besuchten über 500 Personen einen Vortrag von Aron Syngalowski über „Das jiddisch-dramatische Theater und Perets Hirshbeyn“ mit anschließender Theatervorführung.⁴² Ein halbes Jahr später, am 3. März 1917, eröffnete der *Peretz-Verein* eine Bibliothek für die jiddischsprachige ArbeiterInnenenschaft.⁴³

Offiziell wahrte der Verein als kulturelle Einrichtung parteipolitische Unabhängigkeit. Viele in ihm engagierte Personen waren allerdings ebenfalls in Parteien organisiert. Sowohl zionistischen als auch bundischen Parteien war es wichtig, die Ausrichtung des Vereins zu bestimmen, weswegen sie vor Vereinswahlen eigene KandidatInnenlisten erstellten und diese mit Wahlaufrufen in ihren Publikationsorganen bewarben.⁴⁴ Räumlich stand der Verein in engem Kontakt zur zionistischen Bewegung. Im Haus des *Peretz-Vereinslokals* in der Dragonerstraße 22 (Berlin-Mitte) waren ebenfalls Büros von zionistischen Orga-

⁴⁰ Der Verein wurde „Mitte 1920 aufgelöst“. Maurer, Ostjuden in Deutschland, S. 679.

⁴¹ Nach Zakharyash, Khaim: Di bundishe grupn in daytshland bes der velt-milkhome. In: NF, Vol. 12 (1937) vom 19.11.1937 S. 23. Trude Maurer geht für 1918 von ungefähr 700 Mitgliedern im *Peretz-Verein* aus. Maurer, Ostjuden in Deutschland, S. 679.

⁴² Vgl. N. N.: Berlin. In: Lebens-fragen, Vol. 1 (1916), Nr. 37 (19.11.1916). S. 9. Zu Perets Hirshbeyn vgl. folgenden Lexikonartikel: Berkowitz, Joel: Hirshbeyn, Perets. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Hirshbeyn_Perets [20.03.2018].

⁴³ Vgl. A-Man.: Berlin. In Lebens-fragen, Vol. 2 (1917), Nr. 16 (20.04.1917). S. 9f. Durch die politische Nähe des *Peretz-Vereins* zum *Bund* erscheint es möglich, dass dies derselbe Bibliotheksbestand war, der später von der *Berliner Bund-Gruppe* verwaltet wurde.

⁴⁴ Vgl. N. N.: Berlin. In: Lebens-fragen, Vol. 2 (1917), Nr. 3 (19.01.1917). Bericht über die Versammlung des *Peretz-Vereins* in Berlin vom 26.11.1916. Auch für die Vereinsversammlung am 24.06.1917 rief die dem *Bund* nahestehende Zeitung *Lebens-fragen* ihre LeserInnen dazu auf, zahlreich zu erscheinen. Vgl. N. N.: Berlin. In: Lebens-fragen, Vol. 2 (1917), Nr. 15 (22.06.1917).

nisationen untergebracht.⁴⁵ Dennoch behielten die bundischen Parteien einen stärkeren inhaltlichen Einfluss auf den Verein, was anhand eines Ereignisses vom Tag der Revolution in Deutschland verdeutlicht werden kann: Um ihre Solidarität mit der deutschen Revolution und die Anwesenheit osteuropäisch-jüdischer Parteien der ArbeiterInnenbewegung in Berlin zu signalisieren, befestigten Vereinsmitglieder am 9. November 1918 eine Fahne des *Bund* an der Außenfassade des Vereinslokals.⁴⁶ Es ist zu vermuten, dass diese vereinspolitischen Machtverhältnisse ein gewichtiger Grund dafür waren, dass 1919 mit dem ArbeiterInnenkulturverein *Ber Borochow* ein in der Linienstraße 159 (Berlin-Mitte) ansässiger zionistisch orientierter ArbeiterInnenverein gegründet wurde.⁴⁷

Die in den Kulturvereinen organisierten Veranstaltungen zeigen, dass für eine Mehrheit der aus dem östlichen Europa stammenden jüdischen ArbeiterInnenenschaft die Geschehnisse in Ost- und Ostmitteleuropa auch während ihrer Berliner Exilzeit von großer Bedeutung blieben. Neben den kulturpolitischen Organisationen entstanden ebenfalls Hilfsorganisationen, die sich für die Judenheiten des östlichen Europas engagierten. Unter dem Namen *Fonds zur Errichtung des Volkshauses „Wladimir Medem“ in Warschau* sammelte ein Berliner Komitee Gelder für die Eröffnung eines ArbeiterInnenvolkshauses in Polen.⁴⁸ Mit großer Wahrscheinlichkeit waren die Gelder für das bundistische Medem-Sanatorium in der Nähe von Warschau bestimmt, in dem 1925 erstmalig an Tuberkulose erkrankte Kinder zur Erholung den Sommer verbringen konnten.⁴⁹ Welchen finanziellen Beitrag das Berliner Komitee, für das Aron Syngalowski als Kontaktperson fungierte, durch Sammelaktionen zur Eröffnung des Hauses beitrug, konnte nicht ermittelt werden. Aufgrund der schwierigen ökonomischen Lage in der Weimarer Republik in der ersten Hälfte der 1920er Jahre, muss jedoch von einer eher symbolischen Beteiligung ausgegangen werden.

1921 gründete sich mit dem *Ostjüdischen Historischen Archiv* auch eine bedeutende geschichtspolitische Organisation in Berlin. Über Jahre hinweg dokumentierten die MitarbeiterInnen des Archivs die nach dem Ersten Weltkrieg stattfindende Pogromgewalt in Osteuropa. Dabei bemühten sie sich um ZeitzeugInnenberichte von

45 Die Adresse des Vereinslokals wird als „Jüdisches Volksheim“ angegeben. N. N.: Berlin. In: Lebensfragen, Vol. 1 (1916), Nr. 37 (19.11.1916). S. 9. Für die Adresse des Jüdischen Volksheims vgl. auch Saß, Berliner Luftmenschen, S. 450.

46 Vgl. Zakharyash, Khaim: Di bundishe grupn in daytshland bes der velt-milkhome. In: NF, Vol. 12 (1937) vom 19.11.1937. S. 23.

47 Vgl. Zaagsma, Transnational networks of Jewish migrant radicals, S. 223.

48 Vgl. Sammelliste. Eingesehen in: YIVO-Archives, RG 1401, Nr. 717. Die Sammelliste ist weder datiert noch ausgefüllt.

49 Für das Sanatorium vgl. Jacobs, Bundist Counterculture, S. 62–81.

Opfern und sammelten Dokumente. Im Laufe der 1920er Jahre veröffentlichten MitarbeiterInnen des Archivs diesbezügliche Monografien in jiddischer und russischer Sprache, die über Berlin hinaus wahrgenommen wurden.⁵⁰

Ein weiteres wichtiges Merkmal des jiddischsprachigen Handlungsraums Berlins war das vielfältige Verlagswesen. Mit einer Anzahl von ungefähr 200 unterschiedlichen publizierten Titeln war Berlin zwischen 1921 und 1923 hinter Warschau zweitgrößter Ort der jiddischsprachigen Buchproduktion.⁵¹ Die Bücher wurden europaweit vertrieben und richteten sich in Teilen auch an die jüdische ArbeiterInnenbewegung. Unter den in Berlin publizierten Titeln befanden sich beispielsweise eine Übersetzung von Briefen zwischen Friedrich Engels und Karl Marx⁵², sowie Übersetzungen der Klassiker *Der Bürgerkrieg in Frankreich* von Karl Marx⁵³, *Aufruf zum Sozialismus* von Gustav Landauer⁵⁴ und *Die deutsche Revolution* von Eduard Bernstein⁵⁵. Rafail Abramovič publizierte auf Jiddisch die *Geschichte des Sozialismus*⁵⁶, und posthum wurde der erste Teil der *Erinnerungen eines Sozialdemokraten* von Julij Martov in jiddischer Übersetzung veröffentlicht.⁵⁷ Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Bücher ihren Weg in die zeitgenössischen jüdischen ArbeiterInnenbibliotheken fanden. Einige wurden auch in die Wanderbibliothek des in der gesamten Weimarer Republik agierenden *Jüdischen Studentenvereins e. V.* aufgenommen.⁵⁸

50 Vgl. Saß, Berliner Luftmenschen, S. 240 – 245.

51 Vgl. Estrai kh, Vilna on the Spree, S. 111. Für die jiddischsprachige Presse der Weimarer Republik vgl. ebenfalls Neiss, Marion: Jiddische Zeitungen und Zeitschriften im Berlin der Weimarer Republik. In: Benz, Wolfgang/Paucker, Arnold/Pulzer, Peter (Hrsg.): Jüdisches Leben in der Weimarer Republik. Tübingen 1998. S. 239 – 251.

52 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Briv. Berlin 1922. Zitiert nach: Kühn-Ludewig, Maria: Jiddische Bücher aus Berlin (1918 – 1936). Titel, Personen, Verlage. Nümbrecht 2006. S. 65.

53 Marx, Karl: Der birgerkrig in frankraykh. Mit a hakdome fun F. Engels. Berlin 1922. Zitiert nach: Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher aus Berlin, S. 65.

54 Landauer, Gustav: Oyfruf tsum sotsializm. Berlin 1921. Zitiert nach: Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher aus Berlin, S. 59.

55 Bernstein, Eduard: Di daytshe revolutsye. Ir oyfkumen, ir gang un ir oyfutu. Berlin 1922. Zitiert nach: Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher aus Berlin, S. 28.

56 Abramovitsh, Rafail: Geshikhte fun sotsializm. Berlin 1922. Zitiert nach: Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher aus Berlin, S. 25.

57 Martov, L.: Zikhroynes fun a sotsialdemokrat, Band 1. Berlin 1923. Zitiert nach: Kühn-Ludewig, Jiddische Bücher aus Berlin, S. 65.

58 Der Verein sah sich als Vertretung „alle[r] an Berliner Hochschulen studierenden ausländischen Juden“. Satzung des Vereins. Eingesehen in: YIVO-Archives, RG 18, Box 1, Folder 5. Die Wanderbibliothek erwarb im Juni 1925 u. a. jiddischsprachige Übersetzungen von Büchern von Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Karl Marx, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Lenin u. a. Vgl. Liste neuerwerbener Bücher, Juni 1925. In: YIVO-Archives, RG 18, Box 3, Folder 2.

Die veränderte politische Lage in Sowjetrußland und der dort andauernde Bürgerkrieg führten ab 1921 dazu, dass zahlreiche SozialistInnen ins Berliner Exil flüchteten. Diese Migrationsbewegung einer Gruppe politischer Intellektueller, die die Anfangsjahre Sowjetrußlands miterlebt hatten, hatte Einfluss auf die Debatten und Organisationen des jiddischsprachigen Handlungsraumes. Unter den neu in Berlin eintreffenden EmigrantInnen befanden sich sozialdemokratische BundistInnen, rußländische SozialdemokratInnen sowie jiddischsprachige LiteratInnen und WissenschaftlerInnen, die der ArbeiterInnenbewegung nahestanden. Beispielhaft für letztere Gruppe sind die Mitglieder der *kultur-lige* zu nennen, von denen einige nach Berlin kamen. Die *kultur-lige* war eine 1918 in Kiew gegründete jüdische Kultureinrichtung, die sich zum Ziel setzte, jiddischsprachige Bildung, Theater, Literatur und Kunst zu fördern. Nachdem die Organisation durch die Bol'sheviki übernommen wurde, verließen zahlreiche Mitglieder die Stadt, einige kamen nach Berlin.⁵⁹ Der jiddischsprachige Berliner Handlungsraum veränderte sich aber nicht nur durch Neuankömmlinge. Auch die schwierige politische und ökonomische Situation des Jahres 1923 hatte großen Einfluss auf die Emigrationsbewegung. Bis auf wenige Ausnahmen mussten die bis hierhin beschriebenen Parteivertretungen und Organisationen in dieser Zeit aus ökonomischen Gründen abgewickelt werden und auch die Verlagsvielfalt der Stadt verringerte sich drastisch.

3.1.1.2 Jahre der relativen Stabilität

Zahlreiche osteuropäisch-jüdische EmigrantInnen verließen um das Krisenjahr 1923 herum Berlin. Einige wie der bekannte Schriftsteller und Journalist Dovid Eynhorn migrierten nach Paris, andere versuchten entweder, den immer schwerer werdenden Emigrationsweg in die USA fortzusetzen, oder remigrierten nach Ost-/Ostmitteleuropa. Die merkliche Verkleinerung der Gruppe osteuropäisch-jüdischer MigrantInnen in Berlin führte dazu, dass die *Berliner Bund-Gruppe* ihre Tätigkeiten aufgrund des Wegzugs ihrer Klientel einstellte.⁶⁰ Mit dem Zuzug der Gruppe politischer ExilantInnen und Intellektueller aus Sowjetrußland gab es aber auch eine, wenn auch quantitativ kleinere entgegengesetzte Migrationsbewegung, wodurch ein Bedarf für Organisationen der jiddischsprachigen ArbeiterInnenbewegung in Berlin bestehen blieb. Ab 1924 entstanden neue po-

⁵⁹ Vgl. für die *Kultur-lige*: Kazovsky, Hillel: Kultur-lige. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: <https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Kultur-lige> [07.08.2019]. Vgl. für die kurze Zeit in Berlin Estraiikh, Vilna on the Spree, S. 114; Saß, Berliner Luftmenschen, S. 134.

⁶⁰ Vgl. Saß, Berliner Luftmenschen, S. 166.

litische, kulturelle und publizistische jiddischsprachige Einrichtungen, merklich verschob sich aber nun der topografische Schwerpunkt vom östlichen in den westlichen Teil der Stadt. Diese topografische Verschiebung verdeutlicht den in dieser Zeit sich vollziehenden Wechsel innerhalb der Migrationsgruppe. In Berlin befanden sich nun vermehrt führende politische ExilantInnen und diese ließen sich vornehmlich in bürgerlichen Stadtteilen des Berliner Westens nieder.⁶¹

Anhand von Kondolenzschreiben, die nach dem 30. Oktober 1926 nach Warschau versandt wurden, lässt sich die Mitte der 1920er Jahre neu entstandene Vielfalt von in Berlin ansässigen jiddischsprachigen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung nachvollziehen. An diesem Tag verstarb mit Beynisch Mikhalevitsh ein bekannter Warschauer Bundist, der Leiter der zentralen jiddischsprachigen Schulorganisation TSYSHO war.⁶² Ihm zu Ehren wurden in Berlin zwei öffentliche Trauerveranstaltungen organisiert⁶³ und die bundistische *Naye Folksaytung* aus Warschau druckte mehrere Tage lang an sie aus der ganzen Welt gesandte Trauerbekundungen ab. Hierunter befanden sich Nachrichten von 16 in Berlin lebenden Einzelpersonen aus Politik und Gesellschaft, und mit der SDAPR, dem Informationsbüro der SR und dem *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* kondolierten drei Exilparteien. Die Zeitungen erreichten ebenfalls Kondolenzschreiben von drei Berliner Büros jüdischer Hilfsorganisationen: der *Hebrew Immigrant Aid Society* (HIAS), der ORT und der *Emigdirekt* und auch die Mitglieder des Berliner Kultur- und Debattierklubs *Sholem-Alechem* gedachten dem Verstorbenen.⁶⁴

Mit Blick auf die Exilparteien blieb die Situation in Berlin auch in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre komplex. Weiterhin gab es zwei parallel existierende *Bund*-Parteien, ihre Unterscheidung verlief jedoch nicht mehr anhand der politischen Bruchlinie zwischen Kommunismus und Sozialismus, sondern orientierte sich primär an einer geografischen Unterscheidung zwischen einem Zugehörigkeitsverständnis zu den polnischen oder den sowjetischen Judenheiten. Da sich beide Parteien als sozialistisch definierten, war auch eine Zugehörigkeit zu beiden

⁶¹ Vgl. Saß, *Berliner Luftmenschen*, S. 166f.

⁶² Für die TSYSHO vgl. Szyba, Ania: Die neue jüdische Schule. Ein Blick auf die Debatten der jüdischen SozialistInnen in Polen. In: Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): *Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Berlin/Boston 2018. S. 35–49.

⁶³ Vgl. N. N.: A troyer-avent in berlin. In: NF, Vol. 3 (1928), Nr. 255 (02.11.1928). S. 2 und N. N.: Tser. Troyer un mitgefil tsulib toyt fun kh' B. Mikhalevitsh. Berlin. In: NF, Vol. 3 (1928), Nr. 257 (05.11.1928). S. 2. Ebenso: N. N.: Iosif Izbickij-Beiniš Michalevič. In: SV, Vol. 8 (1928), Nr. 21 (14.11.1928). S. 16.

⁶⁴ Vgl. NF, Vol. 3 (1928), Nr. 253 (31.10.1928). S. 2; NF, Vol. 3 (1928), Nr. 254 (01.11.1928). S. 4; NF, Vol. 3 (1928), Nr. 256 (04.11.1928). S. 5 und NF, Vol. 3 (1928), Nr. 257 (05.11.1928). S. 2.

möglich. In der Öffentlichkeit ausgetragene inhaltliche Differenzen zwischen ihnen traten erst zu Beginn der 1930er Jahre zutage.

Die nun existierende *Berliner Bund-Gruppe* war eine Unterstützungsgruppe des polnischen *Bund*. Aufgrund der politischen Ausrichtung erscheint es trotz Namensgleichheit unwahrscheinlich, dass sie sich als Fortläuferin der *Bund-Gruppierung* aus den Gründungsjahren der Weimarer Republik verstand. Eine Schlüsselrolle innerhalb der Gruppe kam dem Archivar Franz Kursky zu, der sich bereits seit seiner Ankunft in Berlin kurz nach dem Ersten Weltkrieg für die Belange des *Bund* und die Vernetzung mit polnischen BundistInnen einsetzte.⁶⁵ Weitere Mitglieder der Gruppe waren Vladimir Kosovski, Elias und Lise Laub, Grigorij Aronson, Henokh Hohgelerter, Isai Judin und Grigorij Binštok.⁶⁶ Die Gruppe organisierte in Berlin verschiedene Veranstaltungen. Hierzu zählten ein Gedenken an den *Bund*-Theoretiker Vladimir Medem anlässlich dessen vierten Todestages Ende Januar 1929,⁶⁷ Parteijubiläumsveranstaltungen⁶⁸ und Vorträge, wie der des Bundisten Jakob Pat über „Leben und Kampf in Polen“ im August 1927.⁶⁹

Der parallel existierende *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion* war eine im Frühjahr 1922 gegründete Auslandsvertretung des in der Sowjetunion verbotenen *Bund*. Anders als andere Gruppierungen überstand diese Exilpartei die wirtschaftliche Krisenzeit der Weimarer Republik aufgrund ihrer strukturellen und personellen Verzahnung mit dem Zentralkomitee der SDAPR und ihrer guten Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie. Dem Zentralkomitee der Aus-

⁶⁵ Dem „verehrten Freund Franz“ wird im Jahr 1928 ein Entwurf eines Logos für die *Berliner Bund-Gruppe* als Stempelabdruck zugeschickt. Vgl. Stempelabdruck mit rückseitigem handschriftlichen Gruß. Eingesehen in: YIVO-Archives, RG 1400, Nummer 98.

⁶⁶ Vgl. Saß, *Berliner Luftmenschen*, S. 166 f. Saß bezeichnet die Gruppe als *Berliner Komitee des Bund*.

⁶⁷ Vgl. Saß, *Berliner Luftmenschen*, S. 167.

⁶⁸ Vgl. *Bund*-Jubiläumsveranstaltung am 12.11.1927 (Brief an Akselrod vom 08.11.1927. Eingesehen in: IISH, Pavel Borisovič Aksel'rod Papers, Nr. 47.) und 30-jährige Jubiläumsfeier des *Bund* in Berlin am 28.10.1927. Vgl. Eintrittskarte zur Veranstaltung. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 299.

⁶⁹ Vgl. Ankündigung zu einem Vortrag über „Leben und Kampf in Polen“ von Jakob Pat am Königsgraben 2 (Berlin-Mitte) am 04.08.[1927]. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 307. Folgende Veranstaltung wurde ebenfalls von der Gruppe organisiert: Versammlung der *Berliner Bund-Gruppe* mit anschließendem Treffen des jüdischen Schul-Komitees am 09.05.1929 im *Sholem-Alechem-Klub*. Vgl. IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 297. Im April 1927 riefen BundistInnen in Berlin zur Unterstützung des *Bund* im Warschauer Wahlkampf auf. Dieser Aufruf war jedoch nicht vom *Berliner Bund* unterzeichnet. Vgl. IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 307.

landsvertretung standen Rafail Abramovič und Isai Judin vor.⁷⁰ Darüber hinaus handelte es sich eher um einen losen Zusammenschluss von ungefähr zehn sich der Sozialdemokratie zugehörig fühlenden russländischen BundistInnen. Zu ihnen gehörten Grigorij Aronson, Sergey Braun, Lev Ėtkin, Vladimir Kosovski, Abraham Menes, Abraham Mutnik, Paul Olberg und Genrikh Rabinovič.⁷¹ Judin und Abramovič waren neben ihrer Sprecherfunktion im *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* ebenfalls Mitglieder des Zentralkomitees der Auslandsvertretung der SDAPR. Diese doppelte Funktionsbesetzung zeigt, wie eng der *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* mit der SDAPR verbunden war. Tatsächlich sah die SDAPR ihn als „einen Teil unserer Partei“⁷² beziehungsweise als eine „der S.D.A.P. als autonomer Teil angegliedert[e]“⁷³ Parteiorganisation an.

Ihr gemeinsames politisches Ziel lag in der Überwindung des Bolschewismus in der Sowjetunion. Aufgrund der engen Kooperation zwischen SDAPR und sozialdemokratischem *Bund* ist es jedoch sehr schwierig, Aktivitäten und politische Statements, die explizit im Namen des *Bund* getroffen wurden, herauszuarbeiten. Der *Sozialdemokratische Bund der Sowjetunion* unterschied sich während der Berliner Exilzeit weniger in seinen politischen Statements von der SDAPR, vielmehr lag der Unterschied zwischen den beiden osteuropäischen sozialdemokratischen Parteien in der verwendeten Sprache und dem damit angesprochenen Publikum: Während die SDAPR mit der russländischen ArbeiterInnenschaft auf Russisch kommunizierte, war es die Aufgabe des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*, eine Gegenöffentlichkeit zur bolschewistischen und in Teilen auch zur zionistischen Parteilinie innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenschaft in jiddischer Sprache zu kreieren und im transnationalen jiddischsprachigen Handlungsraum Aufmerksamkeit für die Situation der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnen in der Sowjetunion herzustellen – Aufgaben, denen durch Publikationen und direkten Austausch mit der jüdischen ArbeiterInnenschaft in Ostmitteleuropa und den USA nachgegangen wurde. Dagegen konnte keine öffentliche politische Veranstaltung dieser *Bund*-Gruppierung im Berliner Handlungsraum nachgewiesen werden.

⁷⁰ Vgl. N. N.: Izveščenie. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 10 (16.05.1922). S. 15.

⁷¹ Vgl. Stürmann, Jakob: Die Auslandsvertretung des sozialdemokratischen jüdischen Arbeiterbunds der Sowjetunion im Berlin der Weimarer Republik. In: Börner, Markus/Jungfer, Anja/Stürmann, Jakob (Hrsg.): Judentum und Arbeiterbewegung. Das Ringen um Emanzipation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Berlin/Boston 2018. S. 63–80.

⁷² N. N.: Bratskij pamjatnik. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 7/8 (12.04.1929). S. 2–4.

⁷³ Parteifragebogen der SDAPR an die SAI vom Januar 1930. S. 1. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 1.144.

Ein für alle in Berlin lebende BundistInnen bedeutender und international bekannter Ort war das zwischen 1926 und 1933 in der SPD-Parteizentrale in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) situierte *Bund*-Parteiarchiv. Gegründet wurde das *Bund*-Archiv bereits 1899 in London, womit es eines der ersten Archive einer osteuropäischen Partei der ArbeiterInnenbewegung war. Seine frühe Gründung erklärt, warum sich in ihm wertvolle Quellen aus der Anfangszeit der gesamten revolutionären Bewegung Osteuropas befanden. 1903 wurden die Archivalien nach Genf zur dortigen *Bund*-Auslandsvertretung verlegt. Dass dieses Archiv einige Jahre von Berlin aus betrieben werden würde, war bis in die 1920er Jahre nicht vorhersehbar. Vielmehr scheint es sich dabei um ein Zufallsprodukt zu handeln, das sich aus der zeitgenössischen politischen Situation Europas ergab, das aber dennoch die Relevanz der Hauptstadt der Weimarer Republik für die osteuropäische ArbeiterInnenbewegung zu dieser Zeit verdeutlicht.

Das *Bund*-Archiv verblieb bis zum Ende des Ersten Weltkrieges in Genf. Mit den Nachrichten über die revolutionären Entwicklungen in Osteuropa löste sich die dortige Auslandsvertretung des *Bund* im Frühjahr 1918 auf, da es die Mehrzahl der jüdischen SozialistInnen zur Unterstützung der Revolution zurück in die Heimat zog. Die Archivbetreuung erschien in dieser historischen Umbruchphase zweitrangig, weswegen die Archivmaterialien eilig in Kisten verpackt wurden. Der Plan bestand darin, die Kisten später nach Sowjetrußland nachzusenden. Diese geplante Versendung fand jedoch niemals statt, da es nach der Teilung der ArbeiterInnenbewegung und dem Verbot des *Bund* in der entstehenden Sowjetunion nicht mehr die eine direkte *Bund*-Nachfolgepartei gab.⁷⁴ Nach den Erinnerungen des Bundisten Jakob Pat verhinderte der polnische *Bund*, der sich als rechtmäßige Nachfolgepartei des *Bund* der Vorkriegszeit sah, gerade noch eine Verschickung der Archivmaterialien nach Moskau.⁷⁵ Genau wie der polnische *Bund* erhoben jedoch auch die Bol'seviki nach der Auflösung des *Kombundes* Anspruch darauf, rechtmäßige Nachfolgepartei und dadurch Besitzer der Parteiarchivalien zu sein. Für beide Parteien hatten die Archivalien hohen ideologischen Wert, da anhand ihrer die Anfangsjahre der ArbeiterInnenbewegung in Osteuropa nachgezeichnet und möglicherweise auch nach eigenen Vorstellungen interpretiert hätten werden können.

Pat beschrieb, dass in den 1920er Jahren Verhandlungen über die Archivalien zwischen dem polnischen *Bund* und führenden Bol'seviki, die vor dem Krieg *Bund*-

⁷⁴ Zum Umfang des Archivmaterials gibt es unterschiedliche Aussagen: Jakob Pat spricht von 60 Kisten. Vgl. Pat, Jakob: Franz Kursky un der archiv fun „bund“. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 5f. Abraham Menes spricht dagegen von 250 Kisten. Vgl. Menes, Der lebns-veg, S. 22f.

⁷⁵ Vgl. Erinnerungen von Jakob Pat: Pat, Jakob: Franz Kursky un der archiv fun „bund“. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 5f.

Mitglieder waren, stattfanden. Zu dieser Zeit besaßen polnische SozialistInnen zwar direkten Zugang zu den Archivmaterialien in Genf, die Partei verfügte allerdings über sehr wenig finanzielle Mittel, weswegen sie sich die Verschickung der Materialien und Inbetriebnahme eines Archivs nicht leisten konnte. Nach Pat sah ein erzielttes Verhandlungsergebnis eine finanzielle Unterstützung des Archivs in Höhe von 20.000 Dollar durch die sowjetische Regierung vor. Im Gegenzug wurde es der sowjetischen Regierung erlaubt, Duplikate sowie Archivmaterialien, die keinen expliziten Bezug zur jüdischen ArbeiterInnenbewegung hatten, nach Moskau zu überführen und weitere Dokumente des Archivs in Berlin unter Aufsicht zu duplizieren. Diese Vereinbarung unterzeichneten die beiden in Berlin lebenden Bundisten Franz Kursky und Vladimir Kosovski als Vertreter des polnischen *Bund*.⁷⁶

Besonders Kursky war eine Schlüsselperson in den Verhandlungen über das Archiv. Er fungierte bereits seit 1906 als Hauptarchivar des *Bund* und sollte diese Aufgabe nach dem Ersten Weltkrieg bis zu seinem Tod im Jahre 1950 an verschiedenen Exilorten fortsetzen.⁷⁷ Niemand war so gut vertraut mit den Materialien wie er. Dass Kursky Mitte der 1920er Jahre in Berlin lebte und zu diesem Zeitpunkt eine Anstellung benötigte, erscheint deshalb als gewichtiger Grund dafür, dass die Archivalien nach Berlin und nicht etwa nach Warschau gesandt wurden.⁷⁸ Ebenso sprach die politische Lage für eine Verlegung des Archivs nach Berlin. Mitte der 1920er Jahre erschien die Stadt als sicherer Ort. Dagegen bestand zwischen Polen und der Sowjetunion durch den wenige Jahre zuvor stattgefundenen Polnisch-Sowjetischen Krieg weiterhin eine zerbrechliche Lage, was gegen eine Verlegung des Archivs in eine polnische Stadt sprach.

Die finanzielle Unterstützung aus der Sowjetunion könnte eine Voraussetzung für die Überführung der Archivalien aus Genf nach Berlin gewesen sein. Im Mai 1926 wurden die Kisten versandt, wenige Monate später konnte eine interessierte Öffentlichkeit im Archiv arbeiten.⁷⁹ Bis 1933 erfuhr das in der SPD-Par-

76 Vgl. Erinnerungen von Jakob Pat: Pat, Jakob: Franz Kursky un der archiv fun „bund“. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 5 f. Vgl. auch Web, Between New York and Moscow, S. 247 f.

77 Vgl. Web, Between New York and Moscow, S. 244–246. 1933 wurde das *Bund*-Archiv mit Teilen des SPD-Archivs und dem SDAPR-Archiv nach Paris befördert und auf diese Weise Archivmaterialien gerettet. Später wurden einige Archivalien nach New York gebracht, wo das Archiv sich auch heute noch befindet. Vgl. hierzu den Ausblick dieser Arbeit.

78 Dass Kursky Mitte der 1920er Jahre eine Anstellung suchte, zeigt ein Brief von Paul Olberg an Hjalmar Branting vom 06.07.1924. Eingesehen in: BArch, NY 4023/9.

79 Das Jüdische Lexikon verweist auf ein „früheres Genfer Museum“, das 1927 nach Berlin überführt wurde. Hierbei handelt es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um die *Bund*-Archivmaterialien. Der Eintrag könnte darauf hindeuten, dass das Archiv erst ab 1927 zugänglich war. Vgl. Tartakower, Arieh: Bund. In: Herlitz, Georg/Kurschner, Bruno (Hrsg.): Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden. Band 1. Berlin 1927. Zeile

teizentrale in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) ansässige Archiv weitere Zuführungen von Dokumenten und Publikationen, die Kursky als Hauptarchivar inventarisierte und verwaltete.⁸⁰ Bei seiner Tätigkeit wurde er durch Isai Judin unterstützt.⁸¹ Jedoch wurden Dokumente der polnischen *Bund*-Partei nicht dem Archiv zugeführt, da diese direkt in der Warschauer Parteizentrale aufbewahrt wurden. Nach einem deutschen Luftangriff sollten diese im September 1939 fast vollständig verbrennen.⁸²

Im Laufe der 1920er Jahre veränderte sich auch das sozialistisch-zionistische Parteienbild in Berlin. Zwar blieben diese bis 1933 durchgängig in Berlin aktiv, nach der Balfour-Deklaration und der Russländischen Revolution internationalisierte sich die Bewegung jedoch in einem stärkeren Maße, als es bei anderen in Osteuropa gegründeten sozialistischen Parteien der Fall war. Der geografisch-politische Fokus der gesamten zionistischen Bewegung lag in der Zwischenkriegszeit noch stärker auf dem Mandatsgebiet Palästina. Vermehrt wurde nun entweder die hebräische Sprache oder die Sprache der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft verwendet. Für die Ansprache osteuropäisch-jüdischer ArbeiterInnen publizierten in Berlin ansässige zionistische Gruppierungen jedoch weiterhin ebenfalls in jiddischer Sprache.⁸³

Nach dem Umzug der Parteizentralen osteuropäisch-zionistischer Gruppierungen ins Mandatsgebiet Palästina unterhielten diese in Berlin ein gemeinsames Verbandsbüro. Dieses von Berl Locker geführte Büro des *Allweltlichen jüdischen Sozialistischen Arbeiter-Verband Poale-Zion (vereinigt mit dem Z. S. Verband)* befand sich zuerst in der Eisenacher Straße 14 (Berlin-Schöneberg) und wurde später in die Auguststraße 17 (Berlin-Mitte) verlegt.⁸⁴ In der Auguststraße teilte sich die Partei ein Bürogebäude mit dem *Allweltlichen Congress für das arbeitende Palaestina*. Trotz dieser Umstellungen blieb Berlin weiterhin eine wichtige europäische Stadt für die zionistische Bewegung, was größere dort stattfindende Kongresse zeigen: Ende September 1930 wurde zum Weltkongress des arbeiten-

1234f. Gertrud Pickhan verweist darauf, dass das Archiv seit 1925 in Berlin angesiedelt gewesen sei, bezieht sich hierbei jedoch wahrscheinlich auf den Vertragsabschluss von Oktober 1925. Vgl. Pickhan, *The Bund in Poland and German Social Democracy*.

⁸⁰ Vgl. IISH, *Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives*, Nr. 297–447. Ein Teil der Archivmaterialien konnte 1933 gerettet und nach Paris gebracht werden.

⁸¹ Vgl. Aronson, *Isay Ayzenshtat*, S. 152.

⁸² Vgl. Web, *Between New York and Moscow*, hier S. 252.

⁸³ Bspw. die zwischen 1922 und 1924 publizierte Zeitschrift *Unzer bavegung. Organ fun der yid. sotsial.-dem. arbeter-organizatsie Po'ale Tsiyon in Daytshland*.

⁸⁴ Vgl. Adresse im Briefkopf des Briefs des *Allweltlichen jüdischen Sozialistischen Arbeiter-Verband Poale-Zion (vereinigt mit dem Z. S. Verband)* an den Vorstand des ADGB vom 22.06.1928. Eingesehen in: AdsD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand, Nr. 212.

den Palästinas nach Berlin eingeladen.⁸⁵ Nach eigenen Angaben nahmen an der Veranstaltung VertreterInnen von „mehreren hunderttausend jüdischen Arbeitern der Welt und Freunde des Arbeiterhandwerks in Palästina“⁸⁶ teil. TeilnehmerInnen waren auch wichtige politische VertreterInnen der internationalen ArbeiterInnenbewegung, sowie KünstlerInnen und Gelehrte. Den ADGB vertraten Josef Furtwängler und Alexander Knoll auf der Tagung. Knoll richtete am Eröffnungsabend an die KongressteilnehmerInnen Begrüßungsworte des ADGB-Bundesvorstandes.⁸⁷

Bereits sechs Jahre zuvor, im November 1924, war Berlin Austragungsort einer anderen zionistischen Großveranstaltung. Damals wurde die „zweite Plenarsitzung des zentralen Komitees für das arbeitende Erez-Israel“⁸⁸ abgehalten. Hierbei handelte es sich um eine Plattform unterschiedlicher zionistischer Gruppen der ArbeiterInnenbewegung. Sie reichte von Gewerkschaftsverbänden der *Histadruth* bis zum kommunistischen Spektrum der *Poale Tzion*. Neben Großveranstaltungen organisierten zionistische Parteien in Berlin anlassbezogen ebenfalls kleinere Diskussionsveranstaltungen, die jedoch nicht ausschließlich auf Jiddisch stattfanden.⁸⁹

85 Vgl. Brief der Allgemeinen Arbeiterorganisation in Palästina vom 24. September 1930. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 303.

86 Brief des Central-Büros des Allweltlichen Kongresses für das arbeitende Palästina an den ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart vom 21. August 1930. Eingesehen in: AdsD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand, Nr. 212.

87 Vgl. Korrespondenz des Büros des Allweltlichen Kongresses für das arbeitende Palästina mit Josef Furtwängler und Alexander Knoll. Eingesehen in: AdsD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand, Nr. 212.

88 N. N.: Komitee für das arbeitende Palästina. In: Der Neue Weg. Monatszeitschrift der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation Poale Zion in Deutschland, Vol. 1 (1924), Nr. 1 (Dezember 1924).

89 Am 22.07.1922 luden osteuropäisch-zionistische Parteien in die Kleiststr. 10 (Berlin-Charlottenburg) zu einer Veranstaltung anlässlich der Ratifizierung des Völkerbundmandats für das Mandatsgebiet Palästina ein. Vgl. für die Ankündigung N. N.: V berlinë. Chronika. In: Rul', Vol. 2 (1922), Nr. 504 (28.07.1922). S. 5. Am 26.06.1928 lud das Komitee für das Arbeitende Palästina zusammen mit dem *Jüdisch Sozialistischen Arbeiterverband Poale Tzion* zur Diskussion „Probleme der jüdischen Arbeiterbewegung und des sozialistischen Aufbaus Palästina“ in einen Vortragsraum des Landtages (Prinz Albrechtstr. 5, Berlin-Mitte, heute Niederkirchnerstraße) ein. Vgl. Einladungskarte vom 21.06.1928. Eingesehen in: AdsD, DGB-Archiv im AdsD, ADGB-Bestand, Nr. 212. Zum 04.09.1930 lud die Organisation *Linke Poale Tzion Berlin* anlässlich des zionistischen Kongresses in Berlin zur Kundgebung „Was fordern wir vom allweltlichen Kongress für das arbeitende Palästina“ ins Verwaltungsgebäude der Jüdischen Gemeinde (Rosenstraße 2, Berlin-Mitte) ein. Vgl. Einladungsflyer. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 303.

Das vielfältige jiddischsprachige Verlagswesen Berlins war Mitte der 1920er Jahre nur in Teilen erhalten geblieben. Generell erschienen jiddischsprachige Zeitungen und Zeitschriften in der Stadt meist nur für wenige Ausgaben und es konnte trotz vereinzelter Bestrebungen in der Hauptstadt der Weimarer Republik niemals eine jiddischsprachige Tageszeitung herausgebracht werden.⁹⁰ Zu den nach 1923 weiterhin bestehenden Verlagen, die sich auch auf jiddischsprachige Bücher spezialisiert hatten, gehörten *Vostok* und *Klal*. Beide Verlage verlegten neue Bücher, übersetzten aber auch bereits erschienene aus dem Russischen oder Deutschen ins Jiddische.⁹¹ Aufgrund des Zuzugs der politischen ExilantInnen stellte sich für die Publikation von jiddischsprachigen politischen Pamphleten die Situation anders dar als für Bücher aus dem literarischen Feld. Erstgenannte wurden auch nach 1923 weiterhin von Berlin aus publiziert, sodass ein jiddischsprachiges sozialistisches Publikationswesen fortbestand: Zu Beginn der 1930er Jahre veröffentlichte die Auslandsvertretung des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* zwei Ausgaben ihrer Zeitschrift *Undzer gedank*, in denen sie vornehmlich auf die politische und soziale Situation von Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion einging. Der in Berlin lebende Sozialrevolutionär Isaak Štejnberg gab die in Warschau publizierte Monatszeitschrift *Fraye shriftn* heraus.⁹² Die Herausgeber der Zeitschrift sahen diese als eine Diskussionsplattform für jüdisch-sozialistische Theorien. Das besondere an der Zeitschrift war, dass die AutorInnen politische Intellektuelle aus unterschiedlichen Ländern waren. Zu ihnen gehörten bekannte Persönlichkeiten wie Khayim Zhitlovsky aus New York und Isaak Rubin aus Moskau. Neben Štejnberg publizierten in *Fraye shriftn* mit Abraham Menes, Nahum Gergel und Daniel Tsharny drei weitere in Berlin lebende Exilanten. Beide Zeitschriften wurden nicht nur in der Weimarer Republik, sondern auch in den USA, Polen und Litauen vertrieben.

Mehrere ExilantInnen verdienten sich ihren Lebensunterhalt als AuslandskorrespondentInnen für jiddischsprachige Zeitungen aus den USA oder Polen. Der New Yorker *Forverts*, die damals auflagenstärkste jiddischsprachige Tageszeitung der Welt, unterhielt in Berlin ein eigenes Auslandsbüro mit zwei festangestellten

90 Vgl. Estraiikh, *The Berlin Bureau*, S. 142 sowie die Kommunikation über Herrn Margolin zwischen der *Vorwärts*-Buchdruckerei und dem Auswärtigen Amt vom Februar 1922. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121 690.

91 Vgl. diesbezüglich die Auflistung jiddischsprachiger Bücher in Kühn-Ludewig, *Jiddische Bücher aus Berlin*, S. 180–182 und S. 204–206. Mit steigenden Lebens- und Produktionskosten in den 1920er Jahren verkleinerte sich der jiddischsprachige Verlagsraum in Berlin merklich und die jiddischsprachige Buchproduktion erfuhr ab 1923 einen starken Rückgang.

92 Vgl. *Fraye shriftn*. Farn yidishn sotsialistishn gedank. Zamlbukh unter der redaktsie fun I. N. Shteynberg.

und mehreren freien MitarbeiterInnen. Das Berliner Büro war zuständig für die Berichterstattung über die Weimarer Republik sowie die ost- und ostmitteleuropäischen Länder.⁹³ Andere KorrespondentInnen schrieben für die Warschauer *Naye Folkstsaytung* oder für die monatlich erscheinende New Yorker Theoriezeitschrift *Di tsukunft*.⁹⁴

Der Konflikt zwischen kommunistischer und sozialistischer Bewegung verschob sich im Laufe der 1920er Jahre im jiddischsprachigen Handlungsraum weg von einer direkten Konfrontation zwischen Exilparteien hin zu Konfrontationen bei öffentlichen Veranstaltungen in den ArbeiterInnenklubs der Stadt. Dass aber dennoch eine kritische Begleitung der Parteien und Organisationen von der jeweils anderen politischen Seite fortgesetzt wurde, zeigt ein Beispiel aus dem Jahr 1924: Kommunistisch orientierte Jüdinnen und Juden wiesen das KPD-Politbüro darauf hin, dass Parteien wie der *Bund* und *Poale Tsion* sowie Vereine wie ORT und OSE unter osteuropäischen Jüdinnen und Juden angeblich aktive Agitation gegen die Sowjetunion betreiben würden.⁹⁵ Dieser politische Konflikt innerhalb der ArbeiterInnenbewegung beschränkte sich aber nicht nur auf interne Berichte. So gab es Mitte der 1920er Jahre in Berlin mit dem *Sholem-Alechem-Klub*, dem *Arbeiter- und Kulturverein Peretz* und dem *Jüdischen Arbeiter Kultur Verein* gleich drei politisch miteinander konkurrierende jiddischsprachige ArbeiterInnenvereine, wobei erstgenannter sich im Westteil, die anderen beiden sich im Ostteil der Stadt befanden.

Der *Peretz-Verein* wurde 1925 gegründet. Ziel des Vereins war es, einen Begegnungsraum zu schaffen, in dem ArbeiterInnen, Angestellte und andere sich dem Sozialismus zugehörig fühlende Personen in einem jüdischen Umfeld Erholung vom Arbeitsalltag finden konnten. Das Vereinslokal befand sich in der Großen Präsidentenstraße 2 (Berlin-Mitte), ab Januar 1929 in der Oranienburger Straße 27 (Berlin-Mitte).⁹⁶ Es bot den Mitgliedern ein Schachzimmer, einen Lese- und Bibliotheksraum sowie einen gesonderten Plenarsaal für Versammlungen

93 Vgl. Estrai kh, Die jiddischsprachige New Yorker Tageszeitung Forverts.

94 In den Archivunterlagen des Auswärtigen Amtes befinden sich alphabetische Verzeichnisse von ausländischen JournalistInnen, die in der Weimarer Republik gearbeitet haben. Vgl. bspw. für das Jahr 1928 PA AA, Bestand RZ 701, R 121606, für das Jahr 1932 PA AA, Bestand RZ 701, R 121608. Es ist davon auszugehen, dass diese Listen nicht vollständig waren.

95 Vgl. Zaagsma, Transnational networks of Jewish migrant radicals, S. 228.

96 Ende des Jahres 1928 fand eine Veranstaltungsreihe des *Peretz-Vereins* in der Sophienstr. 17/18 (Berlin-Mitte) statt. Möglicherweise unterhielt der Verein in dieser Übergangsphase kein eigenes Vereinslokal. Vgl. Jiddischsprachige Veranstaltungsankündigung im Sänger-Saal in der Sophien-Str. 17/18. Eingesehen in: IISH, Algemeynyer Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 298.

und Veranstaltungen.⁹⁷ Seit 1927 wurden dort öffentliche Kulturabende und Vorträge organisiert, in denen es um die Präsentation von osteuropäisch-jüdischen Organisationen oder Themen wie die historische Entwicklung innerhalb der ArbeiterInnenbewegung oder Antisemitismus ging.⁹⁸

Eine wichtige zeitgenössische Debatte unter den Mitgliedern des *Peretz-Vereins* entzündete sich entlang der Sprach- und Bildungspolitik. Erziehungs- und Bildungspolitik waren in der Zwischenkriegszeit ein zentrales Thema innerhalb der sozialistischen Bewegung.⁹⁹ In Berlin gab es neben dem *Peretz-Verein* mit dem *Berliner Komitee zur Förderung des Jüdischen Weltlichen Schulwesens* eine weitere jiddischsprachige Organisation, die sich aus einem sozialistischen Selbstverständnis heraus mit Bildungspolitik beschäftigte.¹⁰⁰ Die politische Relevanz von Bildungskonzepten verdeutlicht auch die Beschäftigung der *Berliner Bund-Gruppe* mit dieser Thematik. Auch sie stand in engem Kontakt mit der jüdisch-weltlichen Schulbewegung Polens.¹⁰¹

Innerhalb des *Peretz-Klubs* scheinen parallel zwei gegenteilige Entwicklungen stattgefunden zu haben: Zum einen versuchte eine vereinsinterne Kulturkommission, die jiddische Sprache zu fördern, und rief Eltern dazu auf, jiddischsprachige Erziehungseinrichtungen in Berlin zu eröffnen.¹⁰² Zum anderen gab es Ende der 1920er Jahre Vortragseinladungen des Vereins in deutscher und jiddischer Sprache, was auf eine sprachliche Assimilierung der jüdischen ArbeiterInnenschaft hinweist. Andererseits kann die zweisprachige Ankündigung der

97 Vgl. Einladungsbrief zur Eröffnung des Vereinslokals in der Großen Präsidentenstraße 2 (Berlin-Mitte) vom 27.09.1927. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 297.

98 Vgl. Korespondents-Blat fun yidishen arbeter-kultur-farayn „Perets“ in Berlin, Nr. 1, 1927. Eingesehen in: YIVO-Archives, RG 1400, Nr. 27.

99 Für Gedanken über die Bedeutung von Pädagogik innerhalb der sozialistischen Bewegung vgl. Paul-Siewert, Benjamin/Pfützner, Robert/Winkler, Michael (Hrsg.): Sozialistische Pädagogik. Eine kommentierte Anthologie. Baltmannsweiler 2016.

100 Vgl. N. N.: Der shul-komitet fun berlin kegn di „haynt-hetser“. In: NF, Vol. 4 (1929), Nr. 240 (13.10.1929). S. 5. Ebenso: Veranstaltungsankündigung zum Vortrag mit anschließender Diskussion. Im Briefkopf des Komitees wurde der Namenszusatz „in Polen“ durchgestrichen. Die Veranstaltung fand am 01.04.1929 im *Sholem-Alechem-Klub* zwischen 9 und 12 Uhr abends statt. Vgl. IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 297.

101 Einladung zum Treffen der *Berliner Bund-Gruppe* vom 06.05.1929. Die Tagesordnung kündigt die Diskussion über einen Brief vom TsYSHO an. Der Tagesordnung ist ebenfalls zu entnehmen, dass sich eine Stunde vor der Sitzung des *Bund* das „bundistische Schulkomitee“ traf, um über die Schulkommission zu debattieren. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 297.

102 Vgl. Aufruf der Kultur-Kommission im Peretz-Verein an jüdische Eltern. In: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 298. Vgl. ebenfalls Saß, Berliner Luftmenschen, S. 195.

Vorträge auch als eine Reaktion auf die verstärkte kommunistische Agitation innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenschaft gelesen werden. Seit 1928 organisierten sich KommunistInnen im *Jüdischen Arbeiter Kultur Verein e. V.*, der ähnlich wie der *Peretz-Verein* politische Vorträge und Abendveranstaltungen organisierte.¹⁰³ Auffällig ist, dass der *Peretz-Verein* kurz nach der Gründung des *Arbeiter Kultur Vereins* seine Öffnungszeiten erweiterte und seinen Mitgliedern ein verbessertes kulturelles Angebot anbot.¹⁰⁴ Inwieweit das verbesserte Angebot auch eine Reaktion auf die kommunistische Konkurrenz war, konnte anhand des vorliegenden Quellenmaterials jedoch nicht eindeutig beantwortet werden.

Im Westteil Berlins entstanden nach dem Zuzug der politischen Intellektuellen zwei neue kulturpolitische Organisationen. Zwischen 1922 und 1924 existierte unter der Leitung von Dovid Bergelson eine Berliner *kultur-lige*.¹⁰⁵ 1924 gründeten osteuropäisch-jüdische ExilantInnen den *Sholem-Alechem-Klub*, in dem Vorträge und kulturelle Veranstaltungen organisiert und eine Bibliothek, ein Lesesaal und ein Café betrieben wurden. Der Klub besaß Räumlichkeiten in der Kleiststraße 9 (Berlin-Charlottenburg).¹⁰⁶ Auch in ihm fanden hitzige Diskussionen über Sozialismus, Kommunismus und die Sowjetunion statt. Im März 1927 hielt Rafail Abramovič im *Sholem-Alechem-Klub* einen Abendvortrag über die Februarrevolution von 1917 und deren Einfluss auf die osteuropäischen Judenheiten. Aufgrund gezielter Störungen von kommunistischer Seite musste der Vortrag abgebrochen werden. Er wurde wiederholt, fand aber nun ausschließlich vor geladenen Gästen statt.¹⁰⁷ Auch bei anderen thematischen Diskussionsveranstaltungen über die Sowjetunion, die Revolutionsereignisse und die Zukunft

103 Am 24. 11. 1928 fand ein Vortrag des jiddischen Dichters A. Raysen in den Sophien-Sälen 18/19 (Berlin-Mitte) statt. Der Verein gibt als Vereinsadresse die Saarbrücker Str. 20/21 (Berlin-Mitte) an. Am 13. 10. 1929 organisierte der Verein einen „anti-religiösen Abend“. Vortragende waren u. a. Daniel Tsharni und Dovid Bergelson. Der Abend fand in der Elsasserstr. 26 (Berlin-Mitte) statt. Am 09. 11. 1929 fand ein Vortrag von Dr. Bela-Balasz über „Separatismus und Nationalismus in der Arbeiterbewegung“ in der Landsberger Str. 85 (Berlin-Mitte) statt. Alle Veranstaltungsankündigungen eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 298.

104 Hinweis der erweiterten Öffnungszeiten und erweiterten kulturellen Angebote auf einem Veranstaltungsflyer für einen Vortrag am 13. 01. 1929 von Dr. I. Heller zu: Das Problem von Gewalt. Tolstois Leben und Schaffen. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 298.

105 Vgl. Kazovsky, Hillel: Kultur-lige. In: The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abrufbar unter: <https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Kultur-lige> [07.08.2019].

106 Für den *Sholem-Alechem-Klub* vgl. auch Estraiikh, *Vilna on the Spree*, S. 119–121. Die Klub-Mitgliedschaft von Franz Kursky ergibt sich aus einer Zahlungsaufforderung für den Mitgliedsbeitrag. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 298.

107 Vgl. Estraiikh, *Die jiddischsprachige New Yorker Tageszeitung Forverts*, S. 132f.

der Judenheiten in Osteuropa „standen sich [im Klub] die Gegner und Befürworter des Sowjet-Regimes unversöhnlich gegenüber.“¹⁰⁸

3.1.1.3 Die frühen 1930er Jahre

Aus zwei unterschiedlichen Richtungen nahmen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen zu Beginn der 1930er Jahre eine Verschärfung des politischen Klimas war. Auf der einen Seite waren sie in Berlin direkte Betroffene des in der Weimarer Republik aufstrebenden Nationalsozialismus, dessen Aufstieg viele von ihnen als Teil eines gesamteuropäischen Trends sahen. Rafail Abramovič verfasste im Dezember 1930 für den *Forverts* einen Überblick über aufstrebende faschistische Parteien in europäischen Ländern. Er erkannte besonders in Italien, Deutschland, Österreich und Finnland eine neue Bewegung, die es vermochte, Massen anzusprechen.¹⁰⁹ Auf der anderen Seite spitzte sich ebenfalls die politische Situation innerhalb der Sowjetunion und auch international im Konflikt zwischen Sozialismus und Kommunismus zu. Auch diese Entwicklung hatte direkten Einfluss auf die ExilantInnen. Zu der schwierigen politischen Lage kamen nach der Weltwirtschaftskrise auch ökonomische Herausforderungen hinzu. In Berlin agierende jiddischsprachige Organisationen und ExilantInnen wurden vermehrt zu Umzügen gezwungen. Beispielsweise musste der *Sholem-Aleichem-Klub* 1931 seine Räumlichkeiten in der Kleiststraße 9 (Berlin-Charlottenburg) aufgeben. Er fand erstmal Ersatz in der nahegelegenen Lutherstraße 48/49 (Berlin-Charlottenburg).

In den frühen 1930er Jahren sorgte ein Moskauer Schauprozess unter den ExilantInnen für großes Aufsehen. In dem im März 1931 stattfindenden Prozess wurde gegen tatsächliche und vermeintliche Mitglieder der SDAPR ermittelt. Hauptanklagepunkt war eine angebliche Verwendung von vier Millionen Franken für einen geplanten Umsturz in der Sowjetunion. Laut Anklageschrift hatten Berliner ExilantInnen das Geld besorgt und illegal in die Sowjetunion transferiert. Zum Teil, so die Anklage weiter, stamme dieses direkt von der SPD. Einer der in

108 Saß, Berliner Luftmenschen, S.168f. Für die Unterschiedlichkeit der Veranstaltungen im *Sholem-Aleichem Klub* vgl. diverse Veranstaltungshinweise in: IISH, Allgemeiner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 297, Nr. 298 und Nr. 301. Für die Jahre 1924, 1926 und 1928 gibt es nur jeweils einen Hinweis auf eine kulturelle Veranstaltung. Für die Jahre 1929 bis 1932 konnten zwölf Ankündigungen politischer Diskussionsabende und zwei Ankündigungen zu kulturellen Abendveranstaltungen nachgewiesen werden.

109 Vgl. Abramovitsh, Rafail: Di fashisten saynen a greser gefahr vi men maynt. In: *Forverts*, Vol. 34 (1930), Nr. 12.083 (21.12.1930). S.9 und S. 3; ebenfalls: Abramovitsh, Rafail: Vi groys iz di istige fashistische gefahr in daytshland? In: *Forverts*, Vol. 34 (1930), Nr. 12.035 (09.11.1930). S. 10.

Abwesenheit angeklagten Hauptverdächtigen war für die Moskauer Justiz Rafail Abramovič. Fälschlicherweise wurde behauptet, dass er im Sommer 1928 für konspirative Treffen in Moskau gewesen wäre.¹¹⁰

Ziel des inszenierten Prozesses war es, sowohl innerhalb der Sowjetunion als auch unter den politischen ExilantInnen zu zeigen, dass die bolschewistische Führung unter Stalin keinerlei politische Opposition duldete. Die Anklagepunkte waren aus der Luft gegriffen, weswegen VertreterInnen der SDAPR, der SPD und weitere AnführerInnen der SAI ihnen vehement widersprachen. Die in Berlin lebenden sozialistischen ExilantInnen betrachteten die Vorgänge und einen darauffolgenden Beschluss des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) als eine „neue Zersetzung- und Spaltungsoffensive gegen die Arbeiterbewegung“¹¹¹. Trotz all dieser Solidaritätsbekundungen schien bei Abramovič das Gefühl zu bestehen, gegenüber der Öffentlichkeit einer gewissen Nachweispflicht nachkommen zu müssen: Er wies durch die Vorlage von Rechnungen und eidesstaatlichen Erklärungen nach, dass er zur besagten Zeit gar nicht in Moskau gewesen sein konnte. Ferner dachte das Zentralkomitee der Auslandsvertretung der SDAPR über eine externe Prüfung der Parteifinzen nach. Sie wollten so aufzeigen, dass in den Jahren 1928/29 keine Gelder zwischen SPD und SDAPR transferiert wurden.¹¹² Wie stark die Polarisierung in der ArbeiterInnenbewegung zwischen SozialistInnen und KommunistInnen zu diesem Zeitpunkt bereits vorangeschritten war, zeigt die Reaktion des französischen Sozialisten Léon Blum, der den Prozess mit der Dreyfus-Affäre verglich.¹¹³

Kontroverse Debatten verliefen jedoch nicht ausschließlich zwischen kommunistischer und sozialistischer ArbeiterInnenbewegung. Aufgrund der sich deutlich verschlechternden politischen Lage und der faktischen Gefahr des Faschismus begannen auch Richtungsstreitigkeiten zwischen unterschiedlichen sozialistischen Strömungen, die auch im jiddischsprachigen Handlungsraum Berlins Widerhall fanden. In der zweiten Ausgabe der von dem *Sozialdemokrati-*

110 Vgl. für den Prozess die Broschüre: Adler, Friedrich/Abramowitsch, Raphael/Blum, Leon/Vandervelde, Emile: Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berlin 1931.

111 Garwy, Peter: Das neue Wort der Komintern. Neue Zersetzungsoffensive gegen die Arbeiterbewegung. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Morgen-Ausgabe, Vol. 48 (1931), Nr. 200 (30. April 1931). S. 2.

112 Vgl. Adler/Abramowitsch/Blum/Vandervelde, Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale; Abramovič, Rafail: Moja poezdka v Moskvu i „process 14“. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 5 (14.03.1931). S. 3–9.

113 Vgl. Blum, Léon: Der Moskauer Schandprozeß. In: Abramowitsch, Raphael/Adler, Friedrich/Blum, Leon/Vandervelde, Emile: Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berlin 1931. S. 25–30. Hier S. 24. Siehe hierzu auch Kapitel 4.2.2 in dieser Arbeit.

schen *Bund der Sowjetunion* herausgegebenen Zeitschrift *Undzer gedank* wurde in einem von den RedakteurInnen verfassten Artikel direkt gegen den polnischen *Bund* polemisiert.¹¹⁴ Die Debatte entzündete sich an der Frage des Umgangs mit der Sowjetunion. Die polnische Partei plädierte für einen Versuch der Annäherung an die Sowjetunion; die in Berlin lebenden sozialdemokratischen ExilantInnen lehnten diesen Schritt vehement ab.

Hinter der Kontroverse standen machtpolitische Ansprüche. Seit 1930 war der polnische *Bund* Mitglied der SAI und obwohl die BundistInnen innerhalb der SDAPR den Beitritt des polnischen *Bund* in die Internationale unterstützt hatten – besonders um Verbündete im politischen Kampf gegen die zionistische Bewegung zu haben – begann nun ein Konflikt darüber, wer bei unterschiedlicher politischer Positionierung Sprachrohr der osteuropäischen Judenheiten war.¹¹⁵ An inhaltlichen Differenzen mangelte es dabei nicht, da sich der polnische *Bund* mit seinem Beitritt zur SAI auch einer kleinen linken Opposition rund um die ILP anschloss. Zugleich sprachen sie dem *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* ab, die osteuropäisch-jüdische ArbeiterInnenschaft zu vertreten.¹¹⁶ Dieser interne Konflikt brach auf dem Wiener SAI-Kongress im Jahr 1931 offen aus und scheint auch in der Folge nicht befriedet worden zu sein. Sicherlich auch deshalb nicht, weil er durch die folgenden politischen Entwicklungen in Europa schnell wieder in den Hintergrund trat.¹¹⁷

Für den sozialistischen jiddischsprachigen Handlungsraum in Berlin kann zum Ende der Weimarer Republik ferner festgestellt werden, dass eine verstärkte intellektuelle Auseinandersetzung mit politischen Fragestellungen stattfand. Mehrere ExilantInnen ersetzten den auf Osteuropa bezogenen politischen Gestaltungswillen durch journalistische Tätigkeiten, das Publizieren von Zeitschriften und Monografien sowie wissenschaftliche Forschung. Trotz, oder auch gerade wegen der angespannten politischen Lage verstärkte sich zu Beginn der 1930er Jahre diese Tendenz durch die Etablierung wissenschaftlicher Institutionen: Bereits seit Beginn der 1920er Jahre existierte in Berlin das *Ostjüdische Historische Institut* und seit 1925 befand sich in der Stadt die historische Abteilung des *Yidisher visnshaftlekher institut* (YIVO), die eng verbunden war mit dem in Vilna an-

114 Vgl. N. N.: Notitsn fun der redaktsie: A „krumer shpigl“ oder a krume kritik? In: *Undzer gedank*, Vol. 1 (1931), Nr. 2/3. S. 84–91.

115 Vgl. Cahan, Abraham: A zhurnal fun der oyslendisher delegatsie fun „Bund“ in soviet rusland. In: *Bundischer Klub in New York* (Hrsg.): *Ab. Kahane un der „Bund“ in Poyln*. New York 1932. S. 7–15. Erstveröffentlichung in: *Forverts*. Section Two, Vol. 35 (1931), Nr. 12.368 (04.10.1931). S. 5.

116 Kosowski, Vladimir: A krumer shpigl. In: *NF*, Vol. 6 (1931), Nr. 207 (07.08.1931). S. 4.

117 Siehe hierzu auch Kapitel 4.1.2 in dieser Arbeit.

sässigen Hauptsitz des Instituts.¹¹⁸ Über das YIVO hinaus gab es weitere jiddischsprachige wissenschaftliche Projekte, die ähnlich wie das YIVO auch auf sozialistische *tuer* zurückgriffen. Dies zeigt das Beispiel der 1930 gegründeten *Gesellschaft Dubnow-Fonds*. Sie entstand anlässlich des 70. Geburtstags des Historikers Simon Dubnow mit dem Ziel der „Herausgabe einer allgemeinen Enzyklopädie in jiddischer Sprache“¹¹⁹ in zehn Bänden. Hierfür sollten die „besten jüdischen wissenschaftlichen Kräfte zur Mitwirkung“¹²⁰ gewonnen werden. 1932 publizierte die Gesellschaft ein erstes Probeheft. Unter den darin aufgeführten AutorInnenzusagen befanden sich die Sozialisten Ben-Adir, Vladimir Kosovski, Franz Kursky, Shmuel Niger, Nochum Shtif, Aron Syngalowski und Elias Tsherikover.¹²¹

Aufgrund der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen verkleinerte sich der jiddischsprachige Berliner Handlungsraum seit 1923 kontinuierlich. Im Laufe der 1920er Jahre gingen sowohl die Anzahl der publizierten Bücher und Zeitschriften als auch die stattfindenden Veranstaltungen zurück. Trotz alledem existierte in der Hauptstadt der Weimarer Republik bis 1933 eine erstaunliche Vielfalt von jiddischsprachigen sozialistischen Debattierklubs, Exilparteien und weiteren Treffpunkten. Dies hing im Besonderen damit zusammen, dass mehrere Dutzend jiddischsprachige ExilantInnen und linke Intellektuelle in Berlin lebten. Besonders durch Einrichtungen wie das *Bund*-Parteiarchiv und das KorrespondentInnenbüro des *Forverts* war die Stadt auch für die internationale sozialistische Bewegung ein kommunikativer Dreh- und Angelpunkt zwischen Ost und West.

Zu Beginn der 1930er Jahre sollte der jiddischsprachige Handlungsraum durch den aufstrebenden Nationalsozialismus weiter unter Druck geraten. Viele

118 Ein Grund dafür, dass in Berlin in den 1920er Jahren eine bedeutende Zweigstelle des YIVO gegründet wurde, ist, dass drei der fünf Gründungsmitglieder des Instituts längerfristig in Berlin lebten. David Fishman hat herausgearbeitet, dass die in Berlin lebenden Mitbegründer des YIVO sich von den in Vilna lebenden MitstreiterInnen durch ihr der wissenschaftlichen Karriere vorausgegangenes politisches Engagement unterschieden. Bis 1905 waren Leshtinsky, Shtif und Tsherikover aktiv in sozialistischen Parteien des Russländischen Reiches; erst danach wandten sie sich der wissenschaftlichen Forschung zu. Vgl. Fishman, *The Rise of Modern Yiddish Culture*, S. 128 f.

119 Brief der Gesellschaft Simon-Dubnow, unterschrieben von Abramovič und Leshtinsky, an Karl Kautsky vom 12.05.1931. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. D I 7–40. Hervorhebung im Original.

120 Brief von Rafail Abramovič an Karl Kautsky vom 12.05.1931 auf Briefpapier der Gesellschaft Simon-Dubnow. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. D I 7–40.

121 Vgl. Vorwort der jiddischsprachigen allgemeinen Enzyklopädie: *Dubnow-Fonds* (Hrsg.): *Allgemeine ensiklopedie*. Probeheft. Berlin 1932.

osteuropäisch-jüdische SozialistInnen nahmen aber auch die stark eingeschränkte Vielfalt innerhalb der Sowjetunion als große Bedrohung für die jüdischen und sozialistischen Lebenswelten der Zeit wahr. Durch Publikationen und wissenschaftliche Forschung versuchten sie von Berlin aus, etwas zum Erinnern und Fortbestehen der Vielfalt des sozialistischen und jüdischen Lebens in Osteuropa beizutragen.

3.1.2 Russischsprachiger Handlungsraum

3.1.2.1 Die Anfangsjahre der Weimarer Republik

Genau wie der mit ihm eng verschränkte jiddischsprachige Handlungsraum war auch der russischsprachige Berliner Handlungsraum in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ein migrantischer Durchgangsort zwischen Ost und West. In der Stadt ließen sich aus Osteuropa fliehende MigrantInnen nieder, „die sich hier sesshaft gemacht haben, in ihrer Mehrzahl bessere und ruhigere Zeiten für ihre Heimat hier abwarten wollen und aus Mangel an Geldmitteln in andere hochvalutarischen Ländern schlechterdings nicht leben können“¹²², wie es in einer behördlichen Einschätzung formuliert wurde. In Berlin entstanden zahlreiche russischsprachige Verlage, Zeitungen, Diskussionsräume, Kulturverbände und Organisationen.¹²³ Besonders erscheint die in den ersten Jahren der Weimarer Republik durch das Ministerium des Innern durchgeführte Beobachtung des „Russkij Berlins“¹²⁴, welche die große Angst einer Ausbreitung der revolutionären Ereignisse verdeutlicht. In Berichten wurde den russischsprachigen MigrantInnen zum Teil pauschal eine Nähe zu Umsturzplänen, zu den Bol’ševiki und damit zugleich auch eine Unterstützung der kommunistischen Bewegung in der Weimarer Republik unterstellt.¹²⁵ Dies geschah, obwohl auch den deutschen Behörden bekannt war, dass viele MigrantInnen vor den Bol’ševiki geflüchtet waren und ein „Prozentsatz [von ...] menschewistisch[en], zaristisch[en] und zum Teil auch unpolitisch[en]“¹²⁶ MigrantInnen in Berlin lebte.

122 Analyse des Ministers des Inneren vom 27.12.1922, gerichtet an Herrn Dr. Rosenberg (Minister des Äußeren). Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 207, Nr. R 78680.

123 Vgl. Schlögel, Das russische Berlin.

124 Für den Begriff vgl. Schlögel, Russische Emigration in Deutschland 1918–1941, S. 14.

125 Vgl. Bericht RK 31 vom 09.03.1921. Eingesehen in: BArch R 1507/2007.

126 Bericht RK 31 vom 09.03.1921. Eingesehen in: BArch R 1507/2007.

In der „Stiefmutter der russischen Städte“¹²⁷ waren die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen nur eine kleine Gruppe innerhalb einer größeren russischsprachigen Migrationsbewegung. In Berlin trafen sich EmigrantInnen mit unterschiedlichen politischen Einstellungen und aus verschiedenen nationalen Bewegungen des Russländischen Reiches. Monarchistische, rechtsextreme, konservative, anarchistische und sozialistische ParteianhängerInnen bauten in der Stadt eigene Exilvertretungen auf. Aufgrund dieser politischen Vielfalt kann der russischsprachige Exilraum nach Mareike Katchourovskaja nicht als Einheit gesehen werden, sondern bestand aus mehreren „russische[n] Teilöffentlichkeiten“¹²⁸. Viele der russischsprachigen Exilparteien suchten in der Parteienlandschaft der Weimarer Republik politische Partner und verbündeten sich mit diesen.

Der sozialistische Handlungsraum ist demnach als eine Teilöffentlichkeit innerhalb des vielfältigen russischsprachigen Berlins zu verstehen, der besonders zu Beginn wenige Anknüpfungspunkte zu den anderen Teilöffentlichkeiten vorwies. Der Historiker André Liebich spricht für die Exilgruppe der russländischen SozialdemokratInnen sogar von einer „Emigration in der Emigration“¹²⁹. Geprägt war dieser Handlungsraum vornehmlich von den Exilvertretungen der Sozialdemokratischen und der Sozialrevolutionären Partei. Der kurze Berlinaufenthalt der Anarchistin Emma Goldman zwischen 1922 und 1924 zeigt jedoch, dass Berlin auch ein temporärer Anlaufpunkt für kleinere Gruppierungen der russischsprachigen ArbeiterInnenbewegung war. Die revolutionäre Lage in der Weimarer Republik beschrieb Goldman in ihren Erinnerungen allerdings als „only skin-deep, but it succeeded in establishing certain political liberties. Our comrades could publish their papers, issue books, and hold meetings.“¹³⁰

Im Vergleich zu anderen politischen Exilbewegungen aus Sowjetrußland fand die sozialistische Migration nach Berlin verhältnismäßig spät statt. Anders als beispielsweise die monarchistische und auch die liberale Bewegung erhofften sich die AnführerInnen der SDAPR und der SR von den revolutionären Entwicklungen in Sowjetrußland politischen Fortschritt und eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Auch nach der Oktoberrevolution behielten sie erst einmal den Anspruch, Sowjetrußland mitzugestalten. Erst zu Beginn der 1920er Jahre gerieten sozialistische ParteianhängerInnen so stark unter Druck, dass zahlreiche ihrer AnführerInnen in Westeuropa Exil suchten.

127 Chodasevič, Vladislav: [Alles aus Stein ...]. Zitiert aus: Dohrn/Saß/Korkowsky, „... die Nacht hat uns verschluckt“, S. 44.

128 Katchourovskaja, Die russische Öffentlichkeit, S. 31.

129 Liebich, Eine Emigration in der Emigration.

130 Goldman, Emma: *Living my Life*. Volume Two. New York 1931. S. 956.

Als Abordnung der SDAPR kamen bereits 1919 mit Pavel Aksel'rod und Grigorij Binštok zwei russländische Sozialisten nach Berlin. Sie sollten von dort aus den westeuropäischen Schwesterparteien die Positionen und schwierigen Erfahrungen der russländischen Sozialdemokratie vermitteln. Ein Jahr später, im November 1920, erreichten mit Julij Martov und Rafail Abramovič zwei weitere prominente SDAPR-Politiker die Weimarer Republik. Ausgangspunkt ihrer Reise war die geplante Teilnahme am Parteitag der USPD in Halle. Aufgrund des Verbotes der Wiedereinreise nach Sowjetrußland ließen sich beide Politiker jedoch anschließend in Berlin nieder und gründeten zusammen mit Eva Broido ein Zentralkomitee der SDAPR-Auslandsdelegation.¹³¹ Wenige Monate später sollten ihnen mehrere dutzend weitere SozialistInnen folgen und das Berliner Zentralkomitee wuchs auf zehn Mitglieder an.

Die SDAPR hatte Berlin Anfang der 1920er Jahre als „menschewistische Hauptstadt im Ausland“¹³² auserkoren. Mit mehr als 70 Personen, von denen die Mehrheit auch im Exil politisch aktiv blieb, dominierte die Gruppe der SozialdemokratInnen allein aufgrund ihrer quantitativen Größe den sozialistischen russischsprachigen Handlungsraum der Stadt. Bis 1933 stellte die SDAPR-Exilpartei einen Gegenpol zum in Berlin ebenfalls aktiven Bolschewismus dar, dessen Fixpunkt die sowjetische Botschaft war.¹³³ Jedoch waren die SDAPR-AnhängerInnen keine homogene Gruppe. Sie bestanden aus einem linken, einem rechten und einem Zentrumsflügel. Ferner verstand sich die Partei als multiethnisch, weswegen neben der SDAPR auch die sozialdemokratische *Bund*-Vertretung und eine georgische Auslandsvertretung gegründet wurden. Das Zentralkomitee der SDAPR-Auslandsvertretung knüpfte schnell Verbindungen zu deutschen Schwesterparteien. Es stand anfänglich in enger Verbindung zur USPD und kooperierte später mit der SPD, zu deren Politik sich der rechte Parteiflügel der SDAPR bereits zu Beginn des Exils bekannt hatte. Die Mehrheit der SDAPR-Mitglieder rechnete sich allerdings dem linken Parteiflügel zu und pflegte tendenziell eine kritische Distanz zur Politik der SPD.

131 Vgl. Broido, *Daughter of Revolution*, S. 145; Abramovitsh, *In tsvey revolutsies*, Band 2, S. 354. Abramovič schreibt in seinen Erinnerungen von der Gründung der „Auslandsdelegation“ der russischen sozialdemokratischen Partei und des *Bund*“ (ebd.). Allerdings wird die Neugründung des *Bund*-Auslandsbüros erst 1922 im *Socialističeskij vestnik* erwähnt, weswegen hierbei von einer ungenauen autobiografischen Erinnerung auszugehen ist. Anders als Martov schaffte es Abramovič aufgrund von Verzögerungen im Visa-Prozedere nicht zum USPD-Parteitag in Halle. Abramovič erreichte Berlin nach eigenen Angaben am 09.11.1920. Für den USPD-Parteitag in Halle siehe auch Kapitel 4.1 in dieser Arbeit.

132 Liebich, *Eine Emigration in der Emigration*, S. 230.

133 Zum bolschewistischen Berlin, das sich um die sowjetische Botschaft herum formierte, vgl. Schlögel, *Das russische Berlin*, S. 147–178.

Wenige Monate nach der Gründung der Auslandsvertretung publizierte die SDAPR die erste Ausgabe einer neuen Parteizeitschrift. Der *Socialističeskij vestnik* sollte zwischen 1921 und 1933 in Berlin und anschließend in Paris und New York herausgegeben werden. Über Jahrzehnte hinweg war der *vestnik* das wichtigste Publikationsorgan der osteuropäischen Sozialdemokratie. Hatte die erste Ausgabe noch eine sehr geringe Auflage von 50 Exemplaren, kam die zweiwöchentlich erscheinende Zeitung 1930 auf eine Auflage von 1.500 Exemplaren.¹³⁴ Verbreitet wurde sie vornehmlich unter den in Westeuropa und den USA lebenden ExilantInnen. Während der 1920er Jahre wurde auch versucht, sie über geheime Kanäle in die Sowjetunion zu schleusen.¹³⁵

Anfang der 1920er Jahre gründeten auch sozialrevolutionäre ExilantInnen eine Exilvertretung in Berlin.¹³⁶ Im Gegensatz zur SDAPR sahen sich diese jedoch mit zwei Schwierigkeiten konfrontiert: Erstens gab es für sie im deutschen Parteiensystem kein direktes parteipolitisches Pendant, durch das die ExilantInnen starke politische Solidarität und Unterstützung erfahren hätten. Zweitens wurden die Parteimitglieder vom *Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung* beobachtet, da dieser die Partei als „vollkommen unter Entente-Ein-

134 Auflagenhöhe von 1920 zitiert nach: Elfimov, Men'shevistskij zhurnal ‚Sozialisticheskij Vestnik‘, S. 190. Auflagenhöhe von 1930 zitiert nach: Parteifragebogen der SDAPR an die SAI vom Januar 1930. S. 4. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 1.144. Die Angabe zur Auflagenhöhe ist vermerkt mit dem Zusatz: „Bitte diese Zahl möglichst nicht zu veröffentlichen“, weswegen von einer genauen Angabe ausgegangen wird. Über die Gründung des *Socialističeskij vestnik* vgl. auch Broido, Eva: Na zare „sotsialističeskogo vestnika“ und Dalin, David: Iz vospominanij. Beide in: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 6 (04.04.1925). S. 21 und S. 22f.

135 Vgl. Elfimov, Men'shevistskij zhurnal ‚Sozialisticheskij Vestnik‘. Über welche Wege die Zeitung in die Sowjetunion kam, kann nicht abschließend geklärt werden. Ein in der Forschung zitiertes Gerücht besagte, dass Lenin die Zeitung bis zu seinem Tod las und auch durch den Kauf von angeblich 700 Exemplaren durch einen Mittelsmann unterstützte. Vgl. Liebich, Eine Emigration in der Emigration, S. 240. Zur Verbreitung außerhalb der Sowjetunion vgl. Anzeige: „Socialističeskij vestnik“ možno polučit'. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 5 (05.03.1922). S. 19. In der Weimarer Republik war die Zeitung noch in Wiesbaden, Hamburg, Königsberg, Freiburg und Kiel erhältlich. International konnte sie in dieser Zeit in Wien, London, New York, Brüssel, Rom, Sofia, Paris, Prag, Belgrad, Warschau, Riga, Liepāja, Dvinsk, Kaunus, Helsinki, Tallinn, Harbin und Konstantinopel gekauft werden. In Berlin war die Zeitung 1922 in russischsprachigen Buchhandlungen, an Zeitungskiosken der Berliner Bahnhöfe, in der Buchhandlung *Vorwärts* in der Lindenstraße 3 (Berlin-Kreuzberg) und der Buchhandlung *Freiheit* in der Breiten Straße 8/9 (Berlin-Mitte) erhältlich. 1930 ist die Zeitung weiterhin an fünf Zeitungskiosken und einem Buchladen erhältlich. Vgl. Anzeige: V Berlīne možno polučit' Social. vectnik. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 1 (11.01.1930). S. 18. Ebenfalls wurde die Zeitung im Handbuch für RussInnen in Berlin aus dem Jahr 1923 vermerkt: Ja., S.: Spravočnik dlja russkich v Berlin. Berlin 1923. S. 27f.

136 Vgl. Schlögel, Das russische Berlin, S. 116.

fluss“ und „deutschlandfeindlich“¹³⁷ einstuft. Letzteres erschwerte SozialrevolutionärInnen in erheblichem Maße das Erlangen von Aufenthaltserlaubnissen, worunter auch die Redaktionsmitglieder der parteinahen Zeitung *Golos Rossii* litten und weswegen zahlreiche SozialrevolutionärInnen die Stadt nach kurzer Zeit wieder verließen. Nichtsdestotrotz bestand bis 1933 eine verglichen mit der SDAPR deutlich kleinere Berliner Exilvertretung. Im Dezember 1922 richteten SozialrevolutionärInnen in der Stadt außerdem eine Konferenz für sozialrevolutionäre Exilvertretungen aus, an der mehr als 20 Personen aus unterschiedlichen europäischen Städten teilnahmen.¹³⁸ Die Durchführung der Konferenz in Berlin erscheint auch deshalb bemerkenswert, da sich die deutlich größeren Exilzentren der SR in Prag und Paris befanden.

Die eklektische Zusammensetzung der russischsprachigen Migration und die darin bestehende Sonderstellung der sozialistischen Exilparteien erklären, warum die SozialistInnen innerhalb des russischsprachigen Handlungsraums vornehmlich unter sich blieben und es kaum Kontakt zu nichtsozialistischen ExilantInnen gab. Neben den Parteiauslandsvertretungen wurden auch weitere Exilorganisationen nach parteipolitischer Gesinnung unterteilt. Beispielsweise wurde 1921 der *Russische Sozialdemokratische Klub in Berlin* gegründet,¹³⁹ ein politischer Debattierklub, in dem sich mehrere Dutzend sozialistischer ExilantInnen regelmäßig trafen, um sich über die Entwicklungen in der Sowjetunion auszutauschen.¹⁴⁰

3.1.2.2 Jahre der relativen Stabilität

Für die sozialistische russischsprachige Exilgemeinde waren die Jahre 1923/24 ein einschneidender Wendepunkt. Dies hatte einerseits mit den politischen und ökonomischen Entwicklungen in der Weimarer Republik zu tun, welche die eigene Lebenswelt maßgeblich beeinflussten. Hinzu kamen innerparteiliche Veränderungen an der Parteispitze der SDAPR, die durch den Tod von Julij Martov

137 Schreiben vom 17.08.1922 des Reichskommissars zur Überwachung der öffentlichen Ordnung an die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121691.

138 Vgl. Protokoll der Konferenz in: IISH, Partija Socialistov-Revoljucionerov (Rossija) Archives, Nr. 949.

139 Zur Gründung des *Russischen sozialdemokratischen Klubs in Berlin* vgl. Brief des Polizeipräsidenten Berlins an Paul Olberg vom 22.12.1921. Eingesehen in: IISH, Fedor Il'ič Dan Papers, Nr. 11.

140 Mitschriften der Debatten innerhalb des Klubs zeigen, dass die Treffen inhaltlich kontrovers verliefen. Vgl. Aufzeichnungen der Debatten im Klub zwischen dem 09.01.1931 und dem 23.06.1932. Eingesehen in: IISH, Berlinskij Klub im. Martova Archives.

verursachte wurden.¹⁴¹ Martov verstarb im April 1923 nach schwerer Krankheit. Welche Bedeutung er für die russländische Sozialdemokratie hatte, wird am Umgang mit seinem Tod und der Erinnerung an ihn sichtbar: Der 1921 gegründete russischsprachige sozialdemokratische Debattierklub wurde nach seinem Tod ihm zu Ehren in *Berlinskij Klub im. Martova* umbenannt, die Parteizeitung bekam den Zusatz „gegründet von L. Martov“ und an seinem Todestag fanden regelmäßig Gedenkveranstaltungen statt.¹⁴²

Nach dem Tod des SDAPR-Parteichefs verstarb einige Monate später mit Vladimir Il'ič Lenin auch der Anführer der Bol'sheviki. Seit 1903 waren Martov und Lenin wichtige Parteianführer und große Widersacher innerhalb der russländischen ArbeiterInnenbewegung gewesen. Dies verleitete Rafail Abramovič dazu, die beiden Todesnachrichten zusammenzudenken und in einem Nachruf die bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts anhaltende enge persönliche und politische Verbundenheit der beiden russländischen Revolutionäre zu betonen. Abramovič befand die nahen Todestage der beiden Anführer der früheren Fraktionen der SDAPR als höchst symbolisch.¹⁴³ Sein Kommentar verdeutlicht, wie sehr sich die in Berlin lebenden ExilantInnen in der ersten Hälfte der 1920er Jahre fortwährend als inhärenten Teil der sowjetischen ArbeiterInnenbewegung sahen. Das Leben im Exil war eine Erfahrung, die viele von ihnen schon mehrmals durchlebt hatten und die bisher auch jedes Mal wieder vorübergegangen war.

Bei der Betrachtung des russischsprachigen Handlungsraums ist festzustellen, dass Parteien und Organisation im Berliner Exil bis 1933 einer relativen Kontinuität unterlagen. Nichtsdestotrotz barg das Exilleben besondere Herausforderungen, die sowohl mit der politischen und ökonomischen Situation im Exilland als auch mit Geschehnissen in der Sowjetunion zusammenhingen. Ersteres lässt sich an den häufigen Ortswechseln des Büros der SDAPR-Auslandsvertretung ablesen, die bis November 1924 innerhalb Berlins bereits viermal umzog.¹⁴⁴ Erst in der Zeit der ökonomischen Stabilisierung der Weimarer Republik

141 Vgl. hierzu Sonderausgabe zum Tod von Julij Martov des SV, in der u. a. Fëdor Dan, Isai Judin, Karl Kautsky, Otto Bauer, Rudolph Hilferding und Friedrich Adler Nachrufe auf den Verstorbenen schrieben: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923).

142 Die erste Gedenkfeier fand am 04.04.1924 im Vorwärts-Haus statt. Vgl. N. N.: K godovščine smerti Ju. O. Martova. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 6. S. 16. Vgl. ebenso Ankündigung der Trauerfeier zum achten Todestag: N. N.: 8-godovšina smerti Ju. O. Martova. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 6/7. S. 22f.

143 Vgl. Abramovič, Rafail: Smert' V. I. Lenina. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 2 (25.01.1924). S. 1f.

144 Zur Zeit der Gründung befand sich das SDAPR-Auslandsbüro in der Breiten Straße 8/9 (Berlin-Mitte), 1. Obergeschoss. Vgl. Adressangabe in SV, Vol. 1 (1921), Nr. 1 (01.02.1921). S. 1. In dem Gebäudekomplex waren mehrere USPD-Parteioorganisationen und die Verlagsgenossenschaft *Freiheit* untergebracht. Am 21.03.1922 wurden die Partei- und Redaktionsräume in die Seydelstr. 5 (Berlin-Mitte), 1. Hinterhof verlegt. Vgl. Adressangabe in SV, Vol. 2 (1922), Nr. 6 (21.03.1922). S. 1.

konnten die Büro- und Redaktionsräume für mehrere Jahre an einem Ort, in der Zimmerstraße 7/8 (Berlin-Mitte), verbleiben. Neben der SDAPR waren an dieser Adresse weitere Verlage, Redaktionen und Druckereien untergebracht. Eine dort ansässige Redaktion war die russischsprachige liberale Tageszeitung *Rul'*, welche genau wie die in Berlin von rechten SozialrevolutionärInnen herausgegebene russischsprachige Exilzeitung *Dni* vom Redaktionsteam des *Socialističeskij vestnik* äußerst kritisch begleitet wurde.¹⁴⁵ Ein letzter Umzug innerhalb Berlins erfolgte für die SDAPR-Auslandsvertretung im Dezember 1932.¹⁴⁶

1923 wurde Fëdor Dan Parteivorsitzender der SDAPR und damit Nachfolger Martovs. Er sollte dieses Amt auch über die Berliner Exilzeit hinaus ausüben. Auch unter seiner Führung hielt das Zentralkomitee an der bisherigen politischen Parteistrategie fest. Anknüpfend an die Parteilinie zur Zeit des Bürgerkrieges versuchte die SDAPR aus Berlin heraus, mit der sogenannten Martov-Linie „einen dritten Weg zwischen der ‚weißen‘ Reaktion und dem ‚roten‘ Bolschewismus zu

Bereits zum 21.02.1923 musste das Büro – wahrscheinlich aufgrund der wirtschaftlichen Krisensituation in der Weimarer Republik – erneut umziehen. Es befand sich von nun an für zwei Jahre im Gebäude der SPD-Parteizentrale in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg). Die Redaktions- und Büroräume der SDAPR wurden hier zuerst im vierten Hof in der fünften Etage eingerichtet; ab Ende November 1924 befanden sie sich dann im Parterre im dritten Hinterhof, rechte Seite. Vgl. Adressangabe in SV, Vol. 3 (1923), Nr. 4 (21.02.1923). S. 1 und SV, Vol. 3 (1923), Nr. 21/22 (27.11.1923). S. 1. Im Mai 1924 wurden die Redaktions- und Parteibüroräume in das nicht weit entfernte Gebäude Zimmerstraße 7/8 (Berlin-Mitte) verlegt. Vgl. Adressangabe in SV, Vol. 4 (1924), Nr. 11 (25.02.1924). S. 1.

145 Im Berliner Adressbuch für das Jahr 1927 sind neben dem Verlag „Der sozialistische Bote“ folgende Verlage und Druckereien an derselben Adresse verzeichnet: Die Buchdrucker-Woche G.m.b.H.; Hempel & Co Buchdruckerei G.m.b.H.; „Das Programm“ Artist. Fachblatt G.m.b.H.; Verein Berliner Zeitungsverleger e.B.T.; Verlag für völkische Aufklärung, G. Weberstedt; Widder Verlag G.m.b.H.; Zeitungsverlag „Rul“ G.m.b.H.; Zeitungsverleg. Verein Brandenburg-Grenzmark. Vgl. Berliner Adreßbuch IV. Teil, Straßen und Häuser von Berlin. Berlin 1927. S. 1.145. *Rul'* war eine liberale russischsprachige Zeitung, die bis 1931 in Berlin publiziert wurde. Vgl. Katchourovskaja, Die russische Öffentlichkeit, S. 31–37. *Dni* war eine in Berlin publizierte, der sozialrevolutionären Partei nahestehende Zeitung. Vgl. Moulis, Die russische republikanische Tageszeitung *Dni*. In Artikeln im *Socialističeskij vestnik* gab es häufiger kritische Bezüge auf Artikel aus den anderen Exilzeitungen. Vgl. bspw. Dan, Fëdor: „Nečego pribavit“. In: SV, Vol. 6 (1926), Nr. 6 (31.03.1926). S. 8f.; Dalin, David: Zagraničnye šatanija. In: SV, Vol. 6 (1926), Nr. 24 (20.12.1926). S. 10f.; Dan, Fëdor: Popalo v cel'! In: SV, Vol. 7 (1927), Nr. 13 (02.07.1927). S. 4f.; Dan, Fëdor: Tajny danovskogo menševizma. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 13 (01.07.1929). S. 8f.

146 Für wenige Wochen zog die SDAPR-Parteizentrale in die Hollmannstr. 22 (Berlin-Mitte). Vgl. Hinweis in SV, Vol. 12 (1932), Nr. 22 (26.11.1932). S. 1. Die letzte offiziell in Berlin publizierte Ausgabe der Parteizeitschrift ist: SV, Vol. 13, Nr. 4/5 (04.03.1933). Am 10.05.1933 erschien die Ausgabe Nr. 6/7 mit der Redaktionsadresse: 12, rue Freydeau, Paris (IIe). Als Verantwortlicher im Sinne des Presserechtes wird nun anstelle von Alex[ander] [Rubin]Stein Paul Colliette genannt.

beschreiten“¹⁴⁷. Eine Grundlage der Parteiausrichtung war die Ablehnung eines von außen herbeigeführten Machtwechsels in der Sowjetunion. Stattdessen vertrauten die SozialistInnen auf innergesellschaftliche und -parteiliche Veränderungen in der Sowjetunion, die zu notwendigen politischen und ökonomischen Veränderungen führen sollten. Der Martov-Linie folgten jedoch nicht alle sich im Exil befindenden SozialistInnen. Einige der SDAPR nahestehende ExilantInnen beurteilten die Entwicklungen in der Sowjetunion kritischer und gründeten eine in innerparteilicher Opposition zur Parteilinie stehende rechte Fraktion. Der innerfraktionelle Disput zum richtigen Umgang mit der bolschewistischen Regierung wurde an verschiedenen Orten ausgetragen. Einer dieser Orte war der sozialdemokratische Debattierklub Berlins, ein anderer die Parteizeitschrift *Socialističeskij vestnik*.¹⁴⁸ Zwischen 1924 und 1932 gab die SDAPR ebenfalls das *Mitteilungsblatt der Russischen Sozial-Demokratie* heraus, welches deutschsprachige LeserInnen aus Westeuropa über die Entwicklungen in der Sowjetunion informierte.¹⁴⁹

Ungeachtet der allgemeinen Parteilinie vollzog sich im Laufe der 1920er Jahre bei allen sozialistischen ExilantInnen eine Neubewertung im Umgang mit der Sowjetunion. Zwar schöpfte die linke Parteifraktion nach dem Tod Lenins abermals Hoffnung auf eine erzwungene politische Öffnung der Sowjetunion und eine damit verbundene Möglichkeit der baldigen legalen Rückkehr in die Heimat. Diese Hoffnung war der Grund, weswegen einige Mitglieder der SDAPR bis Ende der 1920er Jahre Kontakt zu sowjetischen Institutionen aufrechterhielten und ihre Pässe in der sowjetischen Botschaft verlängerten.¹⁵⁰ Ende der 1920er Jahre hatte sich die Einstellung gegenüber der sowjetischen Führung jedoch vollständig geändert. Auch die linken SozialistInnen beklagten nun die immer stärkere Ausschaltung von inner- und außerparteilichen GegnerInnen im Land. Durch die politische Machtkonzentrierung auf Stalin und seine Gefolgschaft sowie die formelle Bestätigung der „Sozialfaschismusthese“ durch die KI im Jahr 1929 gerieten politische Oppositionelle noch stärker unter Druck. Mit dieser Einsicht richtete

147 Liebich, *Eine Emigration in der Emigration*, S. 232. Eine deutsche Übersetzung des Aktionsprogramms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands befindet sich in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15_187–220.

148 Die Parteizeitschrift wurde redaktionell betreut, sodass nicht jedes Parteimitglied in ihr veröffentlichen konnte; dennoch wurden in der Zeitschrift politische Dispute ausgetragen. Zum Teil, aber nicht ausschließlich, geschah dies durch den Abdruck von LeserInnenbriefen, in denen konträre politische Meinungen ausgedrückt werden konnten.

149 Vgl. Katchourovskaja, *Die russische Öffentlichkeit*, S. 42f.

150 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 99. Mit Boris Nikolaevskij und Fëdor Dan gab es mindestens zwei Sozialisten, die von Berlin aus zeitweise für das Moskauer Marx-Engels-Institut arbeiteten. Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 102.

sich zu diesem Zeitpunkt die überwiegende Mehrheit der SozialistInnen auf ein mittelfristiges Exilleben in Berlin ein.¹⁵¹

Da sich die rechte Fraktion der SDAPR während der Berliner Exilzeit in der innerparteilichen politischen Auseinandersetzung in der Minderheitenposition befand, versuchten deren Mitglieder stärker aus der sozialistischen Teilöffentlichkeit hervorzutreten. Sie waren durch Vorträge in parteiübergreifenden Organisationen sowie durch politische und gesellschaftliche Aufgaben außerhalb der Exilparteistrukturen teilweise mit anderen russischsprachigen Teilöffentlichkeiten vernetzt. Hierbei scheuten sie auch nicht den Konflikt mit der Auslandsdelegation, die versuchte, ihre Hoheit über inhaltliche Äußerungen aus den Reihen der Partei zu verteidigen.¹⁵² Mitglieder der linken Fraktion waren außerhalb der Parteigremien weniger präsent. Sie schienen damit parteiinterne Bestimmungen stärker zu befolgen. Fëdor Dan war als SDAPR-Parteianführer einer der wenigen linken Sozialdemokraten, der öffentliche russischsprachige Vorträge in Berlin abhielt. Beispielsweise sprach er am 25. Februar 1924 über die „Krise der Diktatur in Sowjetrußland“.¹⁵³ Ganz anders erscheint die Vernetzung von Mitgliedern des rechten Parteiflügels: Stephan Ivanovič hielt 1924 im literarischen Klub in der Kleiststraße 41 (Berlin-Charlottenburg) einen Vortrag über „den Zerfall der russischen kommunistischen Partei“.¹⁵⁴ Zeitweise war er ebenfalls Vorstandsmitglied der *Vereinigung russischer Journalisten und Literaten in Deutschland*.¹⁵⁵ Grigorij Aronson knüpfte ebenfalls über die Partei hinausgehende berufliche Kontakte. Bis 1930 schrieb er für die russischsprachige Tageszeitung *Dni*.¹⁵⁶ Ebenso stand er als Mitarbeiter der Organisation *ORT. Gesellschaft zur Förderung des Handwerks*

151 Unter den russländischen SozialistInnen waren Nokhem Shtif, Dovid Bergelson und Eva Broido Ausnahmen. Shtif ging 1926 und Bergelson 1934 freiwillig zurück in die Sowjetunion. Eine besondere Situation ergab sich bei Broido. Sie ging 1927 illegal zurück in die Sowjetunion. Bereits 1928 wurde sie dort verhaftet und in die Verbannung geschickt. Die hierüber früh informierten ParteifreundInnen versuchten von Berlin aus, innerhalb der sozialistischen Bewegung auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Broido sollte die Verbannung nicht überleben. Vgl. Meldung in SV: N. N.: Arest Evy Brojdo. In: SV, Vol. 8 (1928), Nr. 14 (23.07.1928). S. 16 und N. N.: Privetstvie tov. E. Brojdo. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 12 (26.06.1926). S. 14.

152 Für Parteikonflikte innerhalb der SDAPR vgl. bspw. N. N.: Iz partii. Postanovlenie zagr. Delegazii RSDRP. In: SV, Vol. 8 (1928), Nr. 2/3 (06.02.1928). S. 22 und N. N.: O partijnoj discipline. Postanovlenie ZD RSDRP ot 9 maja 1932 g. In: SV, Vol. 12 (1932), Nr. 9 (25.06.1932). S. 16. Vgl. ebenfalls Liebich, *From the Other Shore*, S. 162.

153 Vgl. Nakanune. Ežednevnaia gazeta, Vol. 3 (1924), Nr. 564 (26.02.1924). S. 5. Zitiert nach: Schlögel/Kucher/Suchy/Thum, *Chronik russischen Lebens in Deutschland*, Nr. 3355.

154 Vgl. N. N.: V Berlině. In: *Rul'*, Vol. 5 (1924), Nr. 970 (13.02.1924). S. 5.

155 Vgl. Nakanune. Ežednevnaia gazeta, Vol. 2 (1923), Nr. 274 (02.03.1923). S. 5. Zitiert nach: Schlögel/Kucher/Suchy/Thum, *Chronik russischen Lebens in Deutschland*, Nr. 2432.

156 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 333.

und der Landwirtschaft unter den Juden des früheren russischen Reiches in Kontakt mit vielen sozialistischen und liberalen Jüdinnen und Juden.¹⁵⁷ In der Organisation engagierten sich mit Dovid Bergelson und Aron Syngalowski noch zwei weitere osteuropäisch-jüdische Sozialisten.¹⁵⁸

An der Hilfsorganisation ORT, die 1880 in St. Petersburg gegründet worden war und zu Beginn des Jahres 1921 eine Berliner Filiale in der Bleibtreustraße 34 (Berlin-Charlottenburg) eröffnete, lässt sich eine enge Verknüpfung zwischen dem jiddisch-, russisch- und deutschsprachigen Handlungsraum aufzeigen. ORT sammelte zur Unterstützung von Pogromopfern in Osteuropa unter in Berlin lebenden liberalen Jüdinnen und Juden Spenden und eröffnete ein europäisches Netz jüdischer Handwerksschulen. Zwangsläufig wurden dadurch im Vereinsalltag sowohl Deutsch als auch Jiddisch und Russisch zu gängigen Kommunikationssprachen. Ein weiteres Beispiel für die Verknüpfung der unterschiedlichen sprachlichen Handlungsräume durch eine Exilorganisation ist die *Sojuz russko-evrejskich studentov* (Vereinigung russisch-jüdischer Studierender). Einige durch die Studierendengruppe organisierte Vorträge und Diskussionen befassten sich explizit mit der jüdischen ArbeiterInnenbewegung; sie wurden jedoch auch in russischen Zeitungen angekündigt.¹⁵⁹

Bereits seit 1911 befand sich in Berlin eine Archivalsammlung des russischen Fürsten David Iosipovič Bebutov.¹⁶⁰ Bebutov stand der sozialistischen Bewegung nahe und übergab die sich in seinem Privatbesitz befindlichen und für die sozialistische Bewegung relevanten „Bücher, Schriftstücke, Zeichnungen, Bilder

157 An ORT-Veranstaltungen „nahmen namenhafte Vertreter der intellektuellen Elite Deutschlands teil, so z. B. Albert Einstein, Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Kurt Blumfeld, Berl Locker, Salomon Adler-Rudel, aber auch Emigranten aus Russland wie Simon Dubnow, der Schriftsteller David Bergelson und Jacob Teitel“. Ivanov, Alexander: Nähmaschinen und Brillantringe. Die Tätigkeit der Berliner ORT 1920–1943. In: Dohrn, Verena/Pickhan, Gertrud: Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939. Göttingen 2010. S. 195–209. Hier S. 205. Für den ORT vgl. auch Saß, Berliner Luftmenschen, S. 204–210.

158 Vorträge von Bergelson bspw. am 06.11.1922 im Café „Landgraf“ (vgl. *Rul'*, Vol. 3 (1922), Nr. 599 (16.11.1922). S. 6) und am 23.12.1924 im Nollendorf-Casino, Kleiststr. 41 (Berlin-Charlottenburg) (vgl. *Rul'*, Vol. 5 (1924), Nr. 1.234 (23.12.1924). S. 4).

159 Beispielsweise fand am 18.01.1923 ein Vortrag von Rafail Abramovič über „Vladimir Medem und die jüdische Arbeiterbewegung“ statt (vgl. N. N.: V' Berlinë. In: *Rul'*, Vol. 4 (1923), Nr. 649 (18.01.1923). S. 6), am 23.01.1924 ein Vortrag zum Thema „Die Geschichte der jüdischen Intellektuellen der Arbeiterbewegung“ (vgl. *Chronika*. In: *Rul'*, Vol. 5 (1924), Nr. 654 (24.01.1924). S. 6) und am 18.02.1925 eine Diskussionsveranstaltung über Probleme der Arbeit in Palästina (vgl. *Chronika*. In: *Rul'*, Vol. 6 (1925), Nr. 1.279 (17.02.1925). S. 4). Auch verzeichnet in: Schlögel/Kucher/Suchy/Thum, *Chronik russischen Lebens in Deutschland*. S. 152 und S. 248 f.

160 Vgl. Mayer, Paul: Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses. In: *AfS*, Nr. 6/7 (1966/67). S. 5–198. Hier S. 5 f.

und Gegenstände“¹⁶¹ noch vor dem Ersten Weltkrieg der Obhut des Parteivorstands der SPD. Nach einer abgeschlossenen Vereinbarung sollte der SPD-Vorstand als Verwalter der Archiv- und Bibliotheksbestände fungieren und war dazu verpflichtet, dem „Zentralorgan der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“¹⁶² diese auszuhändigen, sobald es die Organisationsstruktur und die politischen Umstände in Russland gestatteten. Bebutov hoffte, dass „mein Nachlass den Anfang zu einer in Zukunft gegründeten Bibliothek nach dem Muster des Archivs der sozial[emokratischen] Partei Deutschlands in Berlin bilde. [... Der] Nachlass kann erweitert oder ergänzt werden“.¹⁶³

Tatsächlich erfolgten in den darauffolgenden Jahren weitere Zuführungen. Ähnlich wie bei den Archivbeständen des *Bund* sollte auch das Archiv der russländischen Sozialdemokratie 1922 zu einem Streitpunkt zwischen der Auslandsvertretung der SDAPR und den Bol'sheviki werden. Im August bat Rafail Abramovič im Namen des SDAPR-Auslandsbüros nach einer kurz zuvor stattgefundenen mündlichen Unterredung mit den Sozialdemokraten Otto Wels und Wilhelm Dittmann die SPD nachdrücklich darum, die Archivmaterialien nicht in die Sowjetunion zu überführen.¹⁶⁴ Abramovič argumentierte, dass der Sammlung knapp elf Jahre nach deren Gründung bereits weitere Privatschenkungen sozialdemokratischer PolitikerInnen, Protokolle von Parteisitzungen, Briefe und andere parteirelevante Archivalien hinzugefügt wurden.

Die Übergabe des Archivs an Bebutow würde bedeuten, dass dieses Parteieigentum, im Widerspruch zu dieser Verpflichtung, einer Fraktion ausgeliefert wird, welche es monopolistisch benutzen wird, ohne uns auch nur den Zutritt zu diesen Materialien zu gestatten.

Hierzu kommt noch, dass in den dem Archiv angegliederten Privatarchiven sich zweifellos Schriftstücke, Briefe, Tagebücher u.dgl. befinden, die die bolschewistische Geheimpolizei gegen unsere Genossen ausnutzen wird.¹⁶⁵

161 Vereinbarung zwischen Bebutoff und dem SPD-Parteivorstand vom 24.11.1911. Eingesehen in: IISH, SPD-Archives, Nr. 14.

162 Vereinbarung zwischen Bebutoff und dem SPD-Parteivorstand vom 24.11.1911. Eingesehen in: IISH, SPD-Archives, Nr. 14. Zu dieser Zeit waren Bibliothek und Archiv noch keine getrennten Institutionen. Sie wurden als eine Einheit angesehen.

163 Vereinbarung zwischen Bebutoff und dem SPD-Parteivorstand vom 24.11.1911. Eingesehen in: IISH, SPD-Archives, Nr. 14.

164 Vgl. Brief von Rafail Abramovič an den Parteivorstand der SPD vom 06.08.1922. Eingesehen in: IISH, SPD-Archives, Nr. 14.

165 Brief von Rafail Abramovič an den Parteivorstand der SPD vom 06.08.1922. Eingesehen in: IISH, SPD-Archives, Nr. 14. Hervorhebungen im Original. Der zweite Absatz ist im Original rot markiert.

Am 12. Oktober 1922 erfolgte eine weitere Unterredung, die die Eigentumsfrage der Archiv- und Bibliotheksbestände klären sollte. An ihr nahmen Bebutov und deutsche SozialdemokratInnen teil.¹⁶⁶ Inwieweit auch VertreterInnen der SDAPR oder der Bol'sheviki anwesend waren, konnte nicht geklärt werden. Ergebnis der Unterredung war, dass die Bestände nicht nach Sowjetrußland versandt und SDAPR-Mitglieder als VerwalterInnen der sich im Vorwärts-Haus der SPD befindenden Bestände eingesetzt wurden. Namentlich sollte der Historiker Boris Nikolaevskij¹⁶⁷ für das in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) untergebrachte Archiv verantwortlich sein. Im darauffolgenden Jahr veröffentlichte die Auslandsdelegation der SDAPR einen Aufruf, in dem sie um weitere private Zustiftungen für das Archiv bat.¹⁶⁸

Eine zwischen 1924 und 1928 stattfindende Kooperation des Moskauer Marx-Engels-Instituts [MEI] mit dem SPD-Archiv, an der auch das Frankfurter Institut für Sozialforschung und der SDAPR-Archivar Nikolaevskij beteiligt waren, zeigt die enge Kooperation zwischen dem SPD- und dem Exil-Parteiarchiv. Der SPD-Vorstand vereinbarte mit dem MEI, dass dieses die sich im Berliner Vorwärts-Haus befindenden Nachlässe von Karl Marx und Friedrich Engels duplizieren und die Kopien nach Moskau überführen durfte. Nikolaevskij, der den Leiter des MEI, David Borisovič Rjazanov, persönlich kannte, wurde vom MEI für Arbeiten im SPD-Archiv angestellt. Geplant und in Teilen auch durch das Moskauer Institut veröffentlicht war eine Marx-Engels-Gesamtausgabe [MEGA].¹⁶⁹ Die Arbeit an der MEGA konnte jedoch nicht abgeschlossen werden, da aufgrund der sich mit der sogenannten Sozialfaschismusthese zuspitzenden politischen Spannungen zwi-

166 Vgl. Brief von Bebutoff an den Parteivorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.10.1922. Eingesehen in: IISH, SPD-Archives, Nr. 14.

167 Der Historiker Boris Ivanovič Nikolaevskij wurde 1888 geboren und verstarb 1966. Er schloss sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts der revolutionären Bewegung im Russländischen Reich an: zuerst der Fraktion der Bol'sheviki. 1907 wechselte er in die Fraktion der Men'sheviki. Nikolaevskij lebte zwischen 1922 und 1933 in Berlin, wo er Mitglied der SDAPR-Auslandsvertretung war und als Historiker arbeitete. Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 339.

168 Vgl. Zagr. Del. R.S.-D.R.P.: Partijnjy Archiv. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 7 (01.04.1923). S. 18.

169 Vgl. Hecker, Rolf/Sperl, Richard/Vollgraf, Carl-Erich (Hrsg.): *Erfolgreiche Kooperation. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924–1928). Korrespondenz von Felix Weil, Carl Grünberg u. a. mit David Borisovitsch Rjazanov, Ernst Czobel u. a. Berlin/Hamburg 2000.* Der Reporter Egon Erwin Kisch beschreibt das Moskauer Marx-Engels-Institut in Berichten über seine Moskau-Reise. Zu den Kopien schreibt er: „Nicht weniger als 55.000 Aufnahmen von Druckseiten und Schriftstücken hat das Institut herstellen lassen, zumeist im SPD-Archiv in Berlin, im Historischen Archiv der Stadt Köln und im Familienarchiv in Engelskirchen, im Geheimen Staatsarchiv Berlin und in der New York Public Library“. Zitiert nach: Kisch, Egon Erwin: Zaren, Popen, Bolschewiken. Aus: *Gesammelte Werke in Einzelausgaben III.* Berlin/Weimar 1980 [zuerst 1927]. S. 102.

schen sozialistischer und kommunistischer Bewegung die Zusammenarbeit im November 1928 beendet wurde. Moskautreuen MitarbeiterInnen wurde nun der Zugang zum SPD-Parteiarchiv verweigert. Rjazanov selbst sollten diese Kooperation und die damit einhergehenden Kontakte ins Ausland einige Jahre später zum Verhängnis werden. 1931 wurde er in der Sowjetunion als Leiter des Instituts abgesetzt und verhaftet und sieben Jahre später im Zuge der stalinistischen Säuberungen zum Tode verurteilt und erschossen.¹⁷⁰

Im April 1929 errichteten die sozialistischen ExilantInnen auf dem Weddinger Urnenfriedhof ihr sogenanntes „Bratskij pamjatnik“. Beim „Bruderdenkmal“ handelte sich um eine Grabstätte, in der die im Exil und in der Verbannung verstorbenen Parteimitglieder begraben wurden. Unter dem mit der Aufschrift „aus Russland Vertriebenen und im Exil Verstorbenen“¹⁷¹ versehenen Gedenk- und Grabstein befanden sich die Urnengräber von Julij Martov, Aleksej Kabcan, Semen Vajnštejn, Lev Êtkin und Pavel Aksel’rod. Abram Mutnik war die sechste und letzte Person, die dort im September 1930 beigesetzt wurde.¹⁷² Die Eröffnung der Grabstätte im Jahr 1929 kann als ein Symbol für eine Veränderung im Exilraum verstanden werden. Durch die fehlende Rückkehrperspektive wurde der Berliner Handlungsraums nun zu einem mittelfristigen Wohn- und Arbeitsraum ausserkoren, in dem Personen alterten, erkrankten und verstarben. Die Parteigrabstätte hatte dabei eine doppelte Funktion: Sie verband die individuelle Erinnerung an die in Berlin verstorbenen russländischen Sozialisten mit einem allgemeinen Wachhalten der Erinnerung an die sozialistische Bewegung der Sowjetunion.¹⁷³ Die Grabstätte wurde aber nicht nur für die ExilantInnen zu einem zentralen Gedenk- und Erinnerungsort. Sie wurde ebenfalls von sozialistischen Gruppierungen aus anderen europäischen Ländern besucht.¹⁷⁴ Besonders an den jährlichen Todestagen der beiden Parteigranden Pavel Aksel’rod und Julij Martov im April jeden Jahres fanden an der Grabstätte größere Gedenkveranstaltungen statt.¹⁷⁵

170 Für die Kooperation vgl. Hecker/Sperl/Vollgraf, Erfolgreiche Kooperation.

171 Fotografie. Abgeduckt in: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 7/8 (04.05.1929). S. 1. Zum „Bratskij pamjatnik“ siehe auch den Ausblick dieser Arbeit.

172 Vgl. N. N.: A. Ja. Mutnik („Gleb“). In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 17/18 (27.09.1930). S. 24.

173 Vgl. N. N.: Bratskij pamjatnik. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 7/8 (12.04.1929). S. 2f.

174 Vgl. Bericht über die Reise einer polnischen *Bund*-Jugendgruppe nach Berlin: Goldberg, Israel: In berlin iz do vos tsu zen. In: NF, Vol. 5 (1930), Nr. 190 (18.08.1930). S. 4.

175 Vgl. N. N.: 8-ja godovshhina smerti Ju. O. Martova. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 6/7 (03.04.1931). S. 22f.; N. N.: 9-ja godovshhina smerti Ju. O. Martova. In: SV, Vol. 12 (1932), Nr. 6 (26.03.1932). S. 16.

3.1.2.3 Die frühen 1930er Jahre

Mit Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 1929 wurden im *Socialističeskij vestnik* ganzseitige Werbeseiten für Geschäfte des Berliner „Charlottengrad“¹⁷⁶ abgedruckt. Die HerausgeberInnen der Zeitung forderten ihre LeserInnenschaft dazu auf, die vorhandene migrantische Infrastruktur zu nutzen und bei den beworbenen russisch- und jiddischsprachigen ÄrztInnen, Mode- und Möbelgeschäften, Cafés und Restaurants zu konsumieren.¹⁷⁷ Das Abdrucken der Anzeigen legt nahe, dass es im gesellschaftlichen Alltag weniger Separation zwischen den russischsprachigen Teilöffentlichkeiten gegeben hat, als dies in der politischen Auseinandersetzung der Fall gewesen ist.

Bereits 1930 sahen die ExilantInnen eine Gefährdung des politischen Systems der Weimarer Republik sowie die Gefahr des Endes der seit dem Ersten Weltkrieg bestehenden europäischen Friedensordnung. Hierfür verantwortlich machten sie zugleich die kommunistische und faschistische Bewegung. Auch aufgrund der in Sowjetrußland getätigten Erfahrungen griffen die russländischen SozialistInnen dabei häufig auf Vergleiche zwischen Faschismus und Kommunismus zurück. Beispielsweise beschrieb Pëtr Garvi, Mitglied der rechten SDAPR-Parteifraktion, FaschistInnen und KommunistInnen als „entgegengesetzte Zwillinge“¹⁷⁸. Der andauernde politische Kampf der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen gegen den Kommunismus wird auch anhand von zwei Zivilklagen deutlich. Rafail Abramovič klagte vor Berliner Gerichten gegen die kommunistischen Zeitungen *Rote Fahne* und *Welt am Abend*.¹⁷⁹ In beiden Zeitungen war behauptet worden, dass Abramovič sich im Sommer 1928 in Moskau aufhielt. Der Sozialdemokrat wehrte sich gegen diese Falschbehauptung juristisch, da es sich hierbei um einen wichtigen Baustein in dem bereits beschriebenen Moskauer Prozess gegen 14 vermeintliche russländische SozialdemokratInnen handelte.¹⁸⁰ Die Erfolgchancen für solche Art von Klagen war jedoch gering. Bereits 1925 wurde ein vonseiten der SDAPR angestrebtes Verfahren gegen Wilhelm Liese, verantwortlicher Redakteur der *Roten Fahne*, vor einem Gericht abgelehnt. Fëdor Dan hatte

176 Für den Begriff vgl. beispielsweise Schlögel, Berlin: Stiefmutter, S. 255.

177 Vgl. bspw. Werbeanzeigen in SV, Vol. 9 (1929), Nr. 19 (10.10.1929). Ganzseitige Werbeseiten gab es in der Zeitung ausschließlich im letzten Drittel des Jahres 1929 und in der ersten Ausgabe 1930.

178 Garvi, Pëtr: Ispytanie demokratii. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 17/18 (27.09.1930). S. 19–21. Hier S. 20. Siehe bzgl. der Wahrnehmung der 1930er Jahre auch Kapitel 4.3.3 in dieser Arbeit.

179 Vgl. N. N.: Iz partii. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 12/13. S. 24.

180 Über den Prozess vgl. Adler, Friedrich: Der Moskauer Prozeß und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. In: Abramovič, Rafail Adler, Friedrich/Blum, Leon/Vandervelde, Emile: Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Berlin 1931. S. 5–20.

versucht, Liese wegen „übler Nachrede und Beleidigung von Mitgliedern der Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Partei Rußlands“¹⁸¹ zur rechtlichen Verantwortung zu ziehen.

Für den *Socialističeskij vestnik* schrieb hauptsächlich der in Mannheim lebenden Aleksandr Šifrin über die politischen Entwicklungen in der Weimarer Republik. Seine Artikel wurden in der Rubrik „Aus dem Ausland“ abgedruckt, was deutlich macht, wie sehr sich die SDAPR weiterhin als Exilpartei verstand. Im März 1930 sah Šifrin aufgrund des Zusammenbruchs der Großen Koalition eine neue Phase des Klassenkampfes aufkommen. Diese entstehe weniger durch ein Zutun der ArbeiterInnenparteien als durch die Abgrenzung der Zentrumsparteien von der SPD und ihre Hinwendung zu christlich-sozialen und national-konservativen Parteien.¹⁸² Wenige Wochen später verwies Šifrin explizit auf den nach 1923/24 abermaligen Aufstieg der faschistischen Bewegung in der Weimarer Republik. Entgegen den Entwicklungen in anderen europäischen Staaten und den kurzzeitigen Erfolgen des Jahres 1924 sah Šifrin hierin im Zusammenhang mit der weltweiten ökonomischen Krise und der politischen Schwäche der bürgerlichen Parteien große Gefahren. Dagegen betrachtete er die zugleich stärker werdende Sozialdemokratie und ihre „anti-faschistischen Aktivitäten“¹⁸³ als hoffnungsvollen politischen Gegenpart. Der KPD und den Bol’ševiki warf Šifrin vor, die NationalsozialistInnen nicht nur als Feinde, sondern vor allem als KonkurrentInnen in der Gewinnung der Gunst der ArbeiterInnenschaft wahrzunehmen.

Ab Mitte 1931 wandelte sich der Umgang der Zeitungsredaktion mit den Geschehnissen in der Weimarer Republik. Die politische Gefahr durch die NSDAP wurde nun noch konkreter benannt und ab Mitte 1932 diesbezügliche Artikel nicht nur in der Rubrik „Aus dem Ausland“, sondern auch im Hauptteil der Zeitung veröffentlicht. Die Bedeutung, welche die russländischen SozialdemokratInnen den Ereignissen in der Weimarer Republik beimaßen, wird zudem daran deutlich, dass nun auch der Parteianführer Fëdor Dan die LeserInnenschaft über die Entwicklungen informierte.¹⁸⁴

181 Beschluss Nr. 13.B.41.25 des Amtsgerichts Wedding vom 17.09.1925. Eingesehen in: IISH, Fedor Il’ič Dan Papers, Nr. 11.

182 Vgl. Šifrin, Aleksandr [Werner, M.]: Konec bol’šojkoalicii v germanii. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 6/7 (12.04.1930). S. 15f.

183 Šifrin, Aleksandr: Fašizm v germanii. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 13 (31.05.1930). S. 14–16. Hier S. 16.

184 Vgl. Dan, Fëdor: Parteitag germanskoj sozialdemokratii. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 11 (13.06.1931). S. 12f.; Dan, Fëdor: Krizis germanskoj socialdemokratii. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 19 (10.10.1931). S. 13f.; Dan, Fëdor: V Germanii. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 14f.; Dan, Fëdor: Germanija na rasput’e. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 24 (30.12.1931). S. 13f.; Dan, Fëdor: V Germanii. In: SV, Vol. 12 (1932), Nr. 5 (12.03.1932). S. 13f. Alle bisher genannten Artikel wurden in der Rubrik

Konkrete Gedankenspiele über eine Abwanderung aus Deutschland begannen innerhalb der Exilpartei spätestens zu Beginn der 1930er Jahre. Der Großteil der russländischen SozialdemokratInnen sollte Berlin aber erst im Zuge der Machtübergabe an die NationalsozialistInnen verlassen. Lidija Dan, die Ende 1931 als erstes SDAPR-Mitglied aus ökonomischen Gründen Berlin Richtung Paris verlassen hatte, sollte dort 1933 zu einer wichtigen Kontaktperson werden, sodass der Umzug der ExilantInnen und ihrer Parteivertretung verhältnismäßig unkompliziert vonstattengehen konnte. Zuvor hatte sich die Parteispitze erfolgreich an den französischen Sozialisten Léon Blum mit der Bitte um französische Visa für 73 Personen gewandt. Unter diesen Personen befanden sich auch Familienangehörige der in Berlin lebenden SDAPR-Parteimitglieder.¹⁸⁵

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen waren Teil des politisch vielfältigen russischsprachigen Handlungsraums im Berlin der Weimarer Republik. In ihm grenzten sich sozialistische ExilantInnen scharf von anderen Exilgruppen ab. In Bezug auf Parteizugehörigkeiten erscheint der sozialistische russischsprachige Exilraum deutlich homogener als der jiddischsprachige, was damit zusammenhängt, dass die SDAPR zu Beginn der 1920er Jahre Berlin bewusst als zentralen Ort ihrer Auslandsdelegationsstrukturen auswählte. Die russländische Sozialdemokratie wurde dadurch die quantitativ bestimmende Exilpartei des russischsprachigen Handlungsraums im Berlin der Weimarer Republik. Innerhalb ihrer Publikationsorgane und Debattierklubs fand jedoch ein kontroverser Austausch über Parteiausrichtung und Strategie gegenüber den Bol'sheviki statt und, so zeigen die Werbeanzeigen im *Socialističeskij vestnik*, die sozialistischen ExilantInnen scheinen durchaus auch Berührungspunkte mit anderen Teilöffentlichkeiten des russischsprachigen Handlungsraums gehabt zu haben.

Zu Beginn der 1930er Jahre sahen sich die sozialistischen ExilantInnen mit zwei Entwicklungen zugleich konfrontiert: Durch die Entwicklungen in der Sowjetunion erschien eine Rückkehr in die Heimat immer unwahrscheinlicher, zugleich entwickelte sich der politische Aufstieg der NSDAP für die gesamte sozialistische Bewegung in Deutschland zu einer großen Gefahr. Ein Umzug in einen neuen Exilort erschien daher als einzige Möglichkeit.

„Aus dem Ausland“ veröffentlicht. Die folgenden Artikel wurden im Hauptteil der Zeitung abgedruckt: Dan, Fëdor: Krizis germanskogo gosudarstva. In: SV, Vol. 12 (1932), Nr. 12 (25.06.1932). S. 3–9; Dan, Fëdor: V Germanii. In: SV, Vol. 12 (1932), Nr. 15 (09.08.1932). S. 3–9.

185 Vgl. Liebich, Eine Emigration in der Emigration, S. 229.

3.1.3 Deutschsprachiger Handlungsraum

Seit Gründung des Deutschen Kaiserreichs war Berlin das Zentrum der politischen und kulturellen Linken in Deutschland und „die Hochburg der deutschen Arbeiterbewegung“.¹⁸⁶ In der Stadt waren auf Bezirks- und Landesebene sozialistische Parteistrukturen, Sport- und Kulturvereine, Chöre, Jugendorganisationen und Bildungsangebote beheimatet. Dazu war der Berliner Reichstag zentraler Ort republikweiter Politik, in dem alle Parteien von der politischen Linken bis zur politischen Rechten vertreten waren. Anders als die vorausgegangenen Unterkapitel leistet dieses Unterkapitel nur punktuelle Einblicke in den vielfältigen deutschsprachigen sozialistischen Handlungsraum der Hauptstadt der Weimarer Republik. Der Fokus liegt dabei auf Veranstaltungen, Orten, Organisationen und Netzwerken, an denen die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen beteiligt war. Eine Darstellung der gesamten Bandbreite des deutschsprachigen sozialistischen Handlungsraums erfolgt nicht, da dies den Rahmen der vorliegenden Arbeit bei Weitem überschreiten würde.¹⁸⁷

Zwischen den osteuropäisch-jüdischen und deutschen SozialistInnen existierten zahlreiche Kontakte. Trotz alledem muss das Verhältnis der sich politisch engagierenden ExilantInnen zur deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung während der Weimarer Republik als mehrheitlich ambivalent bezeichnet werden. Auf der einen Seite besaßen besonders USPD und SPD aufgrund ihrer Mobilisierungskraft und politischen Stärke Vorbildcharakter. Für einzelne ExilantInnen wurde die SPD in den 1920er Jahren sogar Arbeitgeberin und politische Heimat.¹⁸⁸ Auf der anderen Seite begegneten zahlreiche ExilantInnen

186 Weipert, *Das Rote Berlin*, S. 221. Die deutsche Sozialdemokratie büßte zur Zeit der Weimarer Republik an Stärke ein, blieb jedoch weiterhin eine der größten sozialdemokratischen Parteien Europas. Bei der Parteizugehörigkeit zur SPD in der Stadt Berlin ergab sich im europäischen Vergleich nach dem Ersten Weltkrieg ein anderes Bild: 1927 verweist Vladimir Kosovski auf die schwachen Mitgliedszahlen der SPD in Berlin, welche in dieser 4-Millionen-Stadt weniger als 50.000 Mitglieder hatte. Prozentual war dies 20-mal schwächer als die damaligen Mitgliedszahlen der Wiener Sozialdemokratie. Vgl. Kosovski, Vladimir: *Der kiler party tog. Di dayshe s. d. u di komunisten*. In: *Di tsukunft*, Vol. 32 (1927), Nr. 8.

187 Einen Überblick über die sozialdemokratische Landespolitik im Berlin der Weimarer Republik aus der Perspektive eines SPD-Politikers bietet beispielsweise das Buch Fricke, Ingrid: *Franz Künstler (1888 – 1942). Eine politische Biographie*. Berlin 2016.

188 Grigorij Binštok arbeitete in der Kulturkommission des Parteivorstandes mit und schloss sich 1933 der Gruppe „Zukunft“ an. Pëtr Garvi arbeitete als Analyst für Fragen in Bezug auf die Sowjetunion für den SPD-Parteivorstand. Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 172 und S. 237; ebenfalls auch Kapitel 3.2.5 in dieser Arbeit. Alexander Stein arbeitete in verschiedenen Funktionen für die SPD (vgl. Kapitel 3.2.8 in dieser Arbeit), Vladimir Votinsky publizierte als Volkswirt

der deutschen sozialistischen Bewegung aus einer kritischen Distanz heraus, was sich besonders an jiddischsprachigen journalistischen Beiträgen von Rafail Abramovič und Vladimir Kosovski nachvollziehen lässt.¹⁸⁹ Eine Mehrheit innerhalb der Exilgruppe fremdelte mit der Wandlung der deutschen Sozialdemokratie von einer Oppositions- zu einer staatstragenden Partei. Grundsätzliche Einigkeit zwischen deutschen SozialdemokratInnen und ExilantInnen herrschte dagegen bei der negativen Bewertung der politischen Situation in der Sowjetunion.

Das ambivalente Verhältnis zwischen deutschen und osteuropäischen SozialistInnen lässt sich zu einem Großteil aus den parteipolitischen Entwicklungen der russländischen und deutschen Sozialdemokratie nach dem Ersten Weltkrieg erklären. Eine politische Wandlung von radikaler Oppositionspartei zu einer „Staatsgründungspartei“¹⁹⁰, wie es die SPD in der Weimarer Republik vollzog, war in Sowjetrußland nicht möglich gewesen und aus den Erfahrungen heraus von sozialistischer Seite ebenso wenig gewollt. Im Gegensatz zu den meisten sozialdemokratischen Parteien Westeuropas vollzogen die osteuropäischen Parteien keine „Integration [...] in den Nationalstaat“¹⁹¹. Aufgrund ihrer Erfahrungen aus der Februar- und Oktoberrevolution standen viele ExilantInnen dieser in der Weimarer Republik vollzogenen Entwicklung kritisch gegenüber. Dies zeigte sich auch daran, dass die ParteianführerInnen aufgrund des eigenen Demokratieverständnisses auch im Exil offensiv gegen den Zusammenschluss von russländischen Parteien zu einem gemeinsamen Oppositionsblock argumentierten.¹⁹²

Die Beteiligung von osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen am deutschsprachigen Handlungsraum kann in drei unterschiedliche Bereiche unterteilt werden: Auftritte bei politischen Veranstaltungen, Publizieren in deutscher Sprache und direkte persönliche oder parteipolitische Kontakte zu deutschsprachigen PolitikerInnen. Auffällig ist, dass Beteiligungen und Kooperationen fast ausschließlich in überregionalen politischen Zusammenhängen stattfanden. Die ExilantInnen korrespondierten mit PolitikerInnen der bundesweiten Parteivorstände oder mit Mitgliedern des Reichstages; nur vereinzelt waren sie auf regio-

Mitte der 1920er Jahre in den Jahresberichten der SPD unter dem Titel „Aus der Welt der Zahlen“ Statistiken. Vgl. bspw.: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928. Berlin 1929. S. 350–363; Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929. Berlin 1930. S. 460–482.

189 Vgl. hierzu Kapitel 4.3.2 in dieser Arbeit.

190 Für den Begriff „Staatsgründungspartei“ vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Band 1, S. 444.

191 Bauer, *Die transnationale Zusammenarbeit sozialistischer Parteien*, S. 14.

192 Vgl. bspw. für die SDAPR den Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky vom 05.05.1929. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. *Pis'ma*. Brief Nr. 208, S. 371–380.

nal- oder landespolitischer Ebene aktiv. Dies verweist auf die Rolle, in der sich die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen sahen. Als politische ExilantInnen erschien ihnen eine Beteiligung auf regionalpolitischer Ebene nicht notwendig, außerdem verstanden sie sich selbst als VertreterInnen einer überregionalen russländischen Partei, sodass für sie Mitglieder der Parteivorstände ihrer Schwesterparteien oder Abgeordnete des Reichstages gleichwertige Kooperations- und Ansprechpersonen waren.

Das zurückhaltende Engagement in lokalpolitischen Fragen der Mehrheit der ExilantInnen lässt jedoch keine abschließenden Rückschlüsse auf mögliche individuelle Beteiligungen an regionalpolitischen Aktivitäten in Berlin zu. Für eine mögliche punktuelle Beteiligung der ExilantInnen an Veranstaltungen spricht beispielsweise, dass der *Socialističeskij vestnik* jährlich die Aufrufe der SAI anlässlich des Tages der Arbeit publizierte und damit implizit zu den 1. Mai-Demonstrationen aufrief. Auch Erinnerungsberichte deuten darauf hin, dass die osteuropäischen SozialistInnen die Entwicklungen innerhalb der Berliner ArbeiterInnenbewegung sehr genau wahrnahmen. So berichtet beispielsweise Ra-fail Abramovič über seine Ankunft in Berlin am 9. November 1920, dass er und seine Familie von den ExilantInnen Eva und Mark Broido am Stettiner Bahnhof in Empfang genommen wurde. Gleichzeitig verweist er auch auf die Stimmung in der Stadt am zweiten Jahrestag der Revolution, die er als „eine finstere, verbitterte Szenerie eines blutigen Bruderkampfes“¹⁹³ schildert. Streikbedingt fuhren keine öffentlichen Verkehrsmittel und generell sei der Jahrestag der Revolution überlagert gewesen vom Kampf zwischen kommunistischer und sozialistischer Bewegung.¹⁹⁴

Das Interesse an Austausch und Vernetzung zwischen ExilantInnen und deutschen SozialistInnen existierte beidseitig. Den ExilantInnen ging es besonders um politische Wahrnehmung und Handlungsfähigkeit. Ebenso ist davon auszugehen, dass bei vielen auch eine ökonomische Notwendigkeit darin bestand, sich an Debatten innerhalb der deutschen ArbeiterInnenbewegung aktiv zu beteiligen. Für die deutschen SozialistInnen, allen voran für die SPD und Teile der USPD, waren die ExilantInnen besonders hilfreich bei der Abgrenzung von und im politischen Kampf gegen Bolschewismus und Kommunismus. Ihre Lebenswege und politischen Analysen gaben der scharfen Kritik der deutschen SozialistInnen an KPD, KI und Bolschewismus eine stärkere Glaubwürdigkeit. Besonders in den Anfängen der Weimarer Republik, in denen sich die europäische ArbeiterInnenbewegung in einem Spaltungsprozess befand, waren die russländischen Stimmen

193 Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Band 2, S. 354.

194 Vgl. Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Band 2, S. 355.

aus dem Berliner Exil von Wichtigkeit. Bereits wenige Tage nach ihrer Ankunft in Berlin berichteten Rafail Abramovič und Julij Martov vor mehreren Tausend USPD-AnhängerInnen über die politische Lage in Sowjetrußland.¹⁹⁵ Sie sollten den großen Hoffnungen innerhalb der ArbeiterInnenschaft, die sich nach der Revolution in Sowjetrußland auch in Westeuropa entwickelt hatten, ein realistisches Bild über die dortigen Lebensumstände entgegensetzen. Dies waren Auftritte, bei denen sich die ExilantInnen auch politische FeindInnen machten und durch die sie auch in Berlin starken Anfeindungen ausgesetzt waren.

Im deutschsprachigen Handlungsraum fanden öffentliche Auftritte der ost-europäisch-jüdischen SozialistInnen meist im Rahmen einer parteipolitischen Veranstaltung statt. Thematisch war besonders ihre Expertise bezüglich der Situation in der Sowjetunion gefragt: 1920 war Julij Martov Redner auf dem USPD-Parteitag in Halle, wo er die Verfolgungsstrategie der Bolševiki gegenüber sozialistischen PolitikerInnen anprangerte.¹⁹⁶ Zwei Jahre später war Rafail Abramovič Redner auf dem Leipziger Parteitag der USPD. Auch er sprach als Vertreter der SDAPR über politische Verfolgung und Terror in Sowjetrußland.¹⁹⁷ Ebenfalls als Vertreter der SDAPR sollte Fëdor Dan 1931 auf dem Leipziger Parteitag der SPD anwesend sein.¹⁹⁸ Zu Beginn der 1930er Jahre gab es weitere Auftritte auf SPD-Versammlungen von russländischen SozialdemokratInnen. Grund hierfür waren die immer schwieriger werdenden politischen Beziehungen zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Bewegung. Im Juni 1930 solidarisierte sich ein sozialdemokratischer Frauenkreis aus Berlin mit der sich zu dieser Zeit seit zwei Jahren in sowjetischer Gefangenschaft befindenden Eva Brojdo.¹⁹⁹ Ein Jahr später gab es eine noch größere Solidaritätskampagne der SPD für die SDAPR. Auslöser war der Moskauer Schauprozess gegen 14 angebliche russländische SozialdemokratInnen. Die SPD organisierte deutschlandweite Solidaritätskundgebungen, auf denen Rafail Abramovič, Aleksandr Šifrin und Fëdor Dan den Prozess öffentlich kommentierten.²⁰⁰

195 Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Band 1, S. 355.

196 Vgl. Martov, Julius: Das Problem der Internationale und die russische Revolution. Rede auf dem Parteitag in Halle. Berlin 1920.

197 Vgl. Abramovič, Rafail: Reč' tov. Abramoviča. Na s'jezde germanskoj nezavisimoj soc.-dem. partii v Lejpcige. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 2 (19.01.1922). S. 7f.

198 Dan, Fëdor: Parteitag germanskoj sozialdemokratii. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 11 (13.06.1931). S. 13f.

199 N. N.: Privetstvie tov. E. Brojdo. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 12 (26.06.1930). S. 14.

200 Vgl. N. N.: Mitingi i sobranija. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 6/7 (03.04.1931). S. 16; zur scharfen Reaktion der SPD auf die Anschuldigungen vgl. N. N.: Lügenanklage gegen Menschwiki. In: Der Abend. Spätausgabe des „Vorwärts“, Vol. 48 (1931), Nr. 98 (27.02.1931). S. 1; N. N.: Parteivorstand

Umgekehrt nahmen ebenfalls deutsche SozialistInnen an Veranstaltungen der Exilparteistrukturen in Berlin teil. Von der SDAPR und dem *Bund* wurden SPD-VertreterInnen anlässlich von Jahrestagen und Trauerveranstaltungen eingeladen. Der SPD-Vorsitzende Arthur Crispian war bei diesen Veranstaltungen der am häufigsten auftretende Redner.²⁰¹ Eine weitere Möglichkeit der Pflege offizieller Kontakte zwischen Exilparteistrukturen und der deutschen Sozialdemokratie bestand auf in Berlin stattfindenden internationalen Konferenzen.²⁰²

Besonders außerhalb eines parteipolitischen Rahmens bestand bei Auftritten von ExilantInnen in allen drei Handlungsräumen die Gefahr, dass diese zu einer direkten Konfrontation mit kommunistischen AnhängerInnen führen konnten. Als bekannter russländischer Sozialist und Mitglied des Exekutivkomitees der SAI war Rafail Abramovič hierfür besonders prädestiniert. Eine Ende Oktober 1928 durchgeführte Diskussionsveranstaltung unter dem Titel „Menschenrechte in der Sowjetunion“ zwischen ihm und dem KPD-Mitglied Willi Münzenberg²⁰³ endete in „einem allgemeinen Tumult [...], so daß die Veranstaltung abgebrochen werden mußte“²⁰⁴.

gegen Justizmord. In: Der Abend. Spätausgabe des „Vorwärts“, Vol. 48 (1931), Nr. 100 (28.02.1931). S. 1.

201 Arthur Crispian sprach zusammen mit Otto Wels auf einer Gedenkveranstaltung für den verstorbenen Julij Martov am 08.04.1923 (vgl. Dvinov, S.: Skorbnye Dni. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 8/9 (24.04.1923). S. 14; N. N.: Die Totenfeier für Martow. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Morgenausgabe, Vol. 40 (1923), Nr. 83 (11.04.1923). S. 3) sowie ein Jahr später, bei der Gedenkfeier am 13.04.1924, zusammen mit Rudolf Hilferding. Vgl. Dalin, David: Čestvovanie pamjati Ju. O. Martova v Berline. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 9 (17.04.1924). S. 9f. Ebenso sprach Crispian auf der Trauerfeier für Lev Ėtikin (vgl. N. N.: L. Ja. Ėtkin. In: SV, Vol. 7 (1927), Nr. 20 (20.10.1927). S. 16) und war anwesend bei der Eröffnung der Parteigrabstätte der SDAPR (vgl. N. N.: Bratskij pamjatnik. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 7/8 (12.04.1929). S. 2f.).

202 Bspw.: Treffen der drei Internationalen am 02.04.1922 in Berlin (vgl. hierfür Dan, Fëdor: Konferencija trex Internacionalov. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 8 (20.04.1922). S. 4–6); Weltkongress für das arbeitende Palästina im September 1930 (vgl. den deutschsprachigen Einladungsbrief der Allgemeinen Jüdischen Arbeiterorganisation in Palästina vom 24.09.1930. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 303); Konferenz der litauischen Sozialdemokratie am 15./16.12.1931 in Berlin (vgl. N. N.: Konferencija litovskix socialdemokratov. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 6/7 (03.04.1931). S. 18f.).

203 Zu Willi Münzenberg (1889–1940) vgl. die biografischen Angaben aus: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration. Band 1 bis 3. Herausgegeben von Werner Röder und Herbert A. Strauss. München/New York/London/Paris 1980–1983. Online abrufbar unter: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/willi-muenzenberg> [17.07.2021].

204 N. N.: Menschenrechte in Sowjetrußland. Die Diskussionsversammlung endet im Tumult. In: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Morgenausgabe, Vol. 45 (1928), Nr. 513 (30.10.1928). S. 2. Ebenso

Relativ stark vertreten im deutschsprachigen Handlungsraum waren die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen durch Publikationstätigkeiten. Dabei gaben sie eigene Zeitschriften und Monografien heraus und beteiligten sich auch an anderen Periodika. Das mehrsprachige Publizieren war zentrales Mittel parteipolitischer Aktivität im Exil, da es so möglich blieb, eigene Standpunkte innerhalb der ArbeiterInnenbewegung zu vertreten. Bei ihren deutschsprachigen Publikationen handelte es sich vornehmlich um Darstellungen und Analysen bezüglich der Situation in Osteuropa. Eine Ausnahme bildeten zionistische Beiträge, die mit Emigrationshinweisen für Jüdinnen und Juden eine andere Zielrichtung verfolgten.

Russländische SozialistInnen versuchten, sich über Periodika deutschsprachiger Parteien Gehör innerhalb der deutschsprachigen ArbeiterInnenbewegung zu verschaffen. Sie publizierten in Zeitschriften, wie *Die Freiheit*, *Der Sozialist* (beides USPD), *Der Vorwärts* und *Die Gesellschaft* (beides SPD) sowie *Der Kampf* (SDAPDÖ). Gerade zu Beginn der 1920er Jahre schienen die sozialistischen Parteiorgane jedoch eher zurückhaltend zu sein in Bezug auf den Abdruck von kritischer Berichterstattung über die Entwicklungen in Sowjetrußland. Trotz häufiger persönlicher Kontakte in die Redaktionen lassen sich für diese Zeit nur wenige Artikel osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen nachweisen. So wurden in den USPD-Zeitschriften *Freiheit* und *Sozialist* nur vereinzelt Artikel der ExilantInnen abgedruckt, die ausschließlich aus der Feder der Parteiführer Julij Martov und Rafail Abramovič stammten.²⁰⁵ Wahrscheinlich erscheint, dass die Redaktionen der deutschsprachigen Zeitungen bei zu starker Kritik an der Sowjetunion negative Reaktionen aus der eigenen Leserschaft befürchteten.²⁰⁶

Die SDAPR gab zwischen 1924 und 1932 das deutschsprachige *Mitteilungsblattes der Russischen Sozial-Demokratie* heraus. Die zeitgenössische Wahrnehmung des Mitteilungsblatts kann rückblickend nur schwer beurteilt werden, da weder Auflagenzahlen noch Referenzen auf die Zeitschrift bekannt sind. Wahrscheinlich erscheint, dass die Zeitschrift ausschließlich von einem kleinen Fachpublikum gelesen wurde. Für wie zentral die ExilantInnen ihre deutschsprachige Publikation jedoch hielten, zeigt das redaktionelle Selbstverständnis des Mitteilungsblattes:

N. N.: V Berlině. Chronika. Skandal na dokladě Abramoviča. In: Rul', Vol. 9 (1928), Nr. 2.412 (31.10.1928). S. 5.

205 Hierbei nicht berücksichtigt sind die Artikel von Alexander Stein, der diese in seiner Funktion als fester Mitarbeiter der Redaktion verfasste.

206 Vgl. Einschätzung von Eva Broido: Broido, Eva: Na zare „socialističeskogo vestnika“. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 6 (04.04.1925). S. 21f.

Der Mangel an zuverlässigen Informationen über die russischen Verhältnisse, insbesondere der Mangel an sozialistisch-kritischer Beurteilung der neuesten kommunistischen Entwicklung macht sich mit jedem Tag mehr bemerkbar. Sozialistische Redaktionen und führende Politiker haben uns gegenüber mehrfach den Wunsch geäußert, daß diese Lücke ausgefüllt werde, damit die sozialistischen Leser in Mittel- und Westeuropa ihre Informationen und ihre Kritik aus zuverlässigen Quellen schöpfen könnten.²⁰⁷

Die *linke Poale Tsion* publizierte in Berlin mindestens drei kurzlebige deutschsprachige Periodika.²⁰⁸ Auch nach der Verlegung ihres zentralen Parteibüros ins Mandatsgebiet Palästina wurden weiterhin Publikationen nach Berlin versandt. Das Büro des *Allweltlichen Jüdischen Sozialistischen Arbeiter-Verbands Poale Zion (Vereint mit dem Z. S. Verband)* korrespondierte bis in die 1930er Jahre mit VertreterInnen der deutschen ArbeiterInnenbewegung und übersandte regelmäßig deutsche Versionen des von der Partei herausgegebenen Bulletins. Schwerpunktmäßig wurde hierin auf die Verfolgungen von in der Sowjetunion lebenden ParteivertreterInnen aufmerksam gemacht.²⁰⁹ Ebenso kam es auch vor, dass deutsche SozialistInnen in der Exilpresse publizierten.²¹⁰

Im Laufe der 1920er Jahre publizierten politische ExilantInnen neue Monografien in deutscher Sprache und übersetzten ältere aus dem Russischen oder Jiddischen. Allein im SPD-nahen Dietz-Verlag erschienen Monografien von Rafail Abramovič, Grigorij Binštok, Fëdor Dan, Pëtr Garvi und Aaron Jugov. Eva Broido veröffentlichte ihren Roman „Wetterleuchten“ in der Vorwärts-Buchdruckerei; außerdem bestanden migrantische Selbstverlage wie der *Sozialistische Bote*. Übersetzungsarbeiten tätigten ExilantInnen teilweise selbst; andere trugen Vor-

207 N. N.: Zur Einführung. In: RSD – Mitteilungsblatt der Russischen Sozial-Demokratie, Vol. 1 (1924), Nr. 1 (01.02.1924). S. 1.

208 Diese drei Periodika waren: *Der Neue Weg*: Monatsschrift der Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation Poale Zion in Deutschland. Berlin 1924/25; *Linke Poale-Zion in Deutschland* (Hrsg.): Borochoow-Blätter der Organisation Linke Poale Zion in Deutschland. Berlin 1930; Mitteilungsblätter des Zentral-Komitees der Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiterorganisation Poale Zion. Berlin 1931.

209 Vgl. deutschsprachige Ausgabe des Bulletins der Auslandsdelegation der zionistisch-sozialistischen Partei in U.S.S.R., Nr. 5 (September 1932), Tel Aviv. Eingesehen in: AdsD, DGB-Archiv in AdsD, ADGB-Bestand, NB 212.

210 Bspw. publizierten Friedrich Adler, Karl Kautsky und Otto Bauer in der hundertsten Ausgabe des *Socialističeskij vestnik*, Vol. 5 (1925), Nr. 6; ebenso gratulieren Karl Kautsky, Eduard Bernstein und Otto Bauer in derselben Zeitung Pavel Aksel'rod zum 75. Geburtstag, Vol. 5 (1925), Nr. 15/16. Bernstein (5 Artikel), Karl Kautsky (7 Artikel) und Luise Kautsky (1 Artikel) publizierten in den 1920er Jahren auch in der New Yorker Zeitschrift *Di tsukunft*; Bernstein (Ausgabe 1) und Alexander Stein (Ausgabe 2) veröffentlichten einzelne Artikel in der 1924/25 in der Weimarer Republik herausgegebenen deutschsprachigen Monatszeitschrift *Der Neue Weg. Monatszeitschrift der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation Poale Zion in Deutschland*.

oder Geleitworte zu den deutschsprachigen Büchern bei, um den LeserInnen ein besseres Verständnis der Lektüre zu ermöglichen.²¹¹

Von den osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die hauptberuflich im Journalismus tätig waren, organisierten sich sechs – zumindest zeitweise – im *Verein der ausländischen Presse*.²¹² Der Verein agierte als Berufsvertretung für ausländische JournalistInnen.²¹³ Gegenüber dem Auswärtigen Amt vertrat der Vorstand die Belange seiner Mitglieder in Pass- und Steuerangelegenheiten und beriet bei Fragen des Aufenthaltsrechts die JournalistInnen und ihre Familienmitglieder. Ferner wurden über den Verein Presseausweise beantragt, Bürostrukturen zur Verfügung gestellt, exklusive Pressegespräche organisiert und Mitgliedsfahrten ins In- und Ausland angeboten.

Die Mitgliedschaft im Verein war freiwillig und mit einem hohen Mitgliedsbeitrag verbunden. Allerdings war die Passstelle des Auswärtigen Amtes an engen Verknüpfungen zum Verein interessiert, um einen Überblick über die in Berlin lebenden JournalistInnen zu behalten. Dies scheint jedoch zumindest in den Anfangsjahren der Weimarer Republik nur bedingt erfolgreich gewesen zu sein. Intern beklagte sich die Passabteilung darüber, dass der „Zustrom russischer Schriftsteller, Verleger und ähnlicher Presseinteressenten [...] in letzter Zeit stark zuzunehmen [scheint]“²¹⁴. Als Reaktion wurde im Auswärtigen Amt „ein besonderes Referat ausschließlich für russische Passangelegenheiten“²¹⁵ eröffnet. Die Kooperationschwierigkeiten ließen sich aber nicht allein durch die Eröffnung dieses Referats beheben. Sie erklären sich besonders aus dem Selbstverständnis

211 Übersetzungsarbeiten fanden auch in die andere Richtung statt. Beispielsweise übersetzte Fëdor Dan das von Karl Kautsky publizierte Buch *Bolschewismus in der Sackgasse* ins Russische: Kautsky, Karl: *Bol'shevism v tupike. Avtorizirovannyj perevod s nemeckogo F. Dana*. Berlin 1930.

212 Mit Paul Olberg, Jakob Leshtinsky, Daniel Tsharni, Stepan Ivanovič, Sergey Braun und Dovid Eynhorn gab es sechs kurz- oder langfristige Mitglieder des Vereins. Angemeldet im Verein waren hauptberufliche JournalistInnen, jedoch konnten sich nicht alle JournalistInnen die Mitgliedschaftsbeiträge leisten. Neumitglieder brauchten mindestens zwei FürsprecherInnen innerhalb des Vereins. Im alphabetischen JournalistInnenverzeichnis des Auswärtigen Amtes aus dem Jahr 1932 taucht bspw. ebenfalls Rafail Abramovič als „amerikanischer Journalist“ auf. Er war jedoch kein Mitglied im Verein der ausländischen Presse. Vgl. Verzeichnis. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121606.

213 So die Statuten vom 30.06.1906. Vgl. Vereinsstatuten. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121602. Diese wurden zu Beginn des Jahres 1926 geändert. Danach war es ebenfalls „deutschen Kollegen, die im Hauptberufe ausländische Zeitungen vertreten[,]“ möglich, Mitglied im Verein zu werden. Brief des Vereins der ausländischen Presse zu Berlin e.V. vom 12.01.1926 an den Geheimrat Dr. Zechlin. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121605.

214 Hinweis vom 14.01.1921 in Bezug auf die Passangelegenheit des Journalisten Benno Hoon. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121602. Hervorhebung im Original.

215 Vermerk „I G. 315. II. Ang.“ vom 12.10.1922. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121602.

des Auswärtigen Amtes, das in Visa- und Passangelegenheiten auch bei JournalistInnen nach „deutschen politischen oder wirtschaftlichen Interessen“ urteilte.²¹⁶

Für das politische Handeln im Exil waren informelle Netzwerke und persönliche Beziehungen von besonderer Wichtigkeit. Deren Pflege fand in Form von schriftlicher Kommunikation und persönlichen Begegnungen statt. Zwischen deutschen und österreichischen SozialdemokratInnen und russländischen ExilantInnen gab es eine ausgeprägte Briefkommunikation in deutscher Sprache, bei der parteipolitische und private Kommunikation ineinander übergingen. Es kam vor, dass in nur einem Brief Einschätzungen über Politik verhandelt, Fragen zu Honorarabrechnungen geklärt und Berichte über das eigene Privatleben dargelegt wurden.²¹⁷ Ebenso führten die Berliner Exilparteien ihre Kommunikation mit dem Büro der SAI vorwiegend in deutscher Sprache.²¹⁸

Das Selbstverständnis der ExilantInnen, Teil einer internationalen ArbeiterInnenbewegung mit Kontakten über nationale Zugehörigkeiten hinaus zu sein, spiegelt sich besonders in ihren Presseorganen wider. In ihnen wurde über Jahres-, Geburts- und Todestage von SozialistInnen aus anderen Parteien berichtet. Der *Socialističeskij vestnik* veröffentlichte zahlreiche Nachrufe auf deutschsprachige SozialdemokratInnen²¹⁹ und versandte Kondolenzschreiben an die jeweiligen Parteien. Mehr als 40 „durch eine der wechselvollen Phasen der russischen Revolution vorübergehend ins [Berliner] Exil verschlagene russische Sozialdemokraten und Bundisten“, die alle Mitglieder des nach Julij Martov benannten sozialdemokratischen Debattierklubs waren, beglückwünschten anlässlich seines 75. Geburtstages

216 Hinweis vom 14.01.1921 in Bezug auf die Passangelegenheit des Journalisten Benno Hoon. Eingesehen in: PA AA, Bestand RZ 701, R 121602.

217 Als eines von zahlreichen Beispielen kann hierfür der Brief von Rafail Abramovič an Luise Kautsky vom 01.08.1923 genannt werden. In diesem schreibt Abramovič über die politische Situation der SPD, ausstehende Honorarzahllungen an Karl Kautsky von der New Yorker Zeitschrift *Weker* und über seine „Sommerfrische, in Rataeburg/Lübeck“. Eingesehen in: AdSD, Nachlass Karl und Luise Kautsky, Nr. 436.

218 Während der Zwischenkriegszeit gab es mit Englisch, Französisch und Deutsch drei mögliche Kommunikationssprachen innerhalb der SAI.

219 Vgl. bspw. N. N.: K smerti Luizy Cic. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 3 (03.02.1922). S. 15; N. N.: Vil'gel'm Pfankux. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 17/18 (01.10.1923). S. 14; N. N.: Ferdinand Ganuš. In: SV, Vol. 3 (1923), Nr. 19 (18.10.1923). S. 13; N. N.: Friedrich Ėbert. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 4 (05.03.1925). S. 3; N. N.: Adol'f Braun. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 10/11 (25.05.1929). S. 18; Šifrin, Aleksandr: Paul' Levi. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 4 (25.02.1930). S. 11 f.; N. N.: Adol'f Goffman. In: Vol. 10 (1930), Nr. 23 (06.12.1930). S. 15; Dan, Fëdor: German Mjuller. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 6/7 (03.04.1931). S. 17; N. N.: Vill'gel'm Bok, Vol. 11 (1931), Nr. 12/13 (02.07.1931). S. 22.

den „hochgeschätzte[n] Lehrmeister“ und „gütige[n] und hilfsbereite[n] Freund“ Karl Kautsky.²²⁰

Aus der bisherigen Beschreibung der drei sozialistischen Handlungsräume lässt sich ableiten, dass es in Berlin verschiedene Orte gab, an denen sich diese überschneiden, wobei die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen aufgrund ihrer Sprachkompetenzen als MittlerInnen zwischen den Räumen fungierten. Einer dieser Orte, der bereits genannt wurde, war das Berliner Büro der Hilfsorganisation ORT in der Bleibtreustraße 34 (Berlin-Charlottenburg). In der Hilfsorganisation engagierten sich auch sozialistische ExilantInnen. Ein genuin sozialistischer Ort der intensiven Vernetzung zwischen politischen ExilantInnen und deutschsprachiger Sozialdemokratie war dagegen der Häuserkomplex um die SPD-Parteizentrale. Das sogenannte Vorwärts-Haus in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) war das Zentrum der deutschen Sozialdemokratie und beherbergte unter anderem die SPD-Parteiorgane, die Vorwärts-Druckerei, den Dietz-Verlag und das SPD-Parteiarchiv. Für einige Monate entstanden dort aber auch Büroräume der russländischen Sozialdemokratie. Im Hauskomplex fanden halböffentliche Veranstaltungen mit Beteiligung osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen statt.²²¹ Ferner wurden parteinahe Exilzeitungen in der Vorwärts-Druckerei gedruckt und die Parteiarchive des *Bund* und der SDAPR in die SPD-Archivräume integriert. All das konnte nur durch eine ständige Kommunikation und Kooperation zwischen Exilparteien und deutscher Sozialdemokratie funktionieren. Doch auch unabhängig von parteipolitischen Kooperationen gingen im Vorwärts-Haus politische ExilantInnen ein und aus. Einige arbeiteten für SPD-Gremien und parteinahe Organisationen, andere pflegten engen privaten oder beruflichen Kontakt zu wichtigen deutschsprachigen SozialdemokratInnen wie Eduard Bernstein, Rudolf Breitscheid, Arthur Crispian, Fritz Heine, Rudolf Hilferding,

220 Brief an Karl Kautsky von den Mitgliedern des „Russischen Sozialdemokratischen Martow-Klub“ vom 16. Oktober 1929. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. 423. Vera Broido schreibt in ihren Erinnerungen, dass der Klub mindestens hundert Mitglieder hatte. Vgl. Broido, *Daughter of Revolution*, S. 142. Im Vergleich mit anderen Quellen erscheint diese Zahl jedoch etwas zu hoch.

221 Vgl. Einladung des „Ausschusses der Freunde der Internationalen Kleinarbeit“ zu einem Vortrag über den „Sozialismus in Sowjetrußland“ von Rafail Abramovič am 05.05.1926. Eingesehen in: *Algemeiner Yidisher Arbeyter Bund Archives*, Nr. 310; ebenso: Gedenkveranstaltung anlässlich des einjährigen Todestages von Iulij Martov. Angekündigt in: N. N.: *K godovščine smerti Ju. O. Martova*. In: SV, Vol. 4 (1924), Nr. 6 (24.03.1924), S. 16; Einladung der Auslandsvertretung der SDAPR in den Sitzungssaal des Brandenburger Bezirksvorstandes der SPD (Lindenstr. 3, 1. Hof, II. Treppe) für die „Vertreter der deutschen und ausländischen Presse [...], um Ihnen authentische Informationen zu dem gegenwärtig in Moskau stattfindenden Gerichtsprozess gegen 14 gewesene Menschewiki zur Verfügung zu stellen“. Vgl. Einladungsschreiben unterschrieben von Fëdor Dan und Rafail Abramovič. Eingesehen in: CZA, A 284, Nr. 11.

Karl und Luise Kautsky. Ein weiteres Beispiel für einen physischen Ort der Verflechtung der Handlungsräume ist der Weddinger Urnenfriedhof. Am „Bruderdenkmal“ der SDAPR trafen sich an ausgewählten Gedenktagen jiddisch-, russisch- und deutschsprachige SozialistInnen, um an die dort bestatteten ExilantInnen zu erinnern. Auch wenn sich dies anhand der bearbeiteten Quellen nicht einwandfrei nachweisen lässt, können ähnliche mehrsprachige Kommunikations- und Begegnungsräume allein durch die räumliche Nähe von migrantischen und nichtmigrantischen Strukturen für die Bürogebäude in der Auguststraße 17 (Berlin-Mitte), der Zimmerstraße 7/8 (Berlin-Mitte) und der Breiten Straße 8/9 (Berlin-Mitte) angenommen werden. Im Folgenden werden diese Verflechtungen zwischen den Handlungsräumen anhand von biografischen Skizzen osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen weiter vertieft.

3.2 Fallbeispiele – osteuropäisch-jüdische SozialistInnen als MittlerInnen zwischen den Handlungsräumen

Im Folgenden erfolgt in Form eines personenbezogenen Ansatzes eine detaillierte Darstellung der Verflechtungen zwischen den sozialistischen Handlungsräumen Berlins. Anhand biografischer Skizzen von neun osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen werden die im vorherigen Kapitel bereits angedeuteten Überschneidungen sichtbar gemacht. Zugleich sind die neun biografischen Skizzen ebenfalls als Ergänzung zu den Ausführungen aus Kapitel 2.3 zu verstehen, da anhand ihrer die politische, soziale und gesellschaftliche Heterogenität innerhalb der Exilgruppe und die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten während der Exilzeit sichtbar werden.²²² Um das unterschiedliche Agieren der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen während ihrer Zeit in Berlin zu kontextualisieren, werden in den Skizzen auch die biografischen Werdegänge vor der Berliner Exilzeit aufgeführt.

3.2.1 Der Internationalist – Rafail Abramovič

Rafail Abramovič lebte von 1920 bis 1933 im Berliner Exil und war während dieses Zeitraumes einer der zentralen sozialistischen Parteipolitiker des jiddisch- und russischsprachigen Handlungsraumes. Ferner unterhielt er enge Kontakte zu deutschsprachigen und anderen internationalen WortführerInnen der sozialisti-

²²² Kurze biografische Skizzen der 46 osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die zeitweilig im Berlin der Weimarer Republik lebten, befinden sich im Anhang der Arbeit.

schen ArbeiterInnenbewegung und arbeitete als Auslandskorrespondent für den jiddischsprachigen *Forverts*. Abramovič wurde 1880 in der im Norden des jüdischen Ansiedlungsrayons liegenden Stadt Dvinsk geboren.²²³ Sein bürgerlicher Name war Rafail Rein, Abramovič ein Parteipseudonym, das er seit der Revolution von 1905 trug und fortan zu seinem Ruf- und Hauptnamen wurde. Die Kindheit verbrachte er in einer vom liberalen Judentum geprägten Umgebung. Ab dem 9. Lebensjahr besuchte er den *Cheder*. Seine Geburtsstadt beschreibt er in seinen Erinnerungen als zweigeteilt, bestehend aus einem fast gleichgroßen jiddisch- und russischsprachigen Stadtgebiet. Abramovič selbst war tief im jiddischsprachigen Teil der Stadt verwurzelt; aufgrund seines liberalen Elternhauses kam er aber auch punktuell mit russischsprachigen BewohnerInnen in Berührung.²²⁴ Anschluss zur revolutionären Bewegung fand er während seines letzten Schuljahres. Kurz vor der Jahrhundertwende war Abramovič dann erstmalig für den *Bund* aktiv: In Riga bot er jiddischsprachige Kurse der Politik und Ökonomie für dortige jüdische ArbeiterInnen an. Bis zum Ersten Weltkrieg bekleidete er in der sich in der Illegalität befindenden Partei verschiedene Parteiämter; zugleich war er Mitglied in der SDAPR.

Nach einer Festnahme und Verbannungszeit im östlichen Teil des Russländischen Reiches floh Abramovič Anfang 1911 nach Westeuropa. Er nahm für ein halbes Jahr Abstand vom parteipolitischen Alltagsgeschäft und forschte stattdessen während eines Aufenthaltes in Berlin und Heidelberg zur jüdischen Geschichte. Hierbei bemühte er sich um eine marxistisch begründete Darstellung der besonderen historischen Entwicklung der jüdischen Bevölkerung, woraus ein erster jiddischsprachiger Artikel entstand, den er in einer US-amerikanischen Zeitschrift publizierte.²²⁵ Im Berliner Exil der 1920er Jahre sollte er durch eine zusammen mit Abraham Menes herausgegebene Publikation an diese Forschungsarbeit anknüpfen.²²⁶ Im Juni 1911 kehrte Abramovič in das politische Alltagsgeschäft zurück. Von nun an arbeitete er bis 1917 vornehmlich aus der Schweiz für die Auslandsvertretung des *Bund*.

Wie zahlreiche andere osteuropäische RevolutionärInnen kehrte Abramovič im Sommer 1917 zurück nach Sowjetrussland, wo er sofort in den bereits aufge-

223 Seit 1920 heißt die Stadt Daugavpils. Offiziell hieß sie bis 1893 Dünaburg und wurde anschließend in Dvinsk umbenannt. Abramovič und andere ExilantInnen verwendeten den Städtenamen Dvinsk jedoch auch für die Zeit vor 1893.

224 Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Band 1, S. 4–17.

225 Vgl. Abramovitsh, In tsvey revolutsies, Band 1, S. 338–340. Dieser Artikel wurde noch von einem Freund aus dem Russischen ins Jiddische übersetzt.

226 Vgl. Menes, Abraham/Abramovitsh, Rafail: Leyenbukh tsu der geshikhte fun ishral. Ershter tayl. Berlin 1923.

bauten Rätestrukturen aktiv wurde. Mit der Machtergreifung der Bol'sheviki engte sich sein politischer Handlungsspielraum schon nach wenigen Monaten wieder stark ein. Beispielhaft zu nennen sind hierfür die parteipolitischen Konferenzen der Bol'sheviki, die zentral für die politische Ausrichtung des Landes waren. Als Men'shevik durfte Abramovič sie nur als passiver Teilnehmer besuchen.²²⁷ Die Einschränkung der politischen Handlungsfähigkeit sowie die Verfolgung von SozialdemokratInnen durch die Bol'sheviki waren Anfang 1920 die zentralen Gründe für seinen erneuten Gang ins Exil. Konkreter Anlass für die Beantragung eines Visums war der USPD-Parteitag in Halle, zu dem Abramovič zusammen mit Julij Martov vom rechten Parteiflügel der USPD eingeladen wurde. Abramovič und Martov sollten die Parteitagsdelegierten davon überzeugen, keine Mitgliedschaft der USPD für die KI zu beantragen. Der Kontakt zur USPD entstand wenige Monate zuvor, als die beiden SDAPR-Politiker in Moskau mit den USPD-Politikern Wilhelm Dittmann und Arthur Crispian zusammentrafen. Die beiden Deutschen waren Teil einer vierköpfigen Parteidelegation, die anlässlich des Kongresses der KI in Sowjetrußland weilte.²²⁸

Eine Ausreisegenehmigung für sozialistische PolitikerInnen durch die sowjetischen Behörden war 1920 keineswegs selbstverständlich, jedoch konnte Abramovič zusammen mit seiner Familie nach längerem Warten tatsächlich auf legale Weise Sowjetrußland verlassen. Die Erteilung der Ausreisegenehmigung nahm jedoch etwas Zeit in Anspruch, sodass es ihm nicht mehr möglich war, am USPD-Parteitag in Halle teilzunehmen. Dass seine Fahrt, die ihn im November 1920 direkt nach Berlin brachte, ein endgültiger Abschied aus Sowjetrußland werden sollte, konnte er zu diesem Zeitpunkt noch nicht ahnen. Allerdings verweisen seine ersten Aktivitäten in Berlin darauf, dass er davon ausging, eine längerfristige Zeit im politischen Exil zu verbringen. In Anknüpfung an frühere Exilerfahrungen machte er sich in der deutschen Hauptstadt mit weiteren sozialistischen ExilantInnen sofort daran, eine SDAPR-Auslandsvertretung zu gründen und mit dem *Socialističeskij vestnik* eine russischsprachige sozialistische Partei-Zeitschrift herauszugeben.

Im Laufe der Berliner Exilzeit hatte Abramovič mehrere politische Funktionen innerhalb der SDAPR inne: Er war Mitherausgeber der russischsprachigen Partei-Zeitschrift, Mitglied des Berliner Zentralkomitees, saß ab 1923 als Parteivertreter im Exekutivkomitee der SAI und fungierte als Parteidelegierter auf SAI-Kongres-

²²⁷ Vgl. Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Band 2, S. 334.

²²⁸ Vgl. für den Besuch der vier USPD-Politiker in Moskau Prager, Eugen: *Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Darmstadt 1970. S. 219f. Die Zusammenkunft zwischen SDAPR und ausländischen Politikern erwähnt Abramovič in: Abramovitsh, In *tsvey revolutsies*, Band 2, S. 338.

sen. Aufgrund dieser politischen Funktionen wurde er nach dem Ersten Weltkrieg primär als Politiker der SDAPR und nicht mehr als Bundist wahrgenommen. Nichtsdestotrotz blieb Abramovičs persönliches Selbstverständnis das eines ost-europäisch-jüdischen Sozialisten, weshalb er innerhalb der SAI versuchte, sowohl die Interessen der SDAPR als auch die des *Bund* zu vertreten.²²⁹

Sein doppeltes Zugehörigkeitsverständnis könnte ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass er bei parteiinternen Streitigkeiten innerhalb der SDAPR vermittelnd wirkte und versuchte, die unterschiedlichen nationalen Parteientitäten zusammenzuführen. So argumentierte er 1930 in einer parteiinternen Auseinandersetzung über nationale Souveränität, dass aus seiner eigenen Perspektive die Parteiinteressen der einzelnen nationalen Parteistrukturen hinter das generelle Interesse des Kampfes um eine demokratische Sowjetunion zurücktreten müssten. Er fügte aber zugleich hinzu, dass sowohl die Beschlüsse der SDAPR als auch die der SAI Forderungen von nationalen sozialistischen Parteigruppierungen aus der multiethnischen Sowjetunion, wie sie beispielsweise georgische ExilantInnen formulierten, explizit zulassen würden.²³⁰ Ein Jahr zuvor hatte sich die SDAPR erstmalig offiziell zur nationalen Selbstbestimmung innerhalb des sowjetischen Vielvölkerstaates geäußert.²³¹ Abramovič vertrat hierbei die „Forderung des ‚freien Selbstbestimmungsrechtes‘ für alle Nationen [...], die durch einen freien, demokratisch durchgeführten Mehrheitsbeschluss ihren Willen zur Selbstständigkeit kundgeben werden“²³². Die Äußerungen zeigen, dass für Abramovič während der Berliner Exilzeit das Zusammendenken von einem gemeinschaftlichen sozialistischen Kampf innerhalb der SDAPR und einem bundischen Selbstverständnis fortwährender Fixpunkt seines politischen Engagements blieb.

Die verstärkte Sichtbarkeit seines Engagements für die SDAPR war demnach weniger einem veränderten politischen Selbstverständnis und einer Abkehr vom *Bund* geschuldet, sondern hing vielmehr mit der veränderten politischen Lage nach dem Ersten Weltkrieg und seinem Exilstatus zusammen. Hierfür spricht auch, dass er innerhalb des jiddischsprachigen Handlungsraumes gemeinsam mit Isai Judin 1922 die Auslandsvertretung des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion*²³³ gründete, welche der SDAPR „als autonomer Teil angegliedert“²³⁴

229 Vgl. Abramovič, Rafail: RSI i sionizm. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 10 (31.05.1930). S. 8–10.

230 Abramovič, Rafail: K nazional'nomy voprosu. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 17/18 (27.09.1930). S. 10–13. Hier S. 12f.

231 Vgl. Zentralkomitee der SDAPR: Platforma k nacional'namu voprosy. In: SV, Vol. 9 (1929), Nr. 7/8 (12.04.1929). S. 17f.

232 Brief von Rafail Abramovič an Karl Kautsky vom 09.05.1929. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15_90–95.

233 Vgl. N. N.: Izveščenie. In: SV, Vol. 2 (1922), Nr. 10 (16.05.1922). S. 15.

war. Zu Beginn der 1930er Jahre war er ebenfalls Herausgeber der im Rahmen des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* publizierten jiddischsprachigen Zeitschrift *Undzer gedank*.²³⁵

Unter den ExilpolitikerInnen gehörte Abramovič zu denjenigen, die überfraktionelle Bündnisse in der russländischen Sozialdemokratie vorantrieben. Seiner Einschätzung nach konnte die politische Lage in der Sowjetunion nur gemeinsam verändert werden, weswegen ihm aus dem Exil heraus ein gemeinsames Engagement unter dem Dach der SDAPR zielführender erschien als ein ausschließliches Engagement für den quantitativ kleineren *Bund*. Abramovič war außerdem der Vertreter der SDAPR im SAI-Exekutivkomitee. In dieser Funktion nahm er seit 1923 an zahlreichen internationalen Sitzungen und Konferenzen teil. Auch darüber hinaus unterhielt er einen intensiven persönlichen und politischen Austausch zu AnführerInnen der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung. Die Kommunikation mit deutschsprachigen PolitikerInnen führte er dabei auf deren Muttersprache. Auch an anderen Stellen war Abramovič im deutschsprachigen Handlungsraum sichtbar. Er veröffentlichte mehrere deutschsprachige Publikationen und schrieb Artikel für sozialistische Zeitungen und Zeitschriften.²³⁶

Neben seinem politischen Engagement war Abramovič ebenfalls Berliner Auslandskorrespondent des jiddischsprachigen *Forverts*, wodurch er in den USA eine vollkommen andere Wahrnehmung genoss als in Europa. Der „berühmte Berliner Bund-Führer“²³⁷ publizierte während seiner Berliner Zeit im *Forverts* knapp 150 Artikel über die politische Situation in der Weimarer Republik und Osteuropa. Ferner unterhielt er enge Beziehungen zu verschiedenen sozialistischen jüdischen Verbänden in Amerika. 1925 und 1929 reiste er für mehrere Wo-

234 Zitiert aus dem Parteifragebogen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands der SAI von 1933. In: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 3.157.

235 *Undzer Gedank*. Sotsialistischer zhurnal. Organ fun der oyslendisher delegatsie fun ‚bund‘ in ratn-farband. Berlin 1931. Erschienen sind die erste und eine gemeinsame zweite und dritte Ausgabe.

236 Gedruckte Monografien: Adler/Abramowitsch/Blum/Vandervelde, *Der Moskauer Prozess und die Sozialistische Arbeiter-Internationale*; Abramowitsch, Raphael: *Wandlungen der bolschewistischen Diktatur*. Berlin 1931; Abramowitsch, Raphael: *Die politischen Gefangenen in der Sowjetunion*. Berlin 1930; Abramowitsch, Raphael/Suchomlin, W[assilij]/Zeretelli, I[raklij] (Hrsg.): *Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Russland und Georgien*. Berlin 1925; Abramowitsch, Raphael: *Die Zukunft Sowjetrusslands*. Jena 1923. Abramovič schrieb Rezensionen für *Die Bücherwarte* (Berlin) und publizierte Artikel in *Der Kampf* (Wien), *Der Vorwärts* (Berlin), *Die Gesellschaft* (Berlin) und *Die Freiheit* (Berlin).

237 Ankündigung des Korrespondenten Rafail Abramovič durch die *Forverts*-Redaktion in folgendem Artikel: Abramovitsh, Rafail: *Di berliner konferents fun di sotsialistische internatsionalen*. In: *Forverts*, Vol. 25 (1922), Nr. 8.949 (02.05.1922). Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 36.

chen im Auftrag der SDAPR in die USA und Kanada, wo er in Kooperation mit Parteien und Organisationen der jüdischen ArbeiterInnenbewegung Vorträge über die Situation in der Sowjetunion hielt und Spendengelder für die Exilarbeit der SDAPR in Berlin sammelte.²³⁸

In den frühen 1930er Jahren führten zwei Entwicklungen zu einer politischen Neuorientierung Abramovičs.²³⁹ Zum einen war Abramovič 1931 Mitangeklagter in einem Moskauer Schauprozess, der sich gegen die russländische Sozialdemokratie richtete. Aufgrund der im Verfahren erhobenen Anklagen gegen ihn persönlich musste er sich intensiv mit den politischen Realitäten in der Sowjetunion beschäftigen und sah sich in der Weimarer Republik mit starken Anfeindungen von kommunistischer Seite konfrontiert.²⁴⁰ Diese persönliche Diffamierung seiner Person trug sicherlich zu einem härteren Urteil seinerseits gegenüber der politischen und ökonomischen Situation in der Sowjetunion bei, was bei einigen seiner früheren Weggefährten auf Unverständnis stieß. Vladimir Kosovski bezeichnete beispielsweise 1931 den *Socialističeskij vestnik* und die vom Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion herausgegebene Zeitschrift *Undzer gedank* als einseitige „Kampforgane“, die ein Gefecht gegen die Sowjetunion führen würden.²⁴¹ Zum anderen erlebte Abramovič zeitgleich das Erstarken der faschistischen Bewegungen in Europa und speziell der NSDAP in der Weimarer Republik. Die von ihm im *Forverts* publizierten Artikel zeigen, dass er bei der Bewertung dieser Entwicklung einen gesamteuropäischen Blick einnahm. Die Geschehnisse in der Weimarer Republik versuchte er, einerseits in einen westeuropäischen Gesamtkontext einzuordnen und andererseits mit den Entwicklungen in der Sowjetunion in Beziehung zu setzen. Abramovič betrachtete dabei die faschistische und kommunistische Bewegung, ohne sie gleichzusetzen, gleichermaßen als Gefahren für die bestehende parlamentarische Demokratie und eine anzustrebende sozialistische Gesellschaft. Er warnte in scharfer Form vor dem Nationalsozialismus und verteidigte im Gegensatz zu politisch weiter links stehenden ExilantInnen aus realpolitischen Gesichtspunkten heraus die Tolerierung der Brüning-Regierung durch die Reichstagsfraktion der SPD. Zugleich distanzierte er sich aber von anderen politischen Entscheidungen der SPD-Führung und warb für eine

238 Vgl. diesbezügliche Berichte: N. N.: Poezdka tov. Abramoviča v Ameriku. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 1 (17.01.1925). S. 16; N. N.: Tov. R. Abramovič v Amerike. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 3 (18.02.1925). S. 16; N. N.: R. Abramovič v Amerike. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 3 (08.02.1930). S. 16; Abramovič, Rafail: Moja poezdka po Amerike. In: SV, Vol. 10 (1930), Nr. 11 (14.06.1930). S. 11–14.

239 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 333.

240 Vgl. hierzu auch Kapitel 4.2 in dieser Arbeit.

241 Kosovski, Vladimir: A krumer shpigl. In: NF, Vol. 6 (1931), Nr. 207 (07.08.1931). S. 4 und S. 9. Hier S. 4.

stärkere außerparlamentarische Gegenwehr der deutschen ArbeiterInnenbewegung, namentlich durch die Gewerkschaften und die SPD, gegen die NSDAP. Hierdurch sollten die aus seiner Perspektive notwendigen parlamentarischen Kooperationen der deutschen Sozialdemokratie mit bürgerlichen und konservativen Parteien mit dem ebenso notwendigen Entstehen für linke politische Alternativen für die Weimarer Republik in Einklang gebracht werden.

Abramovičs beginnende Entfremdung von der Parteilinie der SDAPR – aufgrund der Angst vor einer Konterrevolution wurde zwar inhaltliche Kritik, aber keine Generalkritik an der Sowjetunion geübt – hing auch mit seiner veränderten Wahrnehmung der politischen Situation in Europa zusammen. Verglichen mit den 1920er Jahren ergab sich für ihn bereits zu Beginn der 1930er Jahre eine völlig neue Gefahrenlage, weswegen er von der sozialistischen Bewegung in Europa ein pragmatisches Handeln einforderte. Diese Einstellung verstärkte sich durch die Machtübergabe an die NSDAP in Deutschland drastisch, sodass er im September 1933 an einen Freund in den USA schrieb:

Wir müssen uns überhaupt damit abfinden, dass in der gegebenen Weltsituation des Proletariats die Taktik der einzelnen Parteien nur auf einer weitgehendsten taktischen Autonomie aufgebaut werden kann, wie diese auch in den Entschliessungen der Pariser Konferenz deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Wir können es uns ruhig gestatten, in einem Land „reformistisch“, in einem anderen Land revolutionär zu sein. Die Internationale wird dadurch nicht aufhören, eine geistige und politische Einheit zu sein, wenn wir diese „gestaffelte“ Taktik mit Bewusstsein durchführen, wenn wir nicht zu Gefangenen starrer Prinzipien, einerseits, fremder Klassenkräfte andererseits werden.²⁴²

In den frühen 1930er Jahren wandte sich Abramovič wieder einer jiddischsprachigen wissenschaftlichen Publikation zu. Zusammen mit anderen ExilantInnen, welche nicht nur aus dem sozialistischen Spektrum kamen, bereitete er die Herausgabe einer jiddischsprachigen Enzyklopädie vor.²⁴³ Genau wie zu Beginn seiner Exilzeit in Westeuropa im Jahre 1911 sowie zu Beginn der 1920er Jahre war Abramovič damit in den 1930er Jahren nicht nur politisch und journalistisch, sondern ebenfalls wissenschaftlich tätig. Eine endgültige Klärung, weswegen er sich der Herausgabe einer Enzyklopädie zuwandte, konnte nicht erfolgen. Wahrscheinlich erscheint, dass es sich um eine Reaktion auf die von ihm wahrgenommene bedrohte Lage der osteuropäischen Judenheiten handelte. Hierfür

242 Brief von Abramovič an [Wilhelm] Ellenbogen vom 08.09.1933. Eingesehen in: IISH, Rafail Abramovič Papers, Nr. 2.

243 Vgl. zur *Gesellschaft Dubnow-Fonds für die jiddische Encyclopedia* und zur jiddischsprachigen Enzyklopädie auch Kapitel 3.1.1.3 und 3.2.7 in dieser Arbeit.

spricht, dass Abramovič diese Arbeit nach 1933 auch aus dem Pariser Exil heraus fortführte.

Zusammen mit der parteipolitischen Exilgruppe der SDAPR verließ Abramovič kurz nach der Machtübergabe an die NSDAP den Berliner Exilort. Ehe er nach New York migrierte, wo er 1963 verstarb, führte er bis 1939 seine politische, journalistische und wissenschaftliche Tätigkeit von Paris aus fort.

Abramovič war zugleich osteuropäischer Politiker, Journalist und Wissenschaftler und übte diese Tätigkeiten im russisch-, jiddisch- und deutschsprachigen Handlungsraum aus. In Berlin verstand er sich als Vertreter der gesamten russländischen ArbeiterInnenschaft; zugleich setzte er sich als bekennender Bundist auch explizit für die Belange der osteuropäischen Judenheiten ein. Seine politischen Kontakte reichten weit über die Berliner Handlungsräume hinaus. In politischen Auseinandersetzungen innerhalb der SDAPR und innerhalb der SAI wirkte er oftmals als vermittelnde Kraft. So verfolgte er beispielsweise als Mitglied des Exekutivkomitees der SAI in den 1920er Jahren erfolglos die bereits von Martov erhobene Forderung nach einem Schiedsgericht für Streitigkeiten zwischen sozialistischen Parteien, die er als eine wichtige Lehre aus dem Scheitern der Sozialistischen Internationale vor dem Ersten Weltkrieg ansah.

3.2.2 Der Literat und Jiddischist – Dovid Bergelson

Für den Literaten Dovid Bergelson war Berlin in den 1920er und frühen 1930er Jahren ein temporärer Lebensmittelpunkt, aus dem heraus er aufgrund spezieller ökonomischer Voraussetzungen publizieren und an bestehende Netzwerke anknüpfen konnte.²⁴⁴ Geboren 1884 in der kleinen Ortschaft Okhrimovo²⁴⁵ im Nordwesten der heutigen Ukraine wuchs Bergelson in einer wohlhabenden osteuropäisch-jüdischen Familie auf. Bereits in seinen Jugendjahren musste er den Tod seiner Eltern verkraften. Wegen des sozialen und finanziellen Hintergrundes seiner Familie konnte er dennoch eine außerordentliche Bildungsförderung in Anspruch nehmen. Er erfuhr im *Cheder* eine religiöse Bildung und wurde ebenfalls in Form von Privatstunden in säkularen Fächern unterrichtet. Mit 19 Jahren verließ Bergelson seinen Heimatort Richtung Kiew, wo er bis 1921 als Literat lebte und arbeitete.

²⁴⁴ Für eine Bibliografie der jiddisch- und englischsprachigen Werke von Dovid Bergelson vgl. Saltzman, Roberta: A Bibliograph of David Bergelson's Works in Yiddish and English. In: Estraikh, Gennady/Sherman, Joseph (Hrsg.): David Bergelson. From Modernism to Socialist Realism. London 2007. S. 306–336.

²⁴⁵ Der heutige Stadtname ist Sarni.

Seine literarische Karriere begann Bergelson mit Publikationen in hebräischer Sprache, bevor er um 1907 herum zur jiddischen Sprache wechselte. Mit der Novelle „Arum vokzal“ gelang ihm 1909 ein literarischer Durchbruch. Der mit der *Poale Tsion* sympathisierende Bergelson avancierte daraufhin zu einem der bekanntesten Schriftsteller in Kiew – einer Stadt, die nach dem Ersten Weltkrieg zu einem kurzlebigen Zentrum der jiddischen Kultur und Literatur in Europa wurde.²⁴⁶

Nach dem einsetzenden Bürgerkrieg verließ Bergelson Kiew aufgrund der extrem schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation und zog in die Hauptstadt der Weimarer Republik. Auch dort verdiente er seinen Lebensunterhalt als jiddischsprachiger Schriftsteller. Bereits kurz nach seiner Ankunft wurden mit „Am Bahnhof“ und „Das Ende vom Lied“ zwei seiner bereits publizierten jiddischsprachigen Novellen in deutscher Übersetzung veröffentlicht.²⁴⁷ Von Berlin aus verfasste er weitere Novellen und Kurzgeschichten und schrieb für jiddischsprachige Zeitungen.

In den während des Exils verfassten literarischen Texten verarbeitete Bergelson autobiografische Ereignisse und eigene Beobachtungen.²⁴⁸ Häufiger Handlungsraum seiner Texte ist die Migrationsgemeinschaft, in der Bergelsons ProtagonistInnen mit erheblichen familiären, sozialen und ökonomischen Herausforderungen umgehen müssen.²⁴⁹ Beispielhaft hierfür ist die Novelle „Tsvishn emigrantn“, in der ein in Berlin lebender osteuropäisch-jüdischer Schriftsteller von einem weiteren jüdischen Emigranten besucht wird. Der sich selbst als „jüdischer Terrorist“ bezeichnende Emigrant stammt aus der Ukraine und verlor bei Pogromen enge Familienangehörige. In Berlin trifft er im Auffanglager für Geflüchtete auf den Mann, der für den Mord an seiner Familie verantwortlich ist. Der „jüdische Terrorist“ plant ein Attentat auf den Ukrainer, verwirklicht dies jedoch niemals. Die Novelle endet stattdessen mit dem Suizid des jungen jüdischen

246 Vgl. Fishman, *The Rise of Modern Yiddish Culture*, S. 85; Novershtern, Avraham: Bergelson, Dovid. In: YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe. Abgerufen unter: https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Bergelson_Dovid [19.08.2018].

247 Deutschsprachige Übersetzungen von Dovid Bergelsons Werken: Bergelson, David: *Am Bahnhof*. Berlin u. a. 1922; Bergelson, David: *Das Ende vom Lied*. Berlin 1923. Beide Bücher wurden von Alexander Eliasberg aus dem Jiddischen übersetzt.

248 Vgl. hierfür auch die Überlegungen in: Saß, Berliner Luftmenschen, S. 130 f.

249 Vgl. Clifford, Dafna: *From Exile to Exile: Bergelson's Berlin Years*. In: Estraiakh, Gennady/Krutikov, Mikhail (Hrsg.): *Yiddish and the Left. Papers of the Third Mendel Friedman International Conference on Yiddish*. Oxford 2001. S. 242–258. Hier S. 251.

Protagonisten.²⁵⁰ Mit der fiktiven Novelle beschreibt Bergelson den Berliner Migrationsraum, in dem sich frühere TäterInnen und Opfer sehr nahe kamen.

Neben seiner literarischen Tätigkeit engagierte sich Bergelson in unterschiedlichen jiddisch- und russischsprachigen Organisationen. Er hielt Vorträge für den Verein ORT und wurde 1924 zusammen mit Jakob Leshtinsky in den Vorstand des *Sholem-Alechem-Klubs* gewählt.²⁵¹ Bei der Eröffnung des Klubs war Bergelson einer der Festredner, was seine gesellschaftliche Relevanz für den zeitgenössischen jiddischsprachigen Handlungsraum unterstreicht.²⁵² Ferner engagierte er sich im Kulturverein *Pogress*, in der aus Kiew nach Berlin verlegten *Kultur-lige* und als Vorstandsmitglied im Berufsverband jiddisch- und hebräischsprachiger SchriftstellerInnen und JournalistInnen in Deutschland.²⁵³

Durch den Wechsel seines hauptsächlichen Publikationsorganes vollzog Bergelson Mitte der 1920er Jahre eine aufsehenerregende Kehrtwende in seiner politischen Positionierung. Bis dahin wurden seine Kurzgeschichten in unregelmäßigen Abständen im New Yorker *Forverts* publiziert.²⁵⁴ Seine Tätigkeit als freier Mitarbeiter für die sozialistische Tageszeitung beendete er 1926 aufgrund bestehender politischer Differenzen. Besonders missfiel ihm die aus seiner Perspektive vorherrschende antisowjetische Einstellung der Zeitung. Fortan publizierte er in der ebenfalls in New York herausgegebenen und der kommunistischen Bewegung nahestehenden Zeitung *Frayhayt*. Diese ermöglichte ihm noch im selben Jahr eine Rückkehr in die Sowjetunion. Als Korrespondent fuhr Bergelson nach Moskau und auf die Krim, wo er sich über die im Land vonstattengehenden Verände-

250 Für eine Inhaltszusammenfassung und inhaltliche Bewertung der Erzählung „Tsvishn emigrantrn“ vgl. auch Senerovich, Sasha: In Search of Readership: Bergelson among the Refugees (1928). In: Estraikh, Gennady/Sherman, Joseph (Hrsg.): David Bergelson. From Modernism to Socialist Realism. London 2007. S. 150 – 166. Hier S. 154.

251 Für den Verein ORT hielt Bergelson mindestens zwei Vorträge: am 06.11.1922 im *Café Landgraf* (vgl. Rul', Vol. 3 (1922), Nr. 599 (16.11.1922). S. 6) und am 23.12.1924 im *Nollendorf-Casino* in der Kleiststr. 41 (Berlin-Charlottenburg) – vgl. Rul', Vol. 5 (1924), Nr. 1234 (23.12.1924). S. 4. Für das Engagement im *Sholem-Alechem-Klub* vgl. Estraikh, Vilna on the Spree, S. 119. Ebenfalls im *Sholem-Alechem-Klub* in Berlin fand am 01.03.1925 ein Vortrag von Bergelson mit dem Titel: „Die zwei Orientierungen der jüdisch-nationalen Bewegung“ statt. Vgl. Rul', Vol. 6 (1925), Nr. 1.290 (01.03.1925). S. 5.

252 Vgl. Estraikh, Vilna on the Spree, S. 119.

253 Vgl. Saß, Berliner Luftmenschen, S. 162, S. 182 und S. 231.

254 Vgl. N. N.: Bergelson, Dovid. In: Schulman, Elias (Hrsg.): Leksikon fun forverts shrayber. New York 1987. S. 12.

rungen informierte.²⁵⁵ Zwei Jahre später gelangte er mit Unterstützung der Zeitung für mehrere Monate in die USA.²⁵⁶

Seinen politischen Bruch mit der sozialistischen Bewegung begründete Bergelson in der von ihm selbst herausgegebenen, sehr kurzlebigen Zeitschrift *In shpan*, von der 1926 zwei Ausgaben erschienen. In ihr stellte er im Artikel „Dray tsentern“ dar, dass es mit den USA, Polen und der Sowjetunion drei zeitgenössisch relevante jiddischsprachige Zentren gebe. Im Vergleich dieser Zentren sah Bergelson für die jiddischsprachige Kultur- und Literaturszene die größten Entfaltungsmöglichkeiten in der Sowjetunion. Diese würden sich aus der Kombination von bolschewistischer Revolution und Herrschaft sowie der in dieser Zeit bestehenden kulturellen Autonomiekonzepte für nationale Minderheiten im Land ergeben.²⁵⁷ Von Berlin aus trat Bergelson deshalb in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre für eine jüdische nationalkulturelle Autonome Republik auf der Krim ein und sprach sich wenige Jahre später auch für die Autonome Jüdische Republik Birobidžan aus. Ferner war er von Berlin aus Unterstützer des *Initiativ-Komitees zur Unterstützung der jüdischen Siedlungen in der Sowjet-Union*.²⁵⁸

Durch die Hinwendung zur kommunistischen Bewegung veränderte sich zwangsläufig das politische Umfeld Bergelsons im Berliner Handlungsraum. Der „Soviet Yiddish writer“²⁵⁹ trat 1929 bei einem „anti-religiösen Abend“ des kommunistisch orientierten *Jüdischen Arbeiter- und Kulturvereins* auf.²⁶⁰ Insgesamt verbrachte Bergelson ab 1929 jedoch weniger Zeit in Berlin. Stattdessen unternahm er zahlreiche Reisen, die ihn in europäische und US-amerikanische Städte führten.²⁶¹

Endgültig verließ Bergelson Berlin kurz nach der Machtübergabe an die NSDAP. Nach einem kurzen Aufenthalt in Kopenhagen kehrte er 1934 zusammen mit seiner Familie zurück in die Sowjetunion, von wo aus er in den 1930er und

255 Vgl. Sherman, Joseph: David Bergelson (1884–1952): A Biography. In: Estraiikh, Gennady/Sherman, Joseph (Hrsg.): David Bergelson. From Modernism to Socialist Realism. London 2007. S. 7–78. Hier S. 41.

256 Vgl. Sherman, David Bergelson, S. 45.

257 Vgl. Sherman, David Bergelson, S. 37f. Im Anhang dieses Sammelbandes (S. 347–355) ist eine von Joseph Sherman verfasste englischsprachige Übersetzung von Bergelsons Artikel „Dray tsentern“ abgedruckt.

258 Bergelson war der einzige Jiddischist im Komitee. MitstreiterInnen waren die deutschsprachigen Schriftsteller Alfons Goldschmidt und Arthur Holitscher, der Kommunist Eduard Fuchs und die Pazifistin Helene Stöcker. Vgl. Estraiikh, Introduction. Yiddish on the Spree, S. 20.

259 Clifford, From Exile to Exile, S. 256.

260 Vgl. Veranstaltungsankündigung. Eingesehen in: IISH, Algemeyner Yidisher Arbeyter Bund Archives, Nr. 298.

261 Clifford, From Exile to Exile.

1940er Jahren weiterhin als jiddischsprachiger Literat tätig war und sich während des Zweiten Weltkrieges im *Jüdischen Antifaschistischen Komitee (JAK)* engagierte. Bergelsons positiver Bezug zur Sowjetunion und selbst sein Engagement im JAK konnten ihn jedoch nicht vor antisemitischer Verfolgung in der spätstalinistischen Zeit schützen. Anfang 1949 wurde er verhaftet und am 12. August 1952 mit anderen jiddischsprachigen LiteratInnen und Intellektuellen hingerichtet.²⁶²

Dovid Bergelson war ein sich der revolutionären Bewegung zugehörig führender jiddischsprachiger Literat, für den Berlin durch die Wirren des Bürgerkrieges zu einem temporären Lebensmittelpunkt wurde. Ben-Adir, Ben-Baruch, Dovid Eynhorn und Moshe Kulbak sind weitere zeitgenössisch bekannte jiddischsprachige Literaten, die sich in den 1920er Jahren ebenfalls in der Hauptstadt der Weimarer Republik niederließen und dort sicherlich mit Bergelson in Kontakt standen. Durch die erzwungene Migrationsbewegung konnte der bereits in Kiew bekanntgewordene Bergelson somit an bestehende Netzwerke anknüpfen und aufgrund der speziellen Voraussetzungen zu Beginn der 1920er Jahre aus der Stadt heraus seine literarische Karriere fortsetzen.

Bergelsons Lebensweg ist ein Beispiel für das in den 1920er Jahren bestehende revolutionäre kulturelle Milieu in Berlin, in dem politische Zugehörigkeiten zwischen Sozialismus und Kommunismus fließend waren – ein wesentlicher Unterschied zu den Biografien parteipolitischer ExilantInnen. In diesen kulturpolitischen Zusammenhängen des sozialistischen Berliner Handlungsraumes war die literarische Tätigkeit mit einem revolutionären Anspruch verbunden. Bergelson bewegte sich in diesem Handlungsraum, publizierte fortwährend literarische Werke und nahm zugleich an den politischen Debatten der Zeit teil. Mitte der 1920er Jahre löste er sich aus dem sozialistischen Handlungsraum und wandte sich ideologisch der Sowjetunion zu.

Durch seine Rückkehr in die Sowjetunion rettete sich Bergelson vor dem Holocaust. Umso tragischer erscheint es, dass er und andere jiddischsprachige LiteratInnen zu Beginn der 1950er Jahre dem Antisemitismus der sowjetischen Regierung in der Zeit des Spätstalinismus zum Opfer fielen.

262 Vgl. Naumov, Vladimir P./Rubenstein, Joshua: *Stalin's Secret Pogrom. The Postwar Inquisition of the Jewish Anti-Fascist Committee*. New Haven/London 2001; Novershtern, Avraham: Bergelson, Dovid. In: *YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe*. https://www.yivoencyclopedia.org/article.aspx/Bergelson_Dovid [20.08.2018].

3.2.3 Der „russische Ebert“ – Fëdor Dan

Fëdor Dan war während seiner elfjährigen Berliner Exilzeit der führende Exilpolitiker der SDAPR-Auslandsvertretung. Der gebürtige Fëdor Il'ič Gurvič wurde am 7. Oktober 1871 in St. Petersburg geboren. Er wuchs in einer assimilierten jüdischen Familie auf und auch für ihn selbst sollten religiöse Bräuche zeitlebens keine Rolle spielen. Für seine erste Ehe mit Vera Kočevnikova, mit der er zwei Söhne hatte und die 1908 offiziell geschieden wurde, konvertierte Fëdor Dan zum Christentum.²⁶³

Im Alter von 24 Jahren beendete Fëdor Dan in Dorpat²⁶⁴ seine Promotion im Fach Medizin. Zur selben Zeit knüpfte er erste Kontakte zur sozialistischen Bewegung. Aufgrund dieses politischen Engagements verbrachte er bis 1917 gezwungenermaßen längere Lebensphasen in der Verbannung und im ausländischen Exil. Bereits 1901 lebte er erstmalig für kurze Zeit in Berlin, wo er sich einer Gruppe von AnhängerInnen der SDAPR-Parteizeitung *Iskra* anschloss und Kontakte zur deutschen Sozialdemokratie knüpfte.²⁶⁵ Nach einer kurzen illegalen Rückkehr ins Russländische Reich war er wenige Jahre später in den in Genf ausgetragenen politischen Streit innerhalb der *Iskra*-Redaktion involviert, der zur Spaltung der SDAPR in die Fraktion der Men'seviki und Bol'seviki führte. Dan schloss sich den Men'seviki an und entwickelte sich zu einem ihrer wichtigsten Wortführer. Nach der Revolution von 1905 migrierte er zurück ins Russländische Reich, von wo aus er 1907 erneut für sechs Jahre ins Exil ging. Erst lebte er in Berlin und anschließend, nach seiner Ausweisung aus dem Deutschen Reich, für mehrere Jahre in Paris.²⁶⁶ 1913 kehrte er ins Russländische Reich zurück. Den Ersten Weltkrieg verbrachte Dan in der sibirischen Verbannung, wohin ihn seine Lebensgefährtin und spätere Frau Lidija begleitete, mit der er seit 1905 zusammenlebte. Fëdor Dan versuchte auch in der Verbannung, sein politisches Engagement fortzuführen. Zusammen mit Iraklij Cereteli war er Begründer der *Sibirischen Zimmerwaldgruppe*, die sich gegen den Krieg aussprach.

Wie viele der während des Krieges verbannten RevolutionärInnen erreichte Fëdor Dan im Frühling 1917 das revolutionäre Petrograd, wo er sofort in verschiedenen Funktionen politisch tätig wurde. In den wenigen Monaten bis zur Oktoberrevolution war er „Sprecher der Mehrheitsfraktion der „revolutionären

²⁶³ Vgl. Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, S. XXXVIII.

²⁶⁴ Der heutige Stadtname ist Tartu.

²⁶⁵ Vgl. N. N.: Daty i političeskoj biografii F. I. Dana. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 4f. Hier S. 4.

²⁶⁶ Vgl. Brachmann, Botho: Russische Sozialdemokraten in Berlin. 1895–1914. Berlin (Ost) 1962. S. 77–80 und S. 156–159.

Vaterlandsverteidiger“²⁶⁷ innerhalb der SDAPR, Mitglied des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets und Zeitungsredakteur.²⁶⁸

Nach der Oktoberrevolution geriet Dan als Menševik immer stärker unter Druck. Dies mündete 1921 in seiner Verhaftung. Erst nach einem Hungerstreik durfte er gemeinsam mit anderen politischen Gefangenen, zu denen auch seine Frau Lidija gehörte, zum Jahreswechsel 1921/22 das Gefängnis wieder verlassen. Die Entlassung erfolgte unter der Bedingung, dass die SozialistInnen binnen weniger Tage ins ausländische Exil gehen mussten. Am 26. Januar 1922 verließ die Gruppe Sowjetrussland. Nach einem Zwischenstopp in Riga, während dessen die Formalien für eine Einreise in die Weimarer Republik geklärt wurden, trafen die ExilantInnen im Februar 1922 in Berlin ein.²⁶⁹

Im Berliner Exil wurde Dan als Mitglied des Parteizentralkomitees in Sowjetrussland sofort in das Zentralkomitee der SDAPR-Auslandsdelegation sowie in das Redaktionsteam der Parteizeitung aufgenommen. Bereits ein Jahr nach seiner Ankunft sollte er dem Verstorbenen Julij Martov als Parteivorsitzender nachfolgen. Diese Funktion übte er bis zum Beginn der 1940er Jahre an den Exilorten Berlin, Paris und New York aus. Er vertrat dabei die Belange der Partei, beschäftigte sich mit den politischen Entwicklungen in der Sowjetunion, nahm an Kongressen und Arbeitstreffen der SAI teil und war regelmäßiger Gesprächspartner in bi- und multilateralen Zusammenkünften mit VertreterInnen von sozialistischen Schwesterparteien.

Dans große Bedeutung für die sozialistische Exilgemeinde und seine Bekanntheit innerhalb der internationalen ArbeiterInnenbewegung können anhand der Festivitäten zu seinem 60. Geburtstag im Jahr 1931 verdeutlicht werden. Der *Socialističeskij vestnik* ehrte den „russischen Ebert“²⁷⁰ mit einem Bild auf der Titelseite und mehreren Artikeln. Die in der Zeitungsausgabe ebenfalls veröffentlichte Liste der Beglückwünschenden aus Europa und den USA liest sich wie ein *who-is-who* der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung. Zu ihnen gehörten mit Alfred Braunthal, Rudolf Breitscheid, Paul Hertz, Paul Löbe und Tony Sender fünf

267 Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 21.

268 Vgl. Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 22.

269 Vgl. N. N.: Menschewistenführer in Riga eingetroffen. In: Vorwärts. Morgen-Ausgabe, Vol. 39 (1922), Nr. 53 (01.02.1922). S. 1; Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, S. XLVIII.

270 Abramovič, Rafail: K 60-letiju F. I. Dana. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 2f. Hier S. 3. Abramovič bezieht sich hierbei auf eine Aussage Trotzki gegenüber Dan aus dessen Autobiografie. Abramovič bestätigt im Text, dass Dan „sicherlich einige Ähnlichkeiten mit Ebert und anderen bedeutenden Parteiführern“ habe. Er habe sich seit der Oktoberrevolution aber nicht nur für die Klasseninteressen der russländischen, sondern auch für die der internationalen ArbeiterInnenschaft eingesetzt.

deutsche SozialdemokratInnen.²⁷¹ Ferner richtete der sozialdemokratische Debattierklub der SDAPR am 19. Oktober eine Geburtstagsfeier für den Jubilar aus. Geschmückt war der Veranstaltungsraum mit roten Blumen, Parteiemblemen, einer für den Anlass speziell angefertigten Büste von Dan und Porträts seiner zu dieser Zeit bereits verstorbenen politischen Mentoren Pavel Aksel'rod und Julij Martov.²⁷² Sowohl zu Aksel'rod als auch zu Martov unterhielt Dan vor und während des Berliner Exils ein sehr enges persönliches Verhältnis.²⁷³

Inhaltlich vertrat Dan als Anführer der SDAPR-Auslandsvertretung die sogenannte Martov-Linie des linken Parteiflügels. Die sich im Exil befindenden ExilantInnen setzten sich mehrheitlich dafür ein, „die Verteidigung Sowjetrußlands gegen die innere und äußere Konterrevolution mit der Ablehnung bzw. scharfen Kritik der bolschewistischen Herrschaftsmethoden zu verbinden“²⁷⁴. Hierfür war Dan über den russischsprachigen Exilraum hinaus aktiv. Im deutschsprachigen Handlungsraum publizierte er mehrere Monografien²⁷⁵ sowie Artikel in den Theoriezeitschriften *Der Kampf* aus Wien und *Die Gesellschaft* aus Berlin. Weniger stark brachte sich Dan innerhalb des jiddischsprachigen Handlungsraumes ein. Dennoch pflegte er als Parteivorsitzender Kontakt zu den russländischen BundistInnen in Berlin sowie zu weiteren jüdischen Parteien der ArbeiterInnenbewegung in den USA, Polen und im Mandatsgebiet Palästina. Vereinzelt wurden auch Artikel von Dan in der Monatszeitung *Di tsukunft* publiziert.²⁷⁶ Anders als bei

271 Vgl. N. N.: Otkliki na jubilej F. I. Dana. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 5 f. Dan erhielt laut einem Bericht im SV 44 Glückwunschsreiben von Einzelpersonen aus Deutschland, Österreich, Frankreich, den Niederlanden, Polen und Lettland. Hinzu kamen Glückwunschsreiben aus der Sowjetunion sowie von Parteien und Zeitungsredaktionen aus Europa und den USA. Das Jubiläum fand auch Erwähnung im *Vorwärts*. Vgl. N. N.: Theodor Dan. Zu seinem 60. Geburtstag. In: *Vorwärts*. Morgen-Ausgabe, Vol. 48 (1931), Nr. 489 (18.10.1931). S. 11.

272 Vgl. N. N.: Prazdnovanie 60-letija F. I. Dana v Berline. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 5.

273 Vgl. die zehn Briefe von Fëdor Dan an Pavel Aksel'rod zwischen 1922 und 1929. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Briefe Nr. 174–176, Nr. 187, Nr. 191, Nr. 193–195, Nr. 201, Nr. 203, S. 320–365.

274 Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 22.

275 Bei den Monografien handelt es sich um: Dan, Theodor: Gewerkschaften und Politik in Sowjetrußland. Berlin 1923; Dan, Theodor: Sowjetrußland wie es wirklich ist: Ein Leitfaden für Rußlanddelegierte. Prag 1926; Dan, Theodor: Der Arbeiter in Sowjetrußland. Die Bilanz der kommunistischen Wirtschaftspolitik. Berlin u. a. 1923; Dan, Theodor: Die Sozialdemokratie Russlands nach dem Jahre 1908. In: Martov, Julius/Dan, Theodor: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Berlin 1926.

276 In *Di tsukunft* sind in den 1920er Jahren drei Artikel von Fëdor Dan erschienen: Dan, Fëdor: Di oysedn politik fun bolshevism. In: *Di tsukunft*, Vol. 8 (1923), Nr. 3; Dan, Fëdor: Di bolshevikes vegen zikh. An arbeyter partey ohn arbeyter un a komunistische partey ohn komunism. In: *Di*

vergleichbaren Artikeln wurde dabei nicht angegeben, dass diese jemand übersetzt habe. Aufgrund seines Lebensweges erscheint es aber eher als unwahrscheinlich, dass Dan auf Jiddisch Artikel publizieren konnte.²⁷⁷

Als Parteivorsitzender der russländischen Sozialdemokratie erreichte Dan nicht nur bei seinen UnterstützerInnen, sondern auch bei seinen GegnerInnen einen unvermeidlichen Bekanntheitsgrad. Mitte der 1920er Jahre strebte Dan im Namen der SDAPR ein Gerichtsverfahren gegen Wilhelm Liese, Redakteur der *Roten Fahne*, „wegen übler Nachrede und Beleidigung von Mitgliedern der Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Partei Rußlands“²⁷⁸ an. Er bezog sich hierbei auf einen Zeitungsartikel vom 31. Dezember 1924. Jedoch verlor Dan den Prozess, da das Berliner Amtsgericht den Artikel „als eine öffentliche Kundgebung im politischen Kampfe“²⁷⁹ betrachtete und diesen daher von der Meinungsfreiheit gedeckt sah.

Eine Verschränkung von Politischem und Privatem war unter den ExilantInnen eine Selbstverständlichkeit. Beispielsweise verband Fëdor Dan und Karl Kautsky eine enge Kooperation auf politischer Ebene. Fëdor Dan übersetzte das 1930 von Karl Kautsky publizierte Buch „Bolschewismus in der Sackgasse“ ins Russische und erweiterte die russischsprachige Ausgabe um einen eigenen Beitrag.²⁸⁰ Aus der Briefkommunikation zwischen den beiden Politikerfamilien geht aber ebenso hervor, dass aus dem politischen Kontakt eine private Freundschaft entstanden war. So wurden in den Briefen an die Familie Kautsky ebenfalls Krankheitsverläufe und Urlaubsplanungen besprochen sowie private Treffen vereinbart.²⁸¹ Wie sehr Fëdor und Lidija Dan Karl Kautsky schätzten, verdeutlicht ihr Glückwunschschreiben zu dessen 75. Geburtstag:

tsukunft, Vol. 8 (1923), Nr. 11; Dan, Fëdor: Der leninizm amol un itst. Marksizm un jakobinizm. In: *Di tsukunft*, Vol. 15 (1927), Nr. 12.

277 Beispielsweise ist bei den in *Di tsukunft* veröffentlichten Memoiren von Pavel Aksel'rod [Jankev] Krepliak als Übersetzer angegeben.

278 Vgl. Beschluss des Amtsgerichts Berlin-Wedding Nr. 13. B. 41.25 vom 17.09.1925. Eingesehen in: IISH, Fedor Il'ič Dan Papers, Nr. 11.

279 Beschluss des Amtsgerichts Berlin-Wedding Nr. 13. B. 41.25 vom 17.09.1925. Eingesehen in: IISH, Fedor Il'ič Dan Papers, Nr. 11.

280 Kautsky, Bol'shevism v tupike. Es erstaunt, dass Kautsky die Übersetzung Dan anvertraute, der eine unterschiedliche Bewertung gegenüber der Sowjetunion vertrat. Hartmut Rüdiger führt dies auf die „Loyalität und Kompetenz“ Dans zurück. Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 24, Fußnote 37.

281 Ein erster Kontakt zwischen Fëdor Dan und Karl Kautsky lässt sich bereits für das Jahr 1901 nachweisen. Vgl. Brief von Dan an die Zeitschrift *Neue Zeit* im Juni/Juli 1901 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'ič Dan. Pis'ma, Brief Nr. 26, S. 49. Treffen zwischen dem Ehepaar Dan und dem Ehepaar Kautsky wurden u. a. in folgenden Briefen vereinbart: Fëdor Dan an Luise Kautsky vom 05.12.1927 aus Berlin und Fëdor Dan an Luise Kautsky vom 09.11.1929 aus Berlin.

Es ist aber für mich und L. O. [Dan] ein Herzensbedürfnis, Ihnen zu diesem Tage auch unsere persönlichen Gefühle der tiefsten Verehrung, der wahren Liebe und des Stolzes, uns zu Ihren persönlichen Freunden rechnen zu dürfen, auszusprechen. Mir fehlen die richtigen Worte, um alles zu sagen. was mir in diesem Augenblicke durch den Kopf und durch das Herz geht, aber Sie werden schon selbst verstehen, wie glühend unsere Wünsche sind, mit denen wir Ihren 75-ten Geburtstag begleiten.²⁸²

Über einen noch engeren privaten Kontakt verfügte die Familie Dan zu den österreichischen SozialistInnen Friedrich und Ekaterina Adler. Die beiden Familien trafen sich mehrmals auf Urlaubsreisen.²⁸³

Das Berliner Exilleben bot für Fëdor Dan aufgrund seiner Netzwerke und der daraus resultierenden Handlungsmöglichkeiten eine vergleichsweise komfortable Situation. Anders erging es dem Ehepaar Dan im privaten Bereich, wo sie stärkere Einschränkungen spürten. In Briefen klagte Fëdor Dan über die schwierige wirtschaftliche Situation, weswegen Lidija Dan Anfang der 1930er Jahre nach Paris zog, um dort ein Arbeitsangebot anzunehmen.²⁸⁴ Hinzu kamen gesundheitliche Probleme, die besonders Lidija Dan plagten.²⁸⁵ Auch die Berliner Wohnsituation barg einige Schwierigkeiten, wie die fast jährlich stattfindenden Wohnungswechsel zeigen.²⁸⁶ Hinzu kamen besorgniserregende Nachrichten bezüglich der

Beide abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Briefe Nr. 204 und Nr. 217, S. 366 und S. 389. Den Geburtstag von Luise Kautsky verbrachte sie mit mehreren SozialistInnen am 11.08.1928 auf dem dritten SAI-Kongress in Brüssel. Unter ihnen waren Fëdor und Lidija Dan, Rafail Abramovič, Pëtr Garvy, Aron Jugov und Vladimir Voytinsky. Vgl. Erinnerungsschreiben mit Unterschriften vom 11.08.1928. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. D VII.

282 Brief von Fëdor und Luise Dan an Karl Kautsky vom 14.10.1929 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 215, S. 387. Fëdor Dan sprach auch in Leipzig anlässlich einer Festveranstaltung zu Ehren des 75. Geburtstages von Karl Kautsky. Vgl. Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky vom 19.09.1929 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 214, S. 385 f.

283 Vgl. u. a.: Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 13.08.1929 aus Zürich und Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 23.02.1933 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 213 und Nr. 256, S. 385 und S. 439.

284 Vgl. Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky vom 13.01.1931 und Brief von Fëdor Dan an Luise und Karl Kautsky vom 16.01.1932. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Briefe Nr. 236 und Nr. 245, S. 413 f. und S. 424 f.

285 Vgl. Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 10.11.1927, Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 29.06.1930, Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky vom 24.08.1930 und Brief von Fëdor Dan an Luise Kautsky vom 13.01.1931. Alle abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Briefe Nr. 202, Nr. 228, Nr. 230 und Nr. 236, S. 363 f., S. 404, S. 405–408 u. S. 413 f.

286 Anhand der Briefkommunikation Dans ist ersichtlich, dass dieser mindestens acht Mal zwischen den Jahren 1922 und 1933 innerhalb Berlins umzog. Möglicherweise hing das zahlreiche Umziehen aber auch mit seinen längeren Aufenthalten außerhalb Berlins zusammen, während derer er Mietzahlungen sparen konnte.

politischen Situation in der Sowjetunion, wo sich 1931 neben FreundInnen auch „2 Brüder von L[idija] O. [Dan], ihre Schwägerin, ihr Schwiegersohn und 2 Neffen von ihr und einer von“²⁸⁷ Fëdor Dan in Gefängnissen oder in der Verbannung befanden. All diese negativen Erfahrungen mögen dazu beigetragen haben, dass Fëdor Dan die politische Situation in Europa auch in sarkastischem Ton kommentierte. 1925 schrieb er an Karl Kautsky:

Heute – nach [Hjalmar] Branting – ist nun auch [Friedrich] Ebert gestorben. Die Reaktion hat Glück: ihr helfen nicht nur Kapitalisten, Agrarier und Kommunisten, sondern auch der liebe Herr Gott! Denn sicherlich Eberts Tod, wie man sich auch zu seiner Politik stellt, ist für die Reaktion gerade im richtigen Moment gekommen, um nicht nur die Chancen ihres Kandidaten auf die Presidentschaft [sic!] zu verstärken, sondern der Sozialdemokratie neue Schwierigkeiten im kritischsten Moment zu bereiten.²⁸⁸

In Form einer „grosse[n] Völkerwanderung“²⁸⁹ verließ die gesamte SDAPR-Exilgruppe nach der Machtübergabe an die NSDAP Berlin in Richtung Paris. Fëdor Dan erreichte den neuen Exilort Paris bereits am 4. März 1933. In Berlin hatte er um seine Freiheit gefürchtet, da der *Völkische Beobachter* „sich der ausländischen Korrespondenten eifrig angenommen hat [... und] in den letzten Tagen schon einige Mal mich als eine besonders schädliche Persönlichkeit genannt hat.“²⁹⁰ Die nun verbliebene Exilgruppe musste sieben Jahre später von Paris aus erneut vor den NationalsozialistInnen fliehen und in die USA übersiedeln. In dieser Zeit führten die politischen Spannungen innerhalb der SDAPR zwischen linker und rechter Parteifraktion zu einem offenen Zerwürfnis. Entgegen der politischen Einschätzung anderer russländischer SozialistInnen blieb für Dan auch weiterhin die „Martov’sche Linie“ [...] ein Leitfaden, an den er sich auch angesichts der Veränderungen in der Sowjetunion klammerte²⁹¹. Dan verstarb 1947 als politischer Exilant in New York.

Fëdor Dans Lebensweg erscheint beispielhaft für die von Hartmut Rüdiger Peter verwendeten Begriffe des „Berufsrevolutionär[s]“ und „Berufsemi-

287 Brief von Fëdor Dan an Luise Kautsky vom 16.05.1931. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma, Brief Nr. 243, S. 421f. Hier S. 422.

288 Brief von Fëdor Dan an Karl Kautsky vom 28.02.1925. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma, Brief Nr. 183, S. 338f. Hier S. 339.

289 So bezeichnete Dan den Migrationsprozess von Berlin nach Paris in einem Brief an Friedrich Adler vom 23.02.1933. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma, Brief Nr. 256, S. 439.

290 Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 04.03.1933. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma, Brief Nr. 257, S. 440f.

291 Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 23.

grant[en]“.²⁹² Seine parteipolitische Stellung, seine Netzwerke und Sprachkompetenzen boten Dan die Möglichkeit, in den 1920er Jahren politisch tätig zu bleiben und dadurch seinen Lebensunterhalt gemeinsam mit Lidija Dan zu bestreiten. Nach der Wirtschaftskrise von 1929 fand das Exilleben für die Familie Dan jedoch unter merklich erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen statt.

Als Anhänger des linken Parteiflügels übernahm Fëdor Dan 1923 die SDAPR-Parteiführung und kommunizierte in dieser Funktion mit zahlreichen internationalen sozialistischen PolitikerInnen. Als Redakteur schrieb er regelmäßig in den beiden SDAPR-Exilzeitungen *Socialističeskij vestnik* und dem deutschsprachigen Pendant *RSD. Mitteilungsblatt der russischen Sozial-Demokratie*. Er gab außerdem Monografien in deutscher und russischer Sprache heraus, die sich thematisch mit der internationalen ArbeiterInnenbewegung und den Entwicklungen in der Sowjetunion beschäftigten. Einzelne von ihm geschriebene Artikel wurden ebenfalls in jiddischer Sprache veröffentlicht.

Dan war während der Berliner Exilzeit einer derjenigen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die sich am intensivsten mit den Entwicklungen in der Sowjetunion auseinandersetzten. Dies lässt jedoch nicht den Rückschluss zu, dass ihm der Bezug zum Berliner Exilraum fehlte und er sich nicht in politische Debatten über Deutschland einmischte. Tatsächlich verweist ein Brief des deutschen Sozialdemokraten Paul Hertz an Dan, den er ihm anlässlich seines 70. Geburtstages im Jahr 1941 schrieb, auf Gegenteiliges:

Ich entsinne mich der persönlichen Diskussionen mit Ihnen in den Jahren 1932 und 1933, als Sie klarer als viele von uns erkannt hatten, dass die Taktik der Opfer und des Zurückweichens [gegenüber der NSDAP] nicht die Voraussetzungen für den Erfolg schaffen würden, den wir erhofften.²⁹³

3.2.4 Die politische Praktikerin – Lidija Dan

Lidija Dan war eine langjährig aktive russländische Sozialistin, die in ihrer Berliner Exilzeit zwischen 1921 und 1931 als Lektorin und Journalistin für russischsprachige Zeitungen innerhalb und außerhalb der SDAPR-Exilvertretung arbeitete. 1878 als Lidija Cederbaum in Odessa geboren wuchs sie in einem liberalen Elternhaus auf, in dem die osteuropäisch-jüdische Herkunft zumindest vordergründig keine Rolle spielte. Lidija Dan wurde nicht religiös erzogen, sie erlernte in

²⁹² Peter, Fedor I. Dan und Otto Bauer, S. 20.

²⁹³ Brief von Paul Hertz an Fëdor Dan vom 13.10.1941. Eingesehen in: IISH, Fedor Il'ič Dan Papers, Nr. 7.

ihrer Jugend weder die jiddische noch die hebräische Sprache und besuchte keinen *Cheder*. Nach eigenen Aussagen kam sie mit religiösen Bräuchen erstmalig bei Besuchen ihres Großvaters in St. Petersburg in Kontakt.²⁹⁴ Dans Mutter, geborene Revekka Juljevna Rosenfeld, stammte aus Saloniki und wuchs bei Verwandten in Konstantinopel auf. Die sephardische Jüdin war durch die Erziehung in einem katholischen Mädchenkloster geprägt. Bereits mit 16 Jahren heiratete Rosenfeld den 15 Jahre älteren Osip Cederbaum.²⁹⁵ Der Vater von Lidija Dan gehörte der *Intelligencija* der 1860er/70er Jahre an. Der Historiker Leopold Haimson charakterisiert Cederbaum folgendermaßen: „He considered himself an assimilated Russian, of course. He could speak Yiddish, and once knew Hebrew [...] he had educated himself on Russian literature.“²⁹⁶

Aus dem Elternhaus Cederbaum entstammten fünf Kinder, die sich in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in der revolutionären Bewegung des Russländischen Reiches engagierten.²⁹⁷ Sie alle waren von der politischen Situation nach 1881 im Russländischen Reich und der damit einhergehenden Unmöglichkeit eines sozialen Aufstiegs aus einer jüdischen Familie in der bestehenden russländischen Gesellschaft geprägt. Lidija Dan war seit ihrer Studienzeit aktives Mitglied der russländischen Sozialdemokratie und pflegte ein sehr enges Verhältnis zu ihrem älteren Bruder Julij Martov. Martovs Berichte und Einschätzungen beeinflussten Dans eigene Politisierung; beispielsweise erfuhr sie von ihm von den Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung im Land.²⁹⁸

Nach einer Verhaftung Martovs begann Lidija Dan, sich Mitte der 1890er Jahre verstärkt in der russländischen Sozialdemokratie zu engagieren. Im Jahr 1896 befand sie sich in Vilna unter einer Gruppe von BundistInnen – ein Zustand, den sie in einem lebensgeschichtlichen Interview als den ersten Moment beschrieb, in dem sie sich bewusst als ein Teil eines „jüdischen Umfelds“ sah.²⁹⁹ Wenige Jahre später floh Dan ins westeuropäische Exil. Sie ging für mehrere Jahre nach Stuttgart und München, später nach Genf und Paris. 1907 verbrachte sie ebenfalls einige Zeit in Berlin.³⁰⁰ 1911 kehrte sie zurück nach St. Petersburg, wo sie als

294 Vgl. Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 54.

295 Vgl. Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 30–33.

296 Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 55.

297 Vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 47.

298 Vgl. Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 54. Die enge Beziehung zwischen Lidija Dan und Julij Martov arbeitet Svetlana Jebrak sehr gut heraus. Ihr gelingt, das Geschwisterverhältnis darzustellen, ohne Lidija Dan ihre eigenständige Entwicklung abzuspitzen. Vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*.

299 Vgl. Haimson, *The Making of Three Russian Revolutionaries*, S. 54.

300 Vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 87.

Revolutionärin zu Kriegsbeginn verhaftet wurde. In den Kriegsjahren begleitete sie ihren Lebenspartner Fëdor Dan in die Verbannung nach Sibirien. Nach ihrer Rückkehr ins revolutionäre Petrograd im April 1917 heiratete das Paar. Für beide war es bereits die zweite Eheschließung.³⁰¹

1921 wurden die Dans von den Bol'seviki aufgrund ihrer politischen Tätigkeiten verhaftet. Durch einen Hungerstreik gelang es ihnen als Teil einer Gruppe politischer Gefangenen, die Freilassung zu erzwingen und das Land zu verlassen. Als sie im Februar 1922 Berlin erreichten, war Lidija Dan kein offizielles Mitglied der SDAPR. Erst 1924 trat sie wieder der Partei bei. Der zeitweilige Parteiaustritt führte allerdings zu keinem veränderten Verhältnis zur russländischen sozialistischen Bewegung, sondern war vielmehr Ausdruck des damaligen Politikverständnisses:

Lydias ambivalentes Verhalten lässt sich nur im Lichte einer Parteistruktur annähernd begreifen, die passive Mitgliedschaft und Mitgliederbeiträge noch nicht kannte und Parteiarbeit als persönlichen Aktivismus auffasste[,] sowie einer Familienstruktur, in der das politische Engagement einen Großteil des Alltagslebens bestimmte. [...] Zwar befand sich Lydia Cederbaum formell außerhalb der Partei, doch in der Praxis leistete sie auch bis zu ihrer Wiederaufnahme in die Partei im Jahre 1924 ihren Beitrag für die sozialdemokratische Sache.³⁰²

Ab der zweiten Hälfte der 1920er Jahre übernahm Lidija Dan im Berliner Exil wichtige Funktionen und Aufgaben für die Auslandsvertretung der SDAPR. Sie schrieb anonym für das deutsch- und das russischsprachige Periodikum der Exilpartei und war mitverantwortlich für das Lektorat der beiden Zeitungen.³⁰³ Ferner engagierte sie sich in der SAI-Frauenkonferenz und war 1931 ebenfalls Delegierte auf dem SAI-Kongress in Wien.³⁰⁴ Dan plante 1925 gar eine dreimonatige Rückkehr in die Sowjetunion. Kurzfristig musste dieses Vorhaben jedoch

301 Ihren ersten Ehemann, Gregorij Kancel, hatte Lidija Dan 1898 geheiratet. Auch für Fëdor Dan war es bereits die zweite Eheschließung.

302 Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 110.

303 Vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 144.

304 Für die Teilnahme am Kongress vgl. die TeilnehmerInnenliste. Lidija Dan war eine von zwölf Hauptdelegierten der SDAPR; daneben gab es fünf Gastdelegierte der Partei. Unter den 17 Delegierten befanden sich insgesamt fünf Frauen. Eingesehen in: IISH, *Labour and Socialist International Archive*, Nr. 165. Für die Teilnahme Lidija Dans an SAI-Frauenkonferenzen vgl. Jebrak, *Mit dem Blick nach Russland*, S. 151–162; Liebich, *From the Other Shore*, S. 335.

abgesagt werden und konnte auch zu keinem späteren Zeitpunkt verwirklicht werden.³⁰⁵

Ein weiteres Arbeitsfeld war ihr Engagement für politische Gefangene in der Sowjetunion. Lidija Dan stand hierbei in Kontakt mit Jekatarina Peškova, Vorsitzende der *Hilfsorganisation für politische Gefangene in der Sowjetunion*, und erhielt über sie Informationen über die Situation der politischen Gefangenen.³⁰⁶ Gerade weil sich FreundInnen und Familienangehörige von ihr in sowjetischen Gefängnissen und in der sibirischen Verbannung befanden, ist anzunehmen, dass ihr diesbezügliches Engagement auch aus einer starken persönlichen Motivation heraus entsprang.³⁰⁷ Nichtsdestotrotz handelte es sich bei der Thematik auch um ein zentrales Handlungsfeld der politischen Exilarbeit, was explizite Absprachen mit der Auslandsdelegation wahrscheinlich erscheinen lässt.

Neben ihrem parteipolitischen Engagement war Lidija Dan in den 1920er Jahren journalistisch und wissenschaftlich tätig. Zusammen mit Aron Jugov gründete sie 1923 den Verlag *Russisch Revolutionäres Archiv*.³⁰⁸ Vier Jahre später beschäftigte sie sich für die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) mit den Nachlässen von Karl Marx und Friedrich Engels. Die Mitarbeit an der MEGA musste sie jedoch aufgrund gesundheitlicher Probleme nach kurzer Zeit wieder aufgeben.³⁰⁹

Ende 1931 zog Dan nach Paris. Dieser im Vergleich zu anderen SDAPR-Mitgliedern frühe Wegzug aus Berlin war besonders in wirtschaftlichen Schwierigkeiten begründet.³¹⁰ Ähnlich wie andere SDAPR-ExilantInnen empfand aber auch sie bereits zu diesem Zeitpunkt die politische Lage in Deutschland als kritisch.³¹¹ Der Umzug der gesamten SDAPR-Exilgruppe von Berlin nach Paris fand erst Anfang 1933 statt. Debatten über die eigene Sicherheit und die politische Lage in der Weimarer Republik begannen jedoch bereits einige Zeit zuvor. Fëdor Dan schrieb im Januar 1932 in einem Brief an Luise und Karl Kautsky:

305 Vgl. Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 25.01.1925 aus Berlin und Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 01.03.1925 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Briefe Nr. 179 und Nr. 184, S. 330 – 332 und S. 340 f.

306 Vgl. hierzu Brief von Lidija Dan an Berta Mering vom 14.04.1931. Abgedruckt in: Sapir, From the Archives of L. O. Dan, Brief Nr. 15, S. 138 f.

307 Vgl. hierzu auch das vorherige Unterkapitel über Fëdor Dan. Vgl. ebenso Brief von Fëdor Dan an Luise Kautsky vom 16.05.1931. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 243, S. 421 f.

308 Vgl. Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 138.

309 Vgl. Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 140.

310 Vgl. Brief von Fëdor Dan an Luise und Karl Kautsky vom 16.01.1932. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il'itsch Dan. Pis'ma, Brief Nr. 245, S. 424 f.

311 Vgl. Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 183.

Mit meinem neuen Zimmern [in Berlin] bin ich sehr zufrieden. Aber L. O. [Dan] wird in ihnen kaum wohnen. Sie hat in Paris Arbeit gefunden und wird dort voraussichtlich bis zum Herbst verbleiben und dann – wenn bis dahin Hitler das Leben in Deutschland überhaupt nicht unmöglich macht – werden wir versuchen, uns in einer eigenen Wohnung, nicht in Untermiete, einzurichten.³¹²

Lidija Dan kehrte nach 1931 nicht mehr längerfristig nach Berlin zurück. Ende der 1930er Jahre floh sie mit anderen SDAPR-ExilantInnen nach New York, wo sie 1963 verstarb.

In ihrer zehnjährigen Berliner Exilzeit war Lidija Dan sowohl aktiv in der Exilpartei der SDAPR als auch im journalistischen Bereich tätig. Sie arbeitete in den Redaktionen der Exilzeitungen, setzte sich für politische Gefangene in der Sowjetunion ein und vertrat die SDAPR in Gremien der SAI. Mit ihrer Arbeit trug sie zur erstaunlichen politischen Vielfalt der „Menshevik family“³¹³ außerhalb der Sowjetunion bei. Aktiv war sie dabei im deutsch- und russischsprachigen Handlungsraum; jiddischsprachige Aktivitäten konnten für die Berliner Exilzeit nicht nachgewiesen werden. Ihre eigene osteuropäisch-jüdische Herkunft beschrieb sie in späteren Lebensjahren als wichtige familiäre Prägung, die sie jedoch weniger mit der Ausübung von religiösen Bräuchen, sondern vielmehr mit einer liberalen Ausrichtung und Erziehung verband.³¹⁴

In Darstellungen über die russländische Sozialdemokratie steht Lidija Dan meist im Schatten ihres Bruders Julij Martov und ihres zweiten Ehemannes Fëdor Dan.³¹⁵ Dies wird ihrer Stellung innerhalb der Partei und dem sozialistischen Exilleben jedoch nicht gerecht. Neben Eva Broido, Ol’ga Domanevskaja und Sophie Garwy war Lidija Dan eine von mehreren engagierten Frauen in den Reihen der SDAPR, die auch im Berliner Exil aktiv an der Parteiarbeit teilnahmen.

312 Brief von Fëdor Dan an Luise und Karl Kautsky vom 16.01.1932 aus Berlin. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma, Brief Nr. 245, S. 424 f. Zur Diskussion über den Wegzug aus Berlin vgl. ebenfalls Brief von Fëdor Dan an Friedrich Adler vom 07.08.1932. Abgedruckt in: Sapir, Fedor Il’itsch Dan. Pis’ma, Brief Nr. 250, S. 432 f.; Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 183 f.

313 Für den Begriff vgl. Liebich, From the Other Shore, S. 10–26.

314 Vgl. Haimson, The Making of Three Russian Revolutionaries, S. 54. Svetlana Jebrak argumentiert, dass es kulturelle Gepflogenheiten gab, die Lidija Dan aufgrund ihres jüdischen Erfahrungssatzes übernahm. Beispielhaft nennt sie hierfür ihre frühe erste Heirat, die mit 20 Jahren erfolgte. Zudem betont Jebrak, dass Dan sich eine Hochzeit mit einem „Goi“ (Nichtjuden) nicht hätte vorstellen können. Dass ihr zweiter Ehemann Fëdor Dan bereits zum Christentum übergetreten war, habe sie erst nach der Hochzeit erfahren. Vgl. Jebrak, Mit dem Blick nach Russland, S. 48 und S. 74.

315 Eine Ausnahme bildet die Biografie über Lidija Dan von Svetlana Jebrak: Jebrak, Mit dem Blick nach Russland.

3.2.5 Der Parteipolitiker – Pëtr Garvi

Innerhalb der in Berlin ansässigen SDAPR-Exilgruppe war Pëtr Garvi der Anführer der rechten Fraktion. Garvi wurde 1880 unter dem bürgerlichen Namen Pëtr Bronštejn in Odessa geboren. Bereits vor der Jahrhundertwende knüpfte er über Diskussionszirkel Kontakte zur revolutionären Bewegung, zuerst als ein Anhänger der *narodniki*-Bewegung und ab 1899 innerhalb der SDAPR. Obwohl die Anfänge seiner politischen Tätigkeiten in osteuropäisch-jüdischen Zusammenhängen stattfanden, war für Garvis politisches Selbstverständnis seine eigene jüdische Herkunft lange Zeit unbedeutend. Er entwickelte ein distanzierendes Verhältnis zur jüdischen ArbeiterInnenbewegung, war aber nichtsdestotrotz von der antijüdischen Gesetzgebung des Reiches betroffen. Diese Hürden meisterte er jedoch in erstaunlicher Form: Seinen gymnasialen Abschluss absolvierte Garvi als externer Schüler und 1911 konnte er sein Jurastudium in St. Petersburg abschließen.³¹⁶

Seit der Jahrhundertwende war für Garvi die Arbeit in der revolutionären Bewegung sein zentraler Lebensinhalt; 1902 wurde er aufgrund dessen erstmalig verhaftet. Ein Jahr später flüchtete er ins westeuropäische Exil nach Paris. Kurz vor der Revolution von 1905 kehrte er zurück ins Russländische Reich, wo er zu Agitationszwecken in unterschiedlichen Städten tätig war, bis er sich erneut in St. Petersburg niederließ. Den Ersten Weltkrieg verbrachte Garvi im Russländischen Reich. Während der Kriegszeit forderte er einen Frieden ohne Annexionen, weswegen er unter bestimmten Umständen die Selbstverteidigung des eigenen Landes durch das Militär als legitim betrachtete. Im Sommer 1916 wurde Garvi als Men'sevik gezwungen, die Hauptstadt des Russländischen Reiches zu verlassen. Er lebte von nun an in der innerrussischen Verbannung. Erst nach der Februarrevolution kehrte er zurück nach Petrograd.

Garvi war Anhänger der politischen Taktik der Massenagitation und setzte sich dafür ein, dass die SDAPR in Kooperation mit der Gewerkschaftsbewegung große Teile der Gesellschaft ansprechen sollte, um so politische Zielsetzungen mit gesellschaftlichem Rückhalt so gut wie möglich umzusetzen. Diese Taktik widersprach fundamental dem Ansatz der Bol'seviki, weshalb Garvi bereits vor dem Ersten Weltkrieg einer ihrer profiliertesten Kritiker aus den Reihen der SDAPR war. Schon 1911 forderte er die Aufspaltung der Partei, da er keine hinreichende Überschneidungsmenge zwischen den politischen Ansichten der Men'seviki und Bol'seviki sah. Die Revolutionen von 1905 und Februar 1917 verstand er rückblickend als positive Entwicklungen einer „Volksrevolution“. In der Oktoberrevolution sah er dagegen einen durch die Bol'seviki herbeigeführten politischen Akt,

³¹⁶ Vgl. Ascher, Introduction, S. iv–vi.

der auch in Westeuropa „die Arbeiterbewegung [spaltete] und die Idee des Sozialismus [diskreditierte], die in Russland als Deckmantel für die Schreckensherrschaft des Terrors und die utopischen Versuche dient“³¹⁷.

Im Dezember 1917 ging Garvi zusammen mit seiner Familie zurück in seine Heimatstadt Odessa. Durch den Bürgerkrieg und die damit einhergehenden militärischen Machtwechsel musste er dort besondere Herausforderungen meistern.³¹⁸ Trotz wechselnder politischer Regierungskonstellationen gelang es ihm jedoch, seine politische Tätigkeit fortzusetzen. Als regionaler Anführer der Men'sheviki geriet er dabei aber erneut in Konflikt mit den Bol'sheviki und wurde von diesen mehrmals verhaftet. 1922 saß er zusammen mit Fëdor und Lidija Dan eine Gefängnisstrafe in Moskau ab und erreichte mit den Dans und weiteren politischen Gefangenen den selbstgewählten politischen Exilort Berlin.

Im Berliner Exil versuchte Pëtr Garvi weiterhin, größere politische Bündnisse zu schmieden. Er setzte sich für eine Kooperation aller demokratischen Kräfte aus dem Russländischen Reich ein, worunter er sowohl sozialistische, bürgerlich-demokratische als auch liberale Parteien verstand. Stärker und früher als AnhängerInnen des linken Parteiflügels der SDAPR kritisierte er die Bol'sheviki und positionierte sich damit als Wortführer des sich im Berliner Exil in der Minderheit befindenden rechten Parteiflügels. Bereits 1927 beschrieb er für die Sowjetunion einen „bürgerlichen Umwandlungsprozeß in der Richtung einer bonapartistischen oder faschistischen Umwälzung“³¹⁹.

Trotz seiner Kritik an der „Martov-Linie“ blieb Garvi offizielles SDAPR-Parteimitglied. Dies unterschied ihn von anderen, weit radikaleren ParteikritikerInnen.³²⁰ Die rechte Parteifraktion konnte in Berlin innerhalb der Partei auch deshalb nicht vollständig marginalisiert werden, da sie auf Unterstützung von namenhaften SDAPR-Politikern wie Pavel Aksel'rod zählen konnte. Als ihr Wortführer war Garvi Mitglied des neunköpfigen SDAPR-Zentralkomitees. Im höchsten Parteigremium waren mit Grigorij Aronson und Mark Kefali noch zwei weitere „Gesinnungsgenossen“³²¹ des rechten Parteiflügels vertreten. Als Fraktionsanführer vertrat Garvi sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei seine poli-

317 Garwy, Peter: 1917–12. März – 1927. Das zehnjährige Jubiläum der russischen Revolution. In: Vorwärts. Morgen-Ausgabe, Vol. 44 (1927), Nr. 120 (12.03.1927). S. 1f. Hier S. 2.

318 Vgl. Ascher, Introduction, S. xiv.

319 Garwy, Peter: Wendepunkt in Rußland. Seine Bedeutung für die internationale Arbeiterschaft. In: Vorwärts. Abend-Ausgabe, Vol. 44 (1927), Nr. 611 (27.12.1927). S. 1f. Hier S. 1.

320 Aus der Partei ausgeschlossen wurden Stepan Ivanovič und Aleksandr Nikolaevič Potresov. Vgl. Liebich, Eine Emigration in der Emigration, S. 233.

321 So bezeichneten Binštok und Garvi die beiden Mitglieder des Zentralkomitees der Partei in einem Brief an Karl Kautsky. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, Bl. 102.

tischen Positionen. Er publizierte im *Socialističeskij vestnik*, veröffentlichte kleineren Monografien und hielt öffentliche Vorträge. Dass Garvi sich hiermit auch in der Gesamtpartei Anerkennung erarbeitete, zeigen seine Auftritte bei Parteiveranstaltungen. Im Januar 1931 gab es im Rahmen des sozialdemokratischen Debattierklubs eine ihm zu Ehren abgehaltene Geburtstagsfeier.³²² Ein gutes halbes Jahr später war Garvi einer der FestrednerInnen anlässlich der Feierlichkeiten zum 60. Geburtstag des SDAPR-Parteianführers Fëdor Dan.³²³ Trotz alledem blieb sein Einfluss auf die tägliche Parteiarbeit jedoch begrenzt. Bei wichtigen inhaltlichen Entscheidungen wurde der rechte Parteiflügel regelmäßig von der linken Mehrheit im Zentralkomitee überstimmt.

Größeren Zuspruch fand Garvis inhaltliche Positionierung innerhalb der deutschsprachigen Sozialdemokratie. Für den Vorstand der SPD fertigte er Übersetzungen und Analysen zur Lage in der Sowjetunion an.³²⁴ Auf Deutsch veröffentlichte er Artikel und Buchbesprechungen in sozialdemokratischen Publikationsorganen³²⁵ sowie zwei Monografien.³²⁶ Im Laufe der 1920er Jahre wurde er auch SPD-Parteimitglied und blieb zugleich Mitglied der SDAPR.

Garvis politische Netzwerke reichten über Berlin hinaus. Als SDAPR-Delegierter nahm er an Kongressen der SAI teil und versuchte dort, die Delegierten von seinen politischen Positionen zu überzeugen.³²⁷ Zur Familie Kautsky unterhielt die Familie Garvi ein enges freundschaftliches Verhältnis. Anders als im Verhältnis

322 Vgl. N. N.: Iz partii. 50-letie P. A. Garvi. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 2 (24.01.1931). S. 16.

323 Vgl. Otčet o vneočerednom sobranii kluba im. Ju. Martova, 19.10.1931, posvjaščennom čestvovaniju 60-letija F. I. Dana. Eingesehen in: IISH, Berlinskij Klub im. Martova Archives; N. N.: Prazdnovanie 60-letija F. I. Dana v Berline. In: SV, Vol. 11 (1931), Nr. 20 (24.10.1931). S. 5.

324 Vgl. Liebich, *From the Other Shore*, S. 237.

325 Für Buchbesprechungen vgl. bspw. Martow, J.: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Berlin 1926. In: Blick in die Bücherwelt. Nr. 3 (13.03.1927). S. 2. Beilage zum Vorwärts, Vol. 44 (1927), Nr. 122; Bienstock, Gregor: Einführung in die Weltwirtschaft. Berlin 1927 und Smilg-Benario, Michael: Der Zusammenbruch der Zarenmonarchie. Beides in: Blick in die Bücherwelt, Nr. 3 (18.03.1928). S. 1 und S. 1f. Beilage zum Vorwärts, Vol. 45 (1928), Nr. 133. Für Artikel vgl. bspw. Garwy, Peter: „Komintern“ in der Sackgasse. Zum Moskauer „Weltkongreß“. In: Vorwärts. Abend-Ausgabe, Vol. 41 (1924), Nr. 333 (17.07.1924). S. 1f.; Garwy, Peter: Der neue Kurs in Rußland. In: Vorwärts. Abend-Ausgabe, Vol. 42 (1925), Nr. 241 (23.05.1925). S. 1f.; Garwy, Peter: Der Blutsonntag von Petersburg. 25 Jahre russische Revolution. In: Der Abend. Spätausgabe des Vorwärts, Vol. 47 (1930), Nr. 36 (22.01.1930). S. 2. In Vorwärts. Morgen-Ausgabe, Vol. 48 (1931), Nr. 107 (05.03.1931). S. 2 wird Garvi als „[u]nser Mitarbeiter“ bezeichnet.

326 Auf Deutsch publizierte Pëtr Garvi: Garwy, Peter: Der rote Militarismus. Berlin 1928; Garwy, Peter: Sowjetdeutschland? Berlin 1932.

327 Anhand von Delegiertenlisten ist ersichtlich, dass Garvi zumindest an den SAI-Kongressen in Hamburg 1923, in Brüssel 1928 und in Wien 1931 teilnahm. Vgl. Delegiertenlisten der Kongresse. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 4, Nr. 51 und Nr. 165.

zwischen Fëdor Dan und Karl Kautsky stand Pëtr Garvi dem österreichischen Sozialdemokraten dabei auch in seiner politischen Analyse über die Sowjetunion nahe.³²⁸ Für Garvi und die gesamte rechte Fraktion der SDAPR war Karl Kautsky eine inhaltliche Autoritätsperson, die sie bei Auseinandersetzungen mit der linken SDAPR-Parteifraktion heranzogen und bei der Erarbeitung von Resolutionen und Memoranden über die Sowjetunion mit einbezogen.³²⁹

1924 überarbeitete Garvi gemeinsam mit Grigorij Binštok eine von Karl Kautsky verfasste Resolution über die „Pflichten der Internationale gegenüber Russland“.³³⁰ Im Aufruf gegen „die bolschewistische Despotie“³³¹ lässt sich die Positionierung Garvis und seiner MitstreiterInnen deutlich herauslesen. Sie forderten „an Stelle des Bolschewismus die Demokratie“³³². Der Entwurf scheiterte im Zentralkomitee der SDAPR; trotzdem gab sich Garvi nicht geschlagen. Er suchte anschließend in enger Absprache mit Kautsky nach einer Möglichkeit, die Resolution in die SAI einzubringen.³³³

Ab Mitte der 1920er Jahre lassen sich Aktivitäten von Garvi im jiddischsprachigen Handlungsraum feststellen. Er begann, für die New Yorker Monatszeitschrift *Di tsukunft* zu schreiben. Die jiddischsprachige journalistische Tätigkeit, die er besonders nach 1933 weiter ausbaute, ist jedoch weniger als eine geistige Rückkehr zu seiner osteuropäisch-jüdischen Herkunft zu verstehen. Vielmehr erschien sie als eine Möglichkeit, seine politischen Handlungsmöglichkeiten aus dem Exil heraus zu erweitern.³³⁴ Garvi versuchte so Einfluss auf die jiddischsprachige ArbeiterInnenbewegung der Zwischenkriegszeit zu nehmen und dortige Debatten mitzuprägen.

Mit der Mehrheit der russländischen SozialdemokratInnen verließ Garvi im Frühjahr 1933 den Berliner Exilort Richtung Paris. Nach dem deutschen Überfall

328 Vgl. die zahlreichen Briefe von Pëtr Garvi an Karl Kautsky. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. D XI 11–99.

329 Vgl. Brief von Grigorij Binštok und Pëtr Garvi an Karl Kautsky, o. D. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, Bl. 100 f.; Brief von Pëtr Garvi an Luise Kautsky vom 02.01.1925. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, Bl. 144.

330 Brief mit Anhang vom 14.12.1924 von Grigorij Binštok und Pëtr Garvi an Karl Kautsky. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, Bl. 102–105a.

331 Brief mit Anhang vom 14.12.1924 von Grigorij Binštok und Pëtr Garvi an Karl Kautsky. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, Bl. 102–105a.

332 Brief mit Anhang vom 14.12.1924 von Grigorij Binštok und Pëtr Garvi an Karl Kautsky. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 15, Bl. 102–105a.

333 Vgl. Brief von Karl Kautsky an Pëtr Garvi. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. G 16_23.

334 Garvi publizierte zum Teil unter dem Pseudonym P. Harkovi. Vgl. Aronson, S. Ivanovitsh un P. Garvi, S. 171 f.

auf Frankreich floh er weiter nach New York, wo er 1944 im Alter von 64 Jahren verstarb. In Paris sollte er weiterhin in der parteipolitischen Opposition verbleiben. Erst 1939, ausgelöst durch den Hitler-Stalin-Pakt, veränderte sich die SDAPR-Parteilinie. Garvis kritische Ansichten gegenüber der Sowjetunion wurden nun innerhalb der SDAPR mehrheitlich geteilt.³³⁵

Pëtr Garvi wird vom Historiker Abraham Ascher als Berufspolitiker charakterisiert, der als „intelligentsia-practical“³³⁶ Wege suchte, um Politik konkret mitzugestalten. Ähnlich wie er es selbst für seinen Freund Pavel Aksel'rod anlässlich von dessen 75. Geburtstag formuliert hatte, verstand sich Garvi als europäischer Sozialdemokrat, der in unterschiedlichen sozialistischen Parteien für seine Ideen und politischen Überzeugungen eintrat.³³⁷

Während seiner elfjährigen Berliner Exilzeit führte Garvi die oppositionelle rechte Fraktion innerhalb der SDAPR an. Seine Funktion als Sprecher der innerparteilichen oppositionellen Fraktion ermöglichte ihm jedoch nur in Teilen politische Einflussmöglichkeiten innerhalb der SDAPR, weswegen er durch Netzwerke außerhalb der Partei versuchte, weitere politische Gestaltungsmöglichkeiten zu erlangen. Hierbei kooperierte er besonders mit PolitikerInnen der SPD, für die er zu einem wichtigen politischen Analytisten für die Situation in der Sowjetunion wurde und der er im Laufe der 1920er Jahre als Parteimitglied beitrug. Mitte der 1920er Jahre begann er außerdem, für die jiddischsprachige Zeitschrift *Di tsukunft* zu schreiben und dadurch die Debatten innerhalb des jiddischsprachigen sozialistischen Handlungsraumes als „non-Jewish Jew“ mitzugestalten.

3.2.6 Der Bundist – Franz Kursky

Franz Kursky war einer der zeitgenössisch bedeutendsten BundistInnen im Europa der Zwischenkriegszeit. Er hieß mit bürgerlichem Namen Samuel Kahan und wurde 1874 im Norden des jüdischen Ansiedlungsrayons geboren. Bereits mit 18 Jahren verließ er sein Elternhaus Richtung Warschau; kurze Zeit später zog er weiter nach Łódź, wo er sich im Alter von 24 Jahren dem dortigen *Bund* anschloss. Die politische Arbeit von SozialistInnen fand kurz vor und nach der Jahrhun-

³³⁵ Vgl. Liebich, *Eine Emigration in der Emigration*, S. 233.

³³⁶ Ascher, *Introduction*, S. iii. Für eine biografische Darstellung von Pëtr Garvi vgl. ebenfalls Aronson, S. Ivanovitsh un P. Garvi.

³³⁷ In der SV zitiert Garvi aus einem 1896 von Georgij Plekhanov an Pavel Aksel'rod gesendeten Brief: „Du bist hauptsächlich Europäer, was für jede russische Partei sehr wichtig ist.“ Zitiert nach: Garvi, Pëtr: P. B. Aksel'rod i Men'shevizm. In: SV, Vol. 5 (1925), Nr. 15/16 (18.08.1925). S. 10–13. Hier S. 10.

dertwende primär im Untergrund statt. Dies setzte Charaktereigenschaften wie Verschwiegenheit und politische Vernetzung voraus, die Kursky entweder bereits besaß oder sich in dieser Zeit aneignete und die ihn auch in seiner späteren politischen Laufbahn auszeichneten.

Seinen tatsächlichen Platz in der bundischen Bewegung fand Kursky im Exil.³³⁸ Zwischen 1900 und 1902 lebte er erstmalig in Berlin, wo er Nationalökonomie und Geschichte studierte. Als Mitglied der Berliner *Bund*-Auslandsvertretung war er mitverantwortlich für den aus Berlin koordinierten illegalen Transport von Publikationen mit revolutionärem Inhalt nach Osteuropa. Daneben publizierte er in deutschsprachigen sozialistischen Zeitungen wie dem *Vorwärts* und der *Leipziger Volkszeitung*.³³⁹ Die hierdurch entstandenen Kontakte zur deutschen Sozialdemokratie sollten für ihn auch großen Wert in der Exilzeit nach dem Ersten Weltkrieg haben.

Im Revolutionsjahr 1905 kehrte Kursky zurück ins Russländische Reich. Er ließ sich in Vilna nieder, von wo aus er seine Tätigkeit für den *Bund* fortsetzte. Nachdem sich die politische Situation wieder verschlechterte, wurde er im Auftrag der Partei abermals nach Westeuropa beordert. Ziel von Kurskys Aufenthalt war es, den *Bund* mit anderen europäischen Parteien zu vernetzen und als Parteivertreter gegenüber anderen sozialistischen Parteien die *Bund*-Positionen zu vertreten. Kursky war in dieser Zeit Mitglied im in Genf ansässigen Exekutivkomitee der *Bund*-Auslandsvertretung und übte ebenfalls die Aufgaben eines Parteiarchivars aus. Zeitweilig war er auch Parteidelegierter bei der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA).

1913/14 verbrachte Kursky einen zweiten längeren Aufenthalt in Berlin. Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges kehrte er zurück nach Genf, wo er in den darauffolgenden Jahren Teil der Exilgruppe zahlreicher russländischer RevolutionärInnen war. Kursky war im Frühjahr 1918 einer von wenigen aus dieser Gruppe, die es ablehnten in einem plombierten Zug durch das Deutsche Reich zu fahren und so in das revolutionäre Sowjetrussland zurückzukehren. Er und sein Parteifreund Vladimir Kosovski verblieben in der Schweiz, da sie die Unterstützung russländischer RevolutionärInnen durch das Deutsche Reich ausschlugen.³⁴⁰ Beide zogen 1919 in die Hauptstadt der neu gegründeten Weimarer Republik. Von dort aus erhofften sie sich, sich an den revolutionären Entwicklungen in Europa beteiligen zu können.

338 Vgl. Menes, *Der lebns-veg*, S. 8.

339 Vgl. Menes, *Der lebns-veg*, S. 10.

340 Vgl. Abramovitsh, *In tseyev revolutsies*, Band 2, S. 18 f.

Von Berlin aus setzte Kursky sein politisches Engagement für einen demokratischen Sozialismus im Gebiet des ehemaligen Russländischen Reiches fort. Er unterstützte BundistInnen beim Aufbau neuer Parteistrukturen in Ostmitteleuropa³⁴¹ und nahm an Veranstaltungen der *Bund-Gruppen* in Berlin teil.³⁴² 1919 wurde er ebenfalls zum stellvertretenden Gesandten der Demokratischen Republik Georgiens in Berlin ernannt.³⁴³ Diese Tätigkeit verdeutlicht einerseits, wie sehr Kursky innerhalb der sozialistischen Bewegung geschätzt wurde, und andererseits, dass hinter seinem politischen Einsatz für den *Bund* ein internationalistisches Selbstverständnis stand. Mit der Einnahme Georgiens durch die Bol'seviki zu Beginn der 1920er Jahre legte Kursky dieses Amt nieder. Während der Jahre der politischen und wirtschaftlichen Krise in der Weimarer Republik folgte für ihn nun eine Zeit ohne feste Anstellung, in der Kursky auch bereit war, Berlin zu verlassen und seinen Lebensmittelpunkt in eine andere Stadt zu verlegen.³⁴⁴

Mitte der 1920er Jahre rückte für Franz Kursky das *Bund*-Archiv wieder ins Zentrum seiner Beschäftigung. Die seit dem Ende des Weltkrieges in Genf gelagerten Archivmaterialien wurden nach Berlin verlegt und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Kursky übernahm die Leitung des *Bund*-Archivs, das bis 1933 im Berliner Vorwärts-Haus in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich war.³⁴⁵ Seine konkreten Aufgaben waren die Ordnung und Registrierung alter Archivunterlagen, die Beschaffung neuer Archivalien sowie der Kontrolle der BenutzerInnen.³⁴⁶ Einen Sammlungsschwerpunkt legte er auf Dokumente des jiddisch- und russischsprachigen Berliner Handlungsraums.

Das im Haus der SPD-Parteizentrale untergebrachte Archiv wurde von internationalen BesucherInnen frequentiert. BundistInnen, weitere SozialistInnen und KommunistInnen nutzten es zu Forschungszwecken. In einer Beschreibung über seinen Archiv-Aufenthalt im Sommer 1929 merkte der polnische Bundist Jakob Pat an, dass neben der Auswertung der Archivmaterialien auch die Gespräche mit Kursky von besonderer Wichtigkeit waren, denn Kursky „kannte und

341 Vgl. Menes, *Der lebns-veg*, S. 23.

342 Vgl. Julski, H.: *Di berliner bundistn feiern dos iubel fun bund*. In: NF, Vol. 7 (1932), Nr. 351 (11.12.1932). S. 4.

343 Vgl. Menes, *Der lebns-veg*, S. 23 f.

344 Vgl. Brief von Paul Olberg an Hjalmar Branting vom 06.07.1924. In: BArch, NY/4023/9.

345 Vgl. Tartakower, Arie: *Bund*. In: Herlitz, Georg/Kurschner, Bruno (Hrsg.): *Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden*. Berlin 1927, Band 1. Sp. 1234 f. Hier Sp. 1234.

346 Vgl. Web, *Between New York and Moscow*, S. 248.

wusste mehr als alle Archiv-Materialien zusammen³⁴⁷. Allein aufgrund der räumlichen Nähe des Archivs zur SPD und zum Archiv der SDAPR, das sich ebenfalls in der SPD-Parteizentrale befand, stand Kursky im Arbeitsalltag in direktem Kontakt zu deutsch- und russischsprachigen SozialistInnen.³⁴⁸ Dank seiner Sprachkenntnisse war es ihm möglich, mühelos je nach Gesprächssituation auf Jiddisch, Deutsch oder Russisch zu kommunizieren. Kontakte pflegte er besonders zu MitarbeiterInnen der SPD und zu georgischen, russischen sowie osteuropäisch-jüdischen ExilantInnen.³⁴⁹ Ein besonders enges und freundschaftliches Verhältnis unterhielt er mit Eduard Bernstein, den er während seines ersten Aufenthaltes in Berlin 1901 kennengelernt hatte.³⁵⁰

Während seiner 14-jährigen Berliner Exilzeit nach dem Ersten Weltkrieg agierte Kursky auch über die Berliner Stadtgrenzen hinaus, weswegen ihn zeitgenössische sozialistische PolitikerInnen als inoffiziellen Botschafter der osteuropäisch-jüdischen ArbeiterInnenbewegung wahrnahmen. Fortwährend pflegte er Kontakt zum Warschauer Zentralkomitee des polnischen *Bund* sowie zu anderen bundistischen Organisationen in der Zweiten Polnischen Republik. Er wurde von osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen im Berliner Exil, von BundistInnen aus Ostmitteleuropa und von VertreterInnen anderer sozialistischer Parteien gleichermaßen geschätzt und konsultiert.

Neben seiner Tätigkeit als Politiker und Archivar war Kursky in den 1920er Jahren auch publizistisch tätig. Er veröffentlichte Artikel in der jiddischsprachigen Monatszeitschrift *Di tsukunft* und schrieb außerdem unter verschiedenen Pseudonymen Gedichte in deutscher und jiddischer Sprache, von denen einige publiziert wurden.³⁵¹ Im Oktober 1924 druckte *Di tsukunft* unter dem Titel „Gedicht“ eine von Kursky verfasste Erinnerung an einen verstorbenen Freund ab. Die Sprache der 22 Strophen entspricht dem revolutionären Duktus der Zeit. In einer Zeile heißt es, dass der Name des Verstorbenen „durch Generationen [...] unvergessen bleiben“³⁵² wird. An anderer Stelle formuliert Kursky: „[...] In unserem

347 Pat, Jakob.: Franz Kursky un der archiv fun „bund“. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 5 f. Hier S. 6.

348 Vgl. Pat, Jakob.: Franz Kursky un der archiv fun „bund“. In: Der veker, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 5 f.; Nadel, B.: Der chaver Friz Hayne. In: Unser tsayt, Vol. 45 (1985), Nr. 1. S. 28–30; Kursky, Frants: Eduard bernshtayn. A pruv fun a kharakteristik. In: Kursky, Franz: Gezamlte Shriftn. Herausgegeben vom Frants Kursky-bukh-komitet. New York 1952. S. 282–322.

349 Für seine Kontakte zu ExilantInnen vgl. Aronson, Isay Ayzenshtat, S. 152; Saß, Berliner Luftmenschen, S. 166 f.

350 Vgl. Jacobs, On Socialists and „the Jewish Question“, S. 50–71.

351 Vgl. Menes, Der lebns-veg, S. 28–32. Auch Grigorij Aronson veröffentlichte in Berlin einen lyrischen Gedichtband: Aronson, Grigorij: Mir' izdalena. Stichi. Berlin 1923.

352 Kursky, Frants: Gedicht. In: Di tsukunft, Vol. 12 (1924), Nr. 10.

Herzen ist er nicht tot! / Im Wind unserer alten Fahnen / schlägt noch sein Herzblut heiß und rot. [...].³⁵³ Dem Gedicht kann weder entnommen werden, wem es gewidmet war, noch, wann es verfasst wurde. Unabhängig davon erscheint aber bemerkenswert, dass Kursky auch bei seiner lyrischen Beschäftigung nach einem Umgang mit den Themenkomplexen Revolution und Sozialismus suchte. Dies verweist auf seinen Anspruch, eine neue, ganzheitlich gedachte sozialistische Ästhetik zu schaffen, die sich auch in kulturellen Publikationen abbilden und den zeitgenössischen sozialistischen Menschen prägen sollte – ein Anspruch, den Kursky mit vielen RevolutionärInnen seiner Generation teilte.³⁵⁴

Mit zahlreichen anderen osteuropäischen ExilantInnen verließ Kursky 1933 Berlin Richtung Paris. Das *Bund*-Archiv konnte wenige Wochen später durch die Hilfe von Boris Nikolaevskij und Léon Blum teilweise in die französische Hauptstadt überführt und somit gerettet werden. Ende der 1930er Jahre wurden die verbliebenen Archivalien nach New York verschifft, wohin auch Kursky emigrierte und wo er 1950 verstarb.³⁵⁵

Kurskys Lebensweg ist durch seine Funktion als *Bund*-Archivar ein herausragender und einzigartiger innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenbewegung. Dennoch lässt seine Biografie Rückschlüsse auf Selbstverständnisse von ZeitgenossInnen zu, die eine ähnliche politische Prägung durchliefen. In einem ihm gewidmeten Nachruf wird er als Teil einer Generation von BundistInnen beschrieben, die für ihre politischen Ziele lebten und hierbei *yiddishkayt* und Sozialismus mit einem internationalistischen Anspruch zusammendachten.³⁵⁶

Kursky war ein Bundist der Gründergeneration, der sein politisches Handwerk in der Illegalität im Russländischen Reich erlernte. Während seiner Zeit in der Weimarer Republik war er niemand, der ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit drängte. Sein Fokus lag vielmehr auf der Pflege von persönlichen Kontakten zu zahlreichen Funktionären der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Hierfür konnte er innerhalb der drei Handlungsräume auf ein großes internationales Netzwerk zurückgreifen, das er seit Beginn des 20. Jahrhundert aufgebaut und gepflegt hatte.

Seinen festen Glauben an und das Arbeiten für die Umsetzung des demokratischen Sozialismus auf der einen und die Sammlung und Archivierung von zahlreichen historischen Dokumenten der osteuropäischen ArbeiterInnenbewegung auf der anderen Seite verstand Kursky als zwei miteinander verschränkte politische Handlungsformen. Durch sie verband er in seiner Berliner Zeit die Er-

353 Kursky, Frants: Gedicht. In: *Di tsukunft*, Vol. 12 (1924), Nr. 10.

354 Vgl. Levin-Shazkes, I.: *A dor vos iz avek*. In: *Der veker*, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 3–5. Hier S. 4.

355 Bzgl. der Rettung der Archivalien aus Berlin vgl. den Ausblick in dieser Arbeit.

356 Vgl. Levin-Shazkes, I.: *A dor vos iz avek*. In: *Der veker*, Vol. 29 (1950), Nr. 1. S. 3–5. Hier S. 4.

innerung an die *Bund*-Partei vor dem Ersten Weltkrieg mit den Entwicklungen in der Zwischenkriegszeit. Kursky selbst verkörperte dabei als Person eine Kontinuität im Zuge großer politischer und sozialer Umbrüche.

3.2.7 Der marxistische Jiddischist – Jakob Leshtsinsky

Der von links-zionistischen und marxistischen Theorien geprägte Journalist und Wissenschaftler Jakob Leshtsinsky lebte zwischen 1921 und 1933 in Berlin. Er wurde 1876 im *shtetl* Gorodišče³⁵⁷ in der Provinz Kiew geboren, wo er durch sein Elternhaus eine religiöse Erziehung und Bildung erhielt und die hebräische Sprache erlernte. Mit 20 Jahren besuchte er in Odessa eine staatliche Schule, in der er eine säkulare Bildung erfuhr.³⁵⁸

1903 ging Leshtsinsky für Studienzwecke in die Schweiz. Dort schloss er sich auf dem 6. Zionistischen Kongress in Basel der territorialistischen Bewegung an, die für einen jüdischen Staat außerhalb des Mandatsgebietes Palästina eintrat. Anschließend engagierte er sich nach seiner Rückkehr ins Russländische Reich in der *Jüdischen Sozialistischen Arbeiterpartei*, in deren Zentralkomitee er Ende 1904 gewählt wurde. Bis 1910 wurde Leshtsinsky aufgrund seiner politischen Tätigkeit mehrere Male verhaftet. Während eines erneuten Aufenthalts in Westeuropa zwischen 1910 und 1914 arbeitete er an einer marxistischen Analyse des jüdischen Proletariats im Russländischen Reich. Mit der Arbeit wurde er zu einem der bedeutendsten Theoretiker des jüdischen Territorialismus, weswegen der Historiker Gennady Estraiikh Leshtsinsky zusammen mit Ber Borochov als „pioneering Marxist theoreticians of Jewish nation-buildings“³⁵⁹ beschreibt. Karl-Konrad Tschäpe und Karl Schlögel betonen, dass sich die politische Einstellung Leshtsinskys im Laufe seines Lebens verändert habe. Theoretische Grundlagen blieben für ihn jedoch „die Schriften von Karl Marx und die Überzeugung, dass sich die Judenheit an der Entwicklung neuer (sozialistischer) Gesellschaftsmodelle aktiv beteiligen sollte“³⁶⁰.

Nach dem Ersten Weltkrieg engagierte sich Leshtsinsky unter den veränderten politischen Voraussetzungen erneut parteipolitisch. In der kurzlebigen Ukraine versucht er, mit der *United Jewish Labour Party* ein national-kulturelles Autono-

357 Der heutige Stadtname ist Horodyšče.

358 Für Leshtsinsky vgl. auch die biografische Skizze über Jakob Leshtsinsky in: Schlögel, Karl/Tschäpe Karl-Konrad: Die Russische Revolution und das Schicksal der russischen Juden. Berlin 2014. S. 678 – 683.

359 Estraiikh, Jacob Lestschinsky, S. 215.

360 Schlögel/Tschäpe, Die Russische Revolution, S. 679.

miekonzept für die im Land lebende jüdische Bevölkerung durchzusetzen. Das Vorhaben scheiterte jedoch an den Wirren des Bürgerkrieges, Leshtsinsky floh mit einem litauischen Pass nach Westeuropa und hielt sich von da an von parteipolitischen Tätigkeiten fern.³⁶¹ Estraikh charakterisiert ihn deshalb für die Exilzeit mit Beginn der 1920er Jahre als „unaffiliated Jewish Marxist“³⁶².

In Berlin fand Leshtsinsky sehr schnell eine bezahlte Beschäftigung. Seit Ende 1921 leitete er das Berliner Auslandsbüro der New Yorker Tageszeitung *Forverts*. In dieser Funktion war er für die tagesaktuelle Berichterstattung aus Deutschland und weiteren europäischen Ländern verantwortlich,³⁶³ was ihn auch mit PolitikerInnen und anderen Personen des öffentlichen Lebens der Weimarer Republik in Verbindung brachte. Durch die Stelle erwirtschaftete er im Vergleich zu anderen ExilantInnen ein überdurchschnittliches und, was ebenfalls wichtig erscheint, ein kontinuierliches Einkommen.³⁶⁴

Leshtsinsky war Mitglied des *Vereins der ausländischen Journalisten in Berlin*, über den er sich mit anderen in Berlin lebenden JournalistInnen vernetzen konnte. Die Mitgliedschaft im Verein half ihm in seiner alltäglichen Arbeit, da er hierdurch über eine Zutrittserlaubnis zur Pressetribüne des Reichstagsgebäudes verfügte,³⁶⁵ an politischen Hintergrundgesprächen teilnehmen konnte und ihm bei wichtigen politischen Anlässen wie Reichstags- oder Präsidentschaftswahlen für die journalistische Tätigkeit Büroräume und Kommunikationsmittel wie Telefone zur Verfügung gestellt wurden.

Als Leiter des Auslandsbüros einer auflagenstarken US-amerikanischen Tageszeitung stand Leshtsinsky unter besonderer Beobachtung der deutschen Sicherheitsbehörden. 1923, während des Pogroms im sogenannten Scheunenviertel, sollte er diese Überwachung zu spüren bekommen. Aufgrund der von ihm an seine Redaktion in New York versandten Beschreibungen der Vorkommnisse in Berlin wurde er wegen „Rufschädigung des deutschen Staates im Ausland“³⁶⁶ verhaftet und verbrachte sechs Tage im Gefängnis. Seine Freilassung verdankte er einer breiten Unterstützungskampagne aus dem In- und Ausland. In einem im *Forverts* abgedruckten Telegramm bedankte sich Leshtsinsky nach seiner Frei-

361 Vgl. Angaben zur Staatsbürgerschaft in der Korrespondenz von Leshtsinsky mit dem Auswärtigen Amt vom 10.03.1922. Eingesehen in: PA AA, Bestand R 121676.

362 Estraikh, Jacob Lestschinsky, S. 222.

363 Vgl. Estraikh, Jacob Lestschinsky, S. 222.

364 Vgl. Korrespondenz von Leshtsinsky mit dem Auswärtigen Amt vom 10.03.1922. Eingesehen in: PA AA, Bestand R 121676.

365 Vgl. Namensliste. Eingesehen in: PA AA, Bestand R 121606.

366 N. N.: Leshtshinsky befrayt un vieder arestirt far'n pogrom berikht. In: *Forverts*. Tsvayter oysgabe, Vol. 26 (1923), Nr. 9,504 (12.11.1923). S. 1.

lassung für die ihm zuteil gewordene Unterstützung. Insbesondere hob er dabei die eigene Zeitungsredaktion, den *Verein der ausländischen Journalisten in Berlin* sowie PolitikerInnen der deutschen Sozialdemokratie hervor.³⁶⁷ Die Redaktion des New Yorker *Forverts* hatte scharf gegen die Verhaftung von Leshtsinsky protestiert und berichtete mehrfach über die Geschehnisse auf ihrer Titelseite. Ferner baute sie Kontakte zu Berliner SozialdemokratInnen auf, die sich vor Ort für die Freilassung ihres Korrespondenten einsetzten. Nicht geklärt werden konnte, welche deutschen PolitikerInnen sich besonders für Leshtsinskys Freilassung stark machten. Sicher ist aber, dass die *Forverts*-Redaktion unabhängig von der Verhaftung Leshtsinskys und bereits zuvor in Kontakt mit Eduard Bernstein und Karl Kautsky stand.³⁶⁸

Dass es sich bei der Verhaftung Leshtsinskys um ein Politikum handelte, verdeutlicht ebenfalls das Verhalten der SPD-Führung. Diese sprach sich über die Parteizeitung *Vorwärts* für eine Freilassung aus. Die Argumentation der Partei folgte dabei einem realpolitischen Spagat zwischen staatlicher Verantwortung und einer internationalen solidarischen Grundeinstellung gegenüber einem Sozialisten. Sie sah besonders die Verhaftung eines Journalisten als einen rufschädigenden Akt für die Weimarer Republik an, positionierte sich aber inhaltlich mit äußerster Vorsicht: „Keine noch so übertriebene Meldung über judenfeindliche Ausschreitungen in Berlin kann das Ansehen Deutschlands so schaden, wie die Einschränkung der Berichterstattung durch so gewaltsame Maßnahmen.“³⁶⁹

Mit der wissenschaftlichen Forschung hatte Leshtsinsky neben der Funktion als *Forverts*-Auslandskorrespondent ein zweites berufliches Standbein. Als Wissenschaftler agierte Leshtsinsky fast ausschließlich im jiddischsprachigen Handlungsraum. Sowohl in Zeitschriften als auch in Monografien befasste er sich mit den Themenbereichen jüdische Migration und Veränderungen in den jüdischen Lebenswelten in Ost- und Ostmitteleuropa.³⁷⁰ Über die politischen, öko-

367 Vgl. Leshtshinsky, Jakob: Berliner ‚Forverts‘ Korespondent, Jakob Leshtshinsky vert befrayt. In: *Forverts*, Vol. 26 (1923), Nr. 9.508 (16.11.1923). S. 1.

368 Die beiden SPD-Politiker wurden bereits 1922 gegenüber dem Auswärtigen Amt der Weimarer Republik als „ständige Mitarbeiter“ des *Forverts* aufgeführt. Vgl. Korrespondenz vom 10.03.1922 mit dem Auswärtigen Amt. Eingesehen in: PA AA, Bestand R 121676.

369 N. N.: Verhaftung eines Journalisten. In: *Vorwärts*. Morgen-Ausgabe, Vol. 40 (1923), Nr. 265 (13.11.1923). S. 3.

370 Vgl. bspw. Publikationen in der *Naye folksaytung* und *Di tsukunft*: Leshtsinsky, Jakob: Vifl senen do proletarier bay yidn. In: NF, Vol. 4 (1929) vom 18.06.1929. S. 4; Leshtsinsky, Jakob: Dray fertl jidische bafelkerung in poyln lebt in dakhkes un noyt. In: NF, Vol. 5 (1930) vom 16. und 17.05.1930. S. 4 bzw. S. 5; Leshtsinsky, Jakob: Yidisher klayn-handl. In: NF, Vol. 5 (1930) vom 21.11.1930. S. 5; Leshtsinsky, Jakob: Der veg fun der jidisher burzhuazie. In: NF, Vol. 7 (1932) vom 23.01.1932. S. 3; Leshtsinsky, Jakob: Yidische vanderungen. In: *Di tsukunft*, Vol. 12 (1927), Nr. 10. Während der

nomischen und sozialen Veränderungen in den jüdischen Lebenswelten im östlichen Europa hielt Leshtsinsky in Berlin mehrere Vorträge.³⁷¹ Zusammen mit Boris Brutzkus und Jakob Segall war er ebenfalls Herausgeber des Anfang der 1920er Jahre erscheinenden Periodikums *Bleter far yidisher demografye, statistik, un ekonomik*. Eines der wenigen deutschsprachigen Periodika, in denen Leshtsinsky publizierte, war die *Zeitschrift für Demographie, Statistik und Wissenschaft*.³⁷²

Bezüglich der Frage, inwieweit Leshtsinsky sich als Wissenschaftler oder als Journalist verstand, weist Estraiikh darauf hin, dass jiddischsprachige Wissenschaftler oftmals gezwungen waren, ihr finanzielles Auskommen durch journalistische Tätigkeiten abzusichern.

In Lestschinsky's legacy it is hard to find a clear demarcation line between scholarship and journalism: Lestschinsky-the-journalist often presented in a more popular form the studies of Lestschinsky-the-scholar. [...] Since Yiddish scholarship had no place in Western academia, journalism often gave them a chance to earn a living, and have a forum for their ideas and the results of their research.³⁷³

Leshtsinsky erschuf 1925 gemeinsam mit Nohum Shtif, Elias Tsherikover, Zalman Rejzen und Max Weinreich das *Yidisher Visnshaftleker Institut* (YIVO). Das Institut, dessen Aufgabe darin bestand, osteuropäisch-jüdische Kultur und Wissenschaft zu erforschen, wurde in Berlin gegründet, hatte seinen Hauptsitz jedoch in Vilna. Eine Dependance verblieb in Berlin, von wo aus Leshtsinsky die statistische Abteilung des Instituts leitete.³⁷⁴ Sechs Jahre später beteiligte er sich an einem weiteren großen wissenschaftlichen Projekt: Zusammen mit anderen in Berlin lebenden jiddischsprachigen ExilantInnen gründete er die *Gesellschaft Dubnow-Fonds für die jiddische Encyclopedia*. Rafail Abramovič und Leshtsinsky

Berliner Exilzeit von Leshtsinsky publizierte Bücher: Leshtsinsky, Jakob: *Dos yidische ekonomishe lebn in der yidische literatur*. Warschau 1921; Leshtsinsky, Jakob: *Dos idische folk in tsifern*. Berlin 1922 (das Vorwort dieses Buches wurde in Kiew verfasst, sodass davon auszugehen ist, dass das Buch bereits vorher geschrieben, aber erst in Berlin veröffentlicht wurde); Leshtsinsky, Jakob: *Di onhoybn fun der emigratsie un kolonizatsye bay yidn in 19-tn yorhundert*. Berlin 1929; Leshtsinsky, Jakob: *Die ekonomishe lage fun yidn in poyln*. Berlin 1931; Leshtsinsky, Jakob: *Tsvishn leben un toyt. Tsen ior yidish leben in soviet-rusland*. Band I. Vilna 1930.

371 Vgl. die Einträge Nr. 4.411, 4.424, 4.786, 4.989, 5.194 und 5.620 in: Schlögel/Kucher/Suchy/Thum, *Chronik russischen Lebens in Deutschland*, Kapitel: *Chronik*; ebenfalls: Schlögel/Tschäpe, *Die Russische Revolution*, S. 681.

372 Vgl. Schlögel/Tschäpe, *Die Russische Revolution*, S. 680.

373 Estraiikh, *Jacob Lestschinsky*, S. 234.

374 Vgl. Estraiikh, *Jacob Lestschinsky*, S. 225–230. Für die Gründung des YIVO vgl. ebenfalls Fishman, *The Rise of Modern Yiddish Culture*, S. 126–137.

bildeten in der Gesellschaft den „Ausschuss für Redaktionsangelegenheiten“, der die 10-bändige Enzyklopädie binnen fünf Jahren fertigstellen sollte. Mit welcher Selbstverständlichkeit das jiddischsprachige Wissenschaftsprojekt auch von SozialistInnen vorangetrieben wurde, verdeutlicht ein Brief des Redaktionsausschusses an Karl Kautsky:

Es erübrigt sich wohl, Ihnen gegenüber die Notwendigkeit eines solchen Werkes besonders hervorzuheben, das einerseits einer recht breiten Schicht der jiddisch sprechenden Massen die wichtigsten Kenntnisse aus allen Gebieten des allgemeinen Wissens vermitteln, andererseits die Ergebnisse der neuesten Forschung auf dem Gebiete der jüdischen Geschichte, Literatur und Kultur festhalten soll.³⁷⁵

Leschtsinsky war in Berlin nicht parteipolitisch organisiert, es lassen sich aber direkte Kontakte zu Exilparteien nachweisen. So nahm er an Sitzungen des russischsprachigen sozialdemokratischen Debattierklubs teil. Ebenso war er Vorsitzender des *Bund*-nahen Schulkomitees in Berlin, in dem sich neben ihm auch Rafail Abramovič, Ben-Adir, Nahum Gergel, Vladimir Kosovski, Franz Kursky, Aron Syngalovski und Elias Tsherikover engagierten.³⁷⁶ Sein Engagement im Schulkomitee scheint von ihm jedoch weniger als eine parteipolitische Betätigung, sondern vielmehr als eine Unterstützung der polnischen Judenheiten verstanden worden zu sein.

Weniger als zwei Wochen nach der Machtübergabe an die NationalsozialistInnen wurde Leschtsinsky als einer der ersten ausländischen JournalistInnen verhaftet. Ähnlich wie 1923 wurde er aufgrund von internationalem Druck wieder freigelassen. Dieses Mal musste er das Deutsche Reich jedoch binnen zwei Wochen verlassen. Leschtsinsky zog gemeinsam mit seiner Familie nach Warschau, wo sein Bruder Joseph lebte und von wo aus er weiterhin als Korrespondent des *Forverts* tätig war. Auch in der Zweiten Polnischen Republik blieb er ein für die Regierung unbequemer Journalist. Unter anderem recherchierte er zu den im Land stattfindenden Pogromen. 1937 wurde ihm nach einer privaten Urlaubsreise die Wiedereinreise ins Land verwehrt. Über Umwege gelangte er nun in die USA, wo er für das YIVO arbeitete und

375 Brief der Gesellschaft, unterschrieben von Rafail Abramovič und Jakob Lestschinsky an Karl Kautsky vom 12.05.1931. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. D I 7–40.

376 Für die Teilnahme am russischsprachigen Debattierklub vgl. seine Unterschrift unter dem Geburtstagsbrief an Karl Kautsky vom 16.10.1929. Eingesehen in: IISH, Karl Kautsky Papers, Nr. D XVI 423. Für das Schulkomitee: N. N.: Der shul-komitet fun berlin kegn di „haynt-hetser“. In: NF, Vol. 4 (1929), Nr. 240 (13.10.1929). S. 5.

sich frühzeitig der Forschung über den Holocaust widmete. 1959 migrierte Leshtsinsky nach Israel, wo er 1966 verstarb.³⁷⁷

Bis zur Berliner Exilzeit agierte Leshtsinsky in einem Dreieck zwischen parteipolitischem, sozialistischem Engagement, jiddischsprachigem Journalismus und wissenschaftlicher Forschung. Im Unterschied zu vielen anderen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen sollte er sich in den 1920er Jahren auf den journalistischen und wissenschaftlichen Bereich konzentrieren und sich keiner Exilpartei anschließen. Er unterschied sich damit von seinem 1920 nach Warschau migrierten Bruder Joseph, der dort Wortführer des linken Flügels des polnischen *Bund* wurde.³⁷⁸ Die Brüder unterhielten im Laufe der 1920er Jahre Kontakt zueinander, entfernten sich jedoch in ihren politischen Ansichten immer stärker voneinander.³⁷⁹

Jakob Leshtsinsky genoss als Leiter des Auslandsbüros des *Forverts* und als jiddischsprachiger Soziologe und Statistiker besonders im jiddischsprachigen Handlungsraum eine hohe Reputation, die bis in die USA und in die Zweite Polnische Republik reichte. Während seiner Zeit in der Weimarer Republik und auch danach agierte er als freier Journalist und Wissenschaftler, der vorwiegend in US-amerikanischen Zeitungen publizierte. Diese Stellung bescherte ihm im Europa der 1920er/30er Jahre mehrfach Probleme und er sah sich staatlichen Repressionen ausgesetzt.

Inhaltlich befasste sich Leshtsinsky in den 1920er/30er Jahren mit den politischen Entwicklungen in der Weimarer Republik sowie Veränderungen innerhalb der ost- und ostmitteleuropäischen Judenheiten. In der ersten Hälfte der 1940er Jahre war Leshtsinsky einer der jiddischsprachigen Forscher in den USA, die sich frühzeitig mit der nationalsozialistischen Vernichtung von Jüdinnen und Juden auseinandersetzten.³⁸⁰

377 Für die Zeit nach 1933 vgl. Schlögel/Tschäpe, *Die Russische Revolution*, S. 682f. Leshtsinsky war einer der ersten Wissenschaftler, der die Zahl von sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden noch während des Holocausts hochrechnete und publizierte. Auf seine diesbezüglichen Berechnungen wurden in einem am 08.01.1945 in der *New York Times* erschienenen Artikel verwiesen. Vgl. hierfür Estraikh, *Jacob Lestschinsky*, S. 232.

378 Dubnova-Erlich, Sofija: *Joseph Leshtshinsky – zayn lebn un shafn*. In: *Farlag Unser Tsait* (Hrsg.): *Khmurner-bukh*. New York 1958. S. 45–177. Hier S. 49. Auffällig ist, dass Jakob Leshtsinsky in den 1920er Jahren für seinen Nachnamen im Vergleich zu seinem Bruder Joseph eine leicht veränderte Schreibweise vornahm. Ob dies möglicherweise der Abgrenzung voneinander diene, konnte nicht geklärt werden.

379 Dubnova-Erlich, *Joseph Leshtshinsky*, S. 149f.

380 Vgl. Estraikh, *Jacob Lestschinsky*, S. 230–234.

3.2.8 Der sozialistische Netzwerker – Alexander Stein

Alexander Stein war einer der bedeutendsten Mittler zwischen den drei Berliner Handlungsräumen. 1881 geboren verbrachte der gebürtige Aleksandr Nikolaevič Rubinštein seine Kindheit in Volmar³⁸¹, einer multiethnischen Kleinstadt im Norden des jüdischen Ansiedlungsrayons. In seinen autobiografischen Erinnerungen betont Stein die während seiner Kindheit bestehenden familiären Kontakte zwischen christlichen und jüdischen Familien. Die Beschreibung verweist darauf, dass er diesen multiethnischen Raum als Besonderheit wahrnahm, der ihn nachhaltig prägte.³⁸² Stein studierte in Riga, wo er sich um die Jahrhundertwende einer jüdisch-marxistischen Studierendengruppe anschloss, der ebenfalls die späteren Exilanten Rafail Abramovič und Sergey Braun angehörten. Im Unterschied zu Abramovič und Braun entschied sich Stein für ein vornehmliches Engagement innerhalb der SDAPR und nicht im *Bund*. Stein erhoffte sich von der SDAPR den Aufbau einer übergreifenden revolutionären Massenpartei im Russländischen Reich, in der ethnische und nationale Zugehörigkeiten keine Bedeutung haben würden.

Nach einer längeren Gefängnisstrafe im Jahre 1903 und der gescheiterten Revolution von 1905 entschied sich Stein für die Migration nach Westeuropa, namentlich nach Berlin. Die Beschreibung seines illegalen Grenzübertritts vom Russländischen Reich ins Deutsche Kaiserreich zeigt, wie selbstverständlich Stein in dieser Zeit mit seiner Mehrfachzugehörigkeit als Osteuropäer, Jude und Sozialist umging und diese je nach Situation für sich zu nutzen wusste:

Nach einigem Herumsuchen in den spärlich beleuchteten schmutzigen Straßen mit ihren aermlichen niedrigen Holzhausern, fand ich unseren Vertrauensmann, einen juedischen Schneider, der mich mit offenen Armen empfangt, als ich ihm unser Kennwort zufluessterte. Sofort begab er sich in die weit befindliche Kaserne der Grenzwaechter, um mit einem befreundeten Feldwebel meinen Grenzüebertritt zu besprechen. Nach einer halben Stunde kehrte er zurueck. „Die Sache geht in Ordnung. Sie treffen um 7 Uhr hier in der Naehue einen Grenzsoldaten, der sie ueber die Grenze bringen wird. [...] Er wird Sie fragen, ob Sie Geld oder eine Uhr haben. Sagen Sie zu allem Nein. Und sagen Sie um Gotteswillen nicht, dass Sie ein „Politischer“ sind.“³⁸³

381 Der heutige Stadtname ist Valmiera.

382 Vgl. Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 2.

383 Stein, *Erinnerungen eines Staatenlosen*, S. 61f. Eine vergleichbare Erfahrung bzgl. eines Grenzübertritts machte auch Pavel Aksel'rod: „[Aksel'rod] reached the town of Jassa, but found no one ready to help him. At last he secured the address of a frontier Jew who agreed to get him into Russia, but not if Axelrod insisted on taking along his five hundred appeals to the peasants. And so he left them in Jassa, intending to arrange for their subsequent shipment. He then dressed up as an ‚Old Testament Galician Jew‘ and with ticket in hand crossed the border without incident.“

Stein gelangte über Königsberg nach Berlin, wo er in den darauffolgenden Jahren als Journalist und Osteuropa-Experte an verschiedenen sozialistischen Zeitungen mitwirkte. Er arbeitete dabei mit bekannten Persönlichkeiten des deutschsprachigen Sozialismus wie Karl Kautsky und Eduard Bernstein eng zusammen. Noch vor dem Ersten Weltkrieg wurde Stein SPD-Mitglied. Während des Krieges wurde der russländische Staatsbürger Stein im Deutschen Kaiserreich zu einem Redakteur der von Rudolf Breitscheid herausgegebenen Zeitung *Sozialistische Auslandspolitik*. Wie viele seiner MitstreiterInnen trat Stein in dieser Zeit der USPD bei.

Nach der Novemberrevolution führte Stein seine journalistische Tätigkeit in deutschsprachigen sozialistischen Zeitschriften fort. Er schrieb für die Zeitschrift *Der Sozialist* und war als einer von acht festen Redakteuren bei der USPD-Zeitung *Die Freiheit* angestellt, in der unter dem Kürzel „A.S.“ im Jahr 1919 Artikel über Gastspiele russländischer Theatergruppen in Berlin und Einschätzungen über die KI publiziert wurden.³⁸⁴ Für die Redaktion waren Steins bestehende Kontakte zu russländischen SozialistInnen hilfreich. Beispielsweise tauschte er sich in Briefen mit Julij Martov über die politischen Entwicklungen nach den Revolutionen aus. Auf diesen Briefkontakt und die aktive Mitarbeit Steins im Redaktionsteam ist sicherlich das im *Sozialist* frühzeitig publizierte Grußwort Julij Martovs an die

The frontier guards did not even have to be bribed. It did not occur to them that revolutionaries would don the garb of a pious Jew.“ Ascher, Pavel Axelrod, S. 30.

384 Vgl. A. S.: Russische Gastspiele im „Deutschen Theater“. Herbstliche Geigen von I. Gurgutschow. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 394 (18.08.1919). S. 3; A. S.: Russische Gastspiele. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 433 (08.09.1919). S. 2f.; A. S.: „Nju“. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 469 (27.09.1919). S. 3; N. N.: Das Problem der Internationale. 3. Die Moskauer Internationale. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 489 (08.10.1919). S. 1f.; N. N.: Das Problem der Internationale. 4. Weist uns Moskau den richtigen Weg. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 498 (15.10.1919). S. 1f.; N. N.: Das Problem der Internationale. 5. Was ist zu tun? In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Morgen-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 505 (19.10.1919). S. 1f.; N. N.: „Blauer Sarafan“. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 2 (1919), Nr. 517 (25.10.1919). S. 2f. Die Artikel über die Internationale wurden ohne Autorenangabe abgedruckt. Darauf, dass sie von Stein verfasst wurden, deutet eine kurz darauf erscheinende Publikation hin (vgl. Stein, Alexander: *Das Problem der Internationale. Mit Anhang: Resolutionen und Richtlinien der zweiten und dritten Internationale*. Berlin 1919), die in der Morgenausgabe vom 04.11.1919 beworben wurde. Es gibt darüber hinaus weitere Artikel, die thematisch Stein zuzuordnen sind, jedoch wie die allermeisten Artikel in der Zeitung ohne Kürzel/Namen abgedruckt wurden.

revolutionäre Bewegung in Deutschland zurückzuführen.³⁸⁵ In den darauffolgenden Monaten folgten weitere Artikel von gerade in Berlin angekommenen russländischen Exilanten in USPD-nahen Publikationsorganen.³⁸⁶

Durch die schriftliche Kommunikation mit ehemaligen ParteifreundInnen blieb Stein über die Geschehnisse in Sowjetrußland informiert, so auch über den Verlauf des Besuchs von vier USPD-Abgeordneten in Moskau im August 1920.³⁸⁷ Aus diesem Treffen entwickelte sich die Idee der Einladung von Julij Martov und Rafail Abramovič zum USPD-Parteitag in Halle, an der auch Stein mitwirkte. Martov und Abramovič wurden als sozialistische Antagonisten zum Bol'shevik Grigorij Zinov'jev eingeladen, um über Einschränkungen der sozialistischen Parteiarbeit und die Verfolgung ihrer Mitglieder in Sowjetrußland zu berichten. Abramovič sollte nicht pünktlich zur Veranstaltung eintreffen. Martov jedoch schon, ihm war es aber krankheitsbedingt nicht möglich, seine Rede selbst vorzutragen, weswegen die Rede „vom Genossen Stein aus dem russischen Manuskript“³⁸⁸ heraus den Delegierten verlesen wurde. In der Rede, deren inhaltliche Argumentation auch von Stein geteilt wurde, rief Martov die Delegierten dazu auf, gegen den Antrag zum Beitritt zu der aus Moskau gelenkten KI zu stimmen und stattdessen einen Weg zwischen der Zweiten und Kommunistischen Internationale zu bestreiten. Die Rede beinhaltete auch eine scharfe Kritik an der revolutionären Entwicklung in Sowjetrußland seit der Oktoberrevolution: „Die russische Revolution ist krank, sie muß gesunden unter dem Einfluß des internationalen sozialistischen Proletariats, dann wird auch das russische Proletariat einen Ausweg aus jener Sackgasse finden, in die es jetzt geraten ist.“³⁸⁹

385 Vgl. Martov, L.: Ein Brief an die deutschen Genossen. In: *Der Sozialist*, Vol. 1 (1918), Nr. 52 (28.12.1918). S. 10–12. Abgedruckt in englischer Übersetzung in: Ascher, Abraham (Hrsg.): *Documents of Revolution. The Mensheviks in the Russian Revolution*. London 1976. S. 117 f.

386 Vgl. Martow, Julius: Antwort an Sinowjew. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 3, Nr. 483 (15.11.1920) und Nr. 485 (16.11.1920). S. 1 f.; N. N.: Wie sieht es in Rußland aus? In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abend-Ausgabe, Vol. 3 (1920), Nr. 495 (23.11.1920). S. 1 f.; Martow, L.: Konzessions-Kommunismus. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Morgen-Ausgabe, Vol. 3, Nr. 542 (21.12.1920) und Nr. 544 (22.12.1920). S. 1 f.; Abramowitsch, R.: Die Wahrheitskünder. Wie das deutsche Proletariat unterrichtet wird. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Morgen-Ausgabe, Vol. 3 (1920), Nr. 544 (22.12.1920). S. 3; Martow, L.: Der Wahnsinn des Terrorismus. In: *Die Freiheit*. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Morgen-Ausgabe, Vol. 3 (1920), Nr. 550 (25.12.1920). S. 5.

387 Vgl. Brief von Julij Martov an Alexander Stein vom 05.08.1920. Abgedruckt in: Fel'stinsky, Yuri (Hrsg.): *Yu. O. Martov. Pis'ma. 1916–1922*. Benson/Vermont 1990. S. 62–64.

388 Martov, *Das Problem der Internationale*, S. 5.

389 Martov, *Das Problem der Internationale*, S. 11.

Trotz des Votums der Mehrheit der Delegierten gegen den von Martov und Stein vorgeschlagenen Weg versuchten beide auch nach dem Hallenser Parteitag von Berlin aus gemeinsam mit weiteren ExilantInnen und MitstreiterInnen aus der USPD, eine sozialistische Politik zwischen Zweiter und Kommunistischer Internationale zu implementieren.³⁹⁰

Für viele der in den 1920er Jahren in Berlin eintreffenden osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen war Stein ein wichtiger Mittler mit guten Kontakten zur deutschsprachigen Sozialdemokratie.³⁹¹ Stein unterstützte auch in administrativen Fragen. Hilfreich war dafür seine deutsche Staatsbürgerschaft, die ihm 1919 verliehen wurde.³⁹² So konnte er in Periodika der SDAPR und des *Sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion* als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts aufgeführt werden.³⁹³ Direkt nach dem Ersten Weltkrieg unterstützte er ebenfalls die Gründung von einer *Bund*-Partei in Berlin.³⁹⁴ Ebenso blieb die Übersetzungsarbeit für Stein ein wichtiges Betätigungsfeld, das auch anderen ExilantInnen zugutekam.³⁹⁵

Neben seiner journalistischen Tätigkeit engagierte sich Stein im Bereich der sozialistischen Bildungsarbeit. Bereits kurz nach Kriegsende war er bildungspolitischer Dozent und Kommissionsmitglied für sozialistische Bildungspolitik. Im

390 Vgl. hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 4.1 in dieser Arbeit.

391 Es konnte nicht abschließend geklärt werden, ob Stein nach der Oktoberrevolution noch einmal nach Sowjetrußland zurückkehrte. Der Historiker Robert Wheeler erwähnt in seiner Forschungsarbeit zur USPD einen Bericht vom 19.11.1919, in dem ein *Freiheit*-Redakteur und ein preußischer USPD-Landtagsabgeordnete genannt werden, die gemeinsam eine Auslandsreise nach Sowjetrußland unternahmen. Wheeler selbst hat keine weiteren Informationen, um wen es sich bei den erwähnten Abgeordneten und dem Redakteur handelte. Einiges spräche dafür, dass es sich beim Redakteur um Alexander Stein handelte, da dieser die russische Sprache beherrschte und über gute Kontakte zur dortigen sozialistischen Bewegung verfügte. Vgl. Wheeler, Robert F.: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution. Frankfurt am Main 1975. S. 130. Die acht Namen der *Freiheit*-Redakteure führt Wheeler in Fußnote 32, S. 350 auf.

392 Vgl. Papanek, Hanna: Alexander Stein (Pseudonym: Viator) 1881–1948, Socialist Activist and Writer in Russia, Germany, and Exile: Biography and Bibliography. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Vol. 30 (1994), Nr. 3. S. 343–379. Hier S. 350.

393 In den Publikationen wird er aufgeführt als: „Verantwortlich f[ür] Red[aktion] u[nd] Verlag Alex[ander] Rubinstein, Bln.-Wilmersdorf“.

394 Vgl. Zakharyash, Khaim: Di bundishe grupn in daytshland bes der velt-milkhome. In: NF, Vol. 12 (1937) vom 19.11.1937. S. 23.

395 Stein übersetzte folgendes Buch aus dem Russischen: Martow/Dan, Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Für ein von Eduard Bernstein aus dem Deutschen ins Russische bzw. ins Jiddische übersetzte Buch schrieb er einleitende Worte. Vgl. Bernstein, Eduard: Di daytshe revolutsye. Ir oyfkumen, ir gang un ir oyftu. Berlin 1922 bzw. Bernstein, Eduard: Gernanskaja revolucija. Istorija eë voznikovenija i eë pervogo perioda. Berlin/Dresden 1922.

Spätsommer 1919 legte der USPD-Parteiverband Berlin-Brandenburg einen Schwerpunkt auf Bildungsarbeit. Zusammen mit bekannten SozialistInnen wie Luise Kautsky und Kurt Löwenstein war Stein für das Konzept einer *Arbeiter-Bildungsschule* zuständig. Die Arbeitsschwerpunkte der Schule lagen in den Bereichen Kunst, Theater, Jugend und Schule.³⁹⁶ Mitte der 1920er Jahre knüpfte Stein auch innerhalb der SPD an diese Arbeit an. Im Dezember 1925 wurde er zum Sekretär des *Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit* ernannt und übernahm damit die Leitung der sozialdemokratischen Bildungsarbeit. 1926 wurde er ebenfalls Leiter der *Freien Sozialistischen Hochschule*.³⁹⁷ Bereits im November 1925 schrieb er diesbezüglich begeistert an Karl Kautsky: „Mich befriedigt diese Arbeit viel mehr als die bisherige, da sie mir die Möglichkeit gibt, mich intensiv in einer Bewegung zu betätigen, die nach meiner Überzeugung jetzt in Deutschland die lebendigste und verheissungsvollste ist.“³⁹⁸

In seiner Funktion als Leiter des *Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit* gründete Stein mit der *Bücherwarte* und der *Sozialistischen Bildung* zwei sozialdemokratische Zeitschriften. Besonders für die *Bücherwarte*, in der hauptsächlich Buchrezensionen veröffentlicht wurden, ist die erhöhte Beteiligung osteuropäischer ExilantInnen auffällig. In ihr rezensierten neben Stein mit Pëtr Garvi, Solomon Švarc und Grigorij Binštok drei weitere osteuropäisch-jüdische Sozialisten regelmäßig deutsch- und russischsprachige Bücher – eine sicherlich lohnende Arbeit, da es einerseits ihre Bekanntheit innerhalb der deutschsprachigen sozialistischen Bewegung steigerte und andererseits mit hoher Wahrscheinlichkeit auch vergütet wurde.

Stein nahm 1928 als Mitglied der SPD-Delegation am Kongress der SAI in Brüssel teil.³⁹⁹ Im August 1933 emigrierte er nach Prag, wo bis 1938 ein Exilzentrum der deutschen Sozialdemokratie bestand. Dort war er ständiger Mitarbeiter des *Neuen Vorwärts* und der *Sozialistischen Aktion*. Parallel dazu widmet sich Stein auch in der Tschechoslowakei der sozialdemokratischen Bildungsarbeit. Seine deutsche Staatsbürgerschaft wurde ihm bereits im April 1933 von den NationalsozialistInnen aberkannt.⁴⁰⁰ 1938 migrierte Stein von Prag nach Paris. 1940

396 Vgl. Jahresbericht des USPD-Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg vom 01.04.1919 – 31.03.1920. S. 19. Eingesehen in: BArch, Bestand RY 19/18.

397 Für die bildungspolitischen Funktionen von Stein vgl. Papanek, Alexander Stein, S. 359.

398 Brief von Alexander Stein an Karl Kautsky vom 06.11.1925. Eingesehen in: AdsD, Nachlass Karl und Luise Kautsky, Nr. 513.

399 Vgl. provisorische Delegiertenliste des Dritten SAI-Kongresses in Brüssel. Eingesehen in: IISH, Labour and Socialist International Archives, Nr. 51.

400 Vgl. Karteikarte Rubinstein, Alexander. Eingesehen in: BArch, R58/3347b.

floh er nach New York, wo er neben der deutschsprachigen nun auch wieder in der russischsprachigen Exilgruppe aktiv war. 1948 verstarb Stein in New York.⁴⁰¹

Stein wurde um die Jahrhundertwende innerhalb der russländischen Sozialdemokratie politisiert. Aufgrund seines Migrationsweges und der daraus resultierenden Brüche lässt sich der sich als Internationalist verstehende osteuropäisch-jüdische Sozialist jedoch schwer in staatsbürgerliche Kategorien einordnen. Hierauf verweist auch der Titel seiner unveröffentlichten Autobiografie *In drei Arbeiterbewegungen*.⁴⁰² Als „Grenzgänger“⁴⁰³ nahm Stein im Berlin der Weimarer Republik eine Mittlerrolle zwischen der deutschsprachigen Sozialdemokratie und den russländischen ExilantInnen ein. Für die deutsche ArbeiterInnenbewegung arbeitete er im journalistischen und bildungspolitischen Bereich, für die osteuropäischen SozialistInnen führte er Übersetzungstätigkeiten durch, unterstützte administrativ Exilparteien und half den ExilantInnen mit seinen Netzwerken und durch Publikationsmöglichkeiten. Darauf, dass er sich in den 1920er Jahren stärker zur deutschsprachigen als zur russländischen ArbeiterInnenbewegung zugehörig fühlte, verweist sein Emigrationsweg nach 1933. Anders als die überwiegende Mehrheit der russländischen SozialistInnen migrierte er nicht nach Paris, sondern nach Prag.

3.2.9 Der linke Sozialrevolutionär – Isaak Štejnberg

Isaak Štejnberg war eine der schillerndsten politischen Persönlichkeiten der sozialistischen Exilgruppe. In all seinen Tätigkeiten verband er seine sozialrevolutionäre Ausrichtung mit seinem jüdischen Glauben. 1888 wurde Štejnberg in Dvinsk geboren und wuchs in einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie auf. In seiner Erziehung wurde großen Wert auf religiöse und säkulare Bildung gelegt. Mit Anfang 20 beherrschte er mit Russisch, Jiddisch, Deutsch und Hebräisch bereits vier Sprachen fließend. Nach seinem Schulabschluss war es Štejnberg möglich, als einer von sehr wenigen jüdischen Studenten 1906 auf die juristische Fakultät in Moskau zu wechseln. Neben seinem Studium fand er in der Stadt Anschluss an sozialrevolutionäre Gruppierungen, weswegen er kurz darauf aufgrund revolutionärer Aktivitäten verhaftet wurde.

401 Für die Zeit nach 1933 vgl. Papanek, Alexander Stein; Papanek, Hanna: Elly und Alexander. Revolution, Rotes Berlin, Flucht, Exil – Eine sozialistische Familiengeschichte. Berlin 2006.

402 Für den Hinweis auf die Autobiografie vgl. Papanek, Alexander Stein, S. 345.

403 Für den Begriff vgl. die Verwendung durch Uli Schöler in Bezug auf den russländischen Migranten Aleksandr Šifrin: Schöler, Totalitarismustheoretische Ansätze bei Alexander Schifrin.

Eine Anekdote aus dieser Zeit verdeutlicht, wie ernst Štejnberg die religiösen Gebote des Judentums befolgte: 1907, während seines Gefängnisaufenthaltes, soll er seine Entlassungspapiere zuerst nicht unterschrieben haben, da ihm diese am Samstag – dem jüdischen Ruhetag, an dem das Schreiben verboten ist – vorgelegt wurden.⁴⁰⁴ Belegt ist, dass sich Štejnberg nach der Gefängnisstrafe dafür entschied, anstelle einer Verbannung nach Sibirien ins westeuropäische Exil zu gehen. Gemeinsam mit seinem Bruder Aron lebte er für mehrere Jahre in Heidelberg, wo er 1910 an der juristischen Fakultät seine Promotion abschloss. Die Brüder wurden von ihrem russländischen Talmud-Lehrer begleitet, der sie auch im Deutschen Kaiserreich regelmäßig unterrichtete.⁴⁰⁵

Nach Beendigung des Universitätsstudiums kehrte Štejnberg ins Russländische Reich zurück. In den ersten Jahren nach seiner Rückkehr ließ er sein politisches Engagement ruhen. Zuerst arbeitete er als Anwalt in Moskau, wo er 1914 heiratete. Auch während des Ersten Weltkrieges verblieb er in der Stadt, in der er sich in der Jüdischen Gemeinde engagierte und Kriegsoffer unterstützte. Erst 1916 nahm er seine parteipolitischen Aktivitäten innerhalb der SR wieder auf. Als überzeugter Internationalist orientierte er sich an der linken Parteifraktion, weswegen er nach der Februarrevolution in Opposition zu rechten SozialrevolutionärInnen stand, die mit bürgerlichen Parteien eine Regierungskoalition eingingen.

Seit der Februarrevolution kam der SR eine wichtige Funktion innerhalb der russländischen Gesellschaft zu. Die Partei war das politische Bindeglied zwischen den ArbeiterInnen und der Bauernschaft, wodurch die sozialrevolutionäre Bewegung als Koalitionspartnerin sowohl für andere Parteien aus der ArbeiterInnenbewegung als auch bürgerliche Parteien von großer Bedeutung war. Aufgrund der Regierungsbeteiligung von sozialrevolutionären PolitikerInnen mit bürgerlichen Parteien spaltete sich der linke Parteiflügel im November 1917 vom Rest der Partei ab. Als unabhängige Partei verhandelte die *Partei Linker Sozialrevolutionäre* (PLSR) über eine Regierungsbeteiligung als Juniorpartnerin mit den Bol'seviki. Nach längeren Debatten stimmte die PLSR am 10. Dezember 1917 einer Koalition zu, in der Štejnberg zum Volkskommissar der Justiz ernannt wurde.⁴⁰⁶ Er verblieb in diesem Amt bis zum Bruch der Koalition im März 1918. In seinen Erinnerungen stellte Štejnberg diese Koalition als Zweckgemeinschaft dar, die er folgendermaßen begründete:

404 Vgl. Wallat, Oktoberrevolution oder Bolschewismus, S. 14.

405 Vgl. Krutikov, Mikhail: Isaac Nahman Steinberg: From Anti-Communist Revolutionary to Anti-Zionist Territorialist. In: Jews in Eastern Europe, Vol. 7 (1999), Nr. 1/2. S. 5–24. Hier S. 6f.

406 Vgl. Wallat, Oktoberrevolution oder Bolschewismus, S. 19.

[Wir waren der Überzeugung,] daß in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft die beiden gleichwertigen Faktoren mit gleicher Kraft wirken: sowohl die materiell-ökonomischen Interessen, als auch die geistig-ethischen Ideale. In ihrer Tätigkeit stützte sie [die PLSR] sich auf die werktätigen Massen des Volkes, indem sie den Zusammenschluß von Arbeitern, werktätigen Bauern und geistigen Arbeitern organisierte.⁴⁰⁷

In der nur wenige Monate andauernden Regierungsbeteiligung trug die PLSR – und damit auch Štejnberg – zu zwei unterschiedlichen Entwicklungen bei. Auf der einen Seite schien eine stärkere Verfolgung von politischen GegnerInnen durch ihr Wirken verhindert worden zu sein. Als Volkskommissar der Justiz war Štejnberg bemüht, den beginnenden Staatsterror einzudämmen, was ihm auch seine politischen KontrahentInnen honorierten. So bewertete der Sozialdemokrat Grigorij Aronson das sowjetische Rechtssystem in den wenigen Monaten, in denen Štejnberg Volkskommissar war, als eines der zeitgenössisch besten und liberalsten in Europa.⁴⁰⁸ Auf der anderen Seite war die PLSR mit ihrem Zugang zur bäuerlichen Bevölkerung und ihren organisatorischen Fähigkeiten auch „unge-wollt[er] Steigbügelhalter des Bolschewismus“⁴⁰⁹.

Nachdem die Regierungskoalition im März 1918 insbesondere am Streit um den Umgang mit der Bauernschaft und der Anwendung von Terror als politischem Mittel zerbrach, reiste Štejnberg für mehrere Monate mit Parteauftrag ins westeuropäische Ausland. In Deutschland und der Schweiz warb er um Unterstützung für die Positionen der PLSR und deren Parteilinie. Kurz nach seiner Rückkehr nach Moskau wurde Štejnberg zusammen mit allen anderen PLSR-Führungskräften verhaftet. Während seiner Abwesenheit war die Partei zur sozialrevolutionären Taktik des individuellen Terrors gegen politische Führungskräfte zurückgekehrt. Nach Abschluss des Brest-Litovsk-Vertrages im Sommer 1918 verübten SozialrevolutionärInnen ein Attentat auf den damaligen deutschen Botschafter Wilhelm Graf von Mirbach, der hierbei verstarb.⁴¹⁰ Štejnberg trat 1922 mit anderen sozialistischen Gefangenen anstelle der innerrussischen Verbannung den Weg ins ausländische Exil ohne Rückkehroption an.

Angekommen im Berliner Exil, wurde Štejnberg Mitglied im Exil-Zentralkomitee der PLSR. Darüber hinaus war er zwischen 1924 und 1930 Herausgeber der Parteizeitschrift *Organ der Auslandsorganisation der PLSR*.⁴¹¹ Durch zahlreiche

407 Steinberg, Als ich Volkskommissar war, S. 10f.

408 Vgl. Aronson, Grigorij: Dr. I. N. Shtejnberg – „der linker es-er“. In: Aronson, Grigorij: Rusishyidische inteligents. Khlal-tuer, shrayber, politiker, tragishe geshtaltn. Buenos Aires 1962. S. 188–217. Hier S. 202.

409 Wallat, Oktoberrevolution oder Bolschewismus, S. 20.

410 Vgl. Wallat, Oktoberrevolution oder Bolschewismus, S. 21.

411 Vgl. Wallat, Oktoberrevolution oder Bolschewismus, S. 22.

Vorträge und Teilnahmen an Diskussionsrunden blieb er innerhalb der russisch- und jiddischsprachigen Berliner Emigrationskreise ein bekanntes politisches Gesicht.⁴¹² Besonders seine in den ersten Jahren publizierten Monografien, die er auf Russisch verfasste und ins Jiddische übersetzen ließ, zeugen davon, dass ihn die revolutionären Geschehnisse des Jahres 1917 fortwährend bewegten.⁴¹³ Die Publikation seiner Erinnerungen über die Zeit als Volkskommissar und seine Auseinandersetzung mit der Thematik der Gewalt und des Terrors in Russland erschien wenige Jahre später ebenfalls in deutscher Sprache.⁴¹⁴ Außerhalb seines parteipolitischen Engagements leitete Štejnberg den bis 1927 existierenden russischsprachigen Verlag *Skythen GmbH*, in dem er unter dem Pseudonym I. Levadin selbst veröffentlichte.⁴¹⁵

Mitte der 1920er Jahre veränderte sich Štejnbergs persönlicher und politischer Fokus. Die Arbeit für die Exilgruppe der PLSR rückte in den Hintergrund und Štejnberg fokussierte sich nun verstärkt auf den jiddischsprachigen Handlungsraum, entwickelte theoretische Konzepte zum Sozialismus und wurde zu einem vehementen Vertreter des jüdischen Territorialismus. Die Forderung nach einem jüdischen Nationalstaat außerhalb des Mandatsgebiets Palästina vertrat er als Herausgeber der zwischen 1926 und 1937 in 18 Ausgaben erscheinenden Zeitschrift *Fraye shriftn. Farn yidishn sotsialistischen gedank*. Das in Warschau gedruckte jiddischsprachige Publikationsorgan setzte sich zum Ziel, unterschiedliche Theorien des nichtmarxistischen Sozialismus zu bündeln.⁴¹⁶ In der Zeitschrift publizierten über 40 Personen aus unterschiedlichen Städten und Ländern, was auf das große Netzwerk verweist, über das Štejnberg auch während der Berliner

412 Zwischen 1923 und 1928 können fünf öffentliche Auftritte Štejnbergs nachgewiesen werden. Vgl. die Einträge Nr. 2.901, Nr. 3.963, Nr. 5.018, Nr. 5.029 und Nr. 6.009 in: Schlögel/Kucher/Suchy/Thum, *Chronik russischen Lebens in Deutschland*, Kapitel: Chronik. Die Veranstaltungen fanden u. a. im Logenhaus in der Kleiststraße 10 (Berlin-Charlottenbug) im *Sholem-Alechem-Klub* und bei der *Vereinigung jüdischer Studierender* statt.

413 U. a. Štejnberg, Isaak: *Navstvennyj lik revolucii*. Berlin 1923; in jiddischer Übersetzung von Shmuel Fridman: *Shtejnberg, Izak: Der moralisher pnim fun der revoliutsie*. Berlin 1925; Štejnberg, Isaak: *Ot' fevralja po oktjabr' 1917 g.* Berlin 1920; in jiddischer Übersetzung von Rapoport: *Shtejnberg, I. N.: Fun februar biz oktober 1917*. Warschau 1928.

414 Vgl. Steinberg, *Als ich Volkskommissar war*; Steinberg, Isaak: *Gewalt und Terror in der Revolution*. Berlin 1931.

415 Vgl. Kühn-Ludewig, *Jiddische Bücher aus Berlin*, S. 147; Eintrag Nr. 210: *Skify*, Izd-vo. In: Schlögel/Kucher/Suchy/Thum, *Chronik russischen Lebens in Deutschland*, Kapitel: *Russische Verlage und Druckereien in Berlin*.

416 Vgl. Krutikov, *Isaac Nahman Steinberg*, S. 16.

Exilzeit verfügte. Unter ihnen befanden sich auch die Berliner Exilanten Daniel Tsharni und Abraham Menes.⁴¹⁷

Für Štejnberg stellte die Herausgabe der Zeitschrift eine Möglichkeit dar, sich politisch und intellektuell neu zu orientieren. 1929 definierte die Zeitungsredaktion ihre theoretische Verortung innerhalb des internationalen Sozialismus und des jüdischen Territorialismus – ein Schritt, der mit großer Sicherheit vom Herausgeber begleitet wurde. Hierbei wurde das Konzept einer „revolutionär-ethischen idealistischen Weltanschauung“⁴¹⁸ postuliert, die sich innerhalb der ArbeiterInnenbewegung gegen marxistische Dogmen sowohl von bolschewistischer als auch sozialdemokratischer Seite und innerhalb jüdischer Nationalbestrebungen von zionistischen Konzepten, aber auch von der bundischen Idee einer national-kulturellen Autonomie abgrenzte. Die Zeitschriftenredaktion sah ihre Aufgabe darin, eine aktivistische jüdische Kultur zu unterstützen, die am „radikalen-sozialistischen Streben der Menschheit“⁴¹⁹ anknüpfen und alle Strömungen der jüdischen Geschichte und der vielfältigen Gegenwart zusammenführen sollte. Zwar behauptete die Redaktion, dabei parteiunabhängig zu agieren, trotz alledem war der sozialrevolutionäre und territorialistische Einfluss Štejnbergs und seiner MitstreiterInnen deutlich herauszulesen.

Isaak Štejnberg zog 1933 nach London, von wo aus er bis 1937 die Herausgabe der *Fraye shriftn* fortführte. In den 1940er Jahren gelangte er über Perth zu Familienmitgliedern in Kanada. In diesen beiden Jahrzehnten entwarf er immer konkretere Pläne eines jüdischen Territorialismus. 1957 verstarb Štejnberg in New York.

Im Laufe der 1920er Jahre wandelte sich Isaak Štejnbergs politisches Selbstverständnis vom Eintreten für die linke Fraktion der SozialrevolutionärInnen hin zum jüdischen Territorialismus. Im Berliner Exilraum genoss Štejnbergs als ehemaliger Volkskommissar der Justiz Sowjetrusslands eine besondere Stellung. Er blieb durch Publikationen und Auftritte bei öffentlichen Veranstaltungen eng in die sozialistischen Handlungsräume Berlins eingebunden.

⁴¹⁷ Vgl. Krutikov, Isaac Nahman Steinberg, S. 2.

⁴¹⁸ N. N.: Redaktsie fun di „Fraye shriftn“: Tsu lezer un fraynt! In: *Fraye shriftn*. Farn yidishn sotsialistischen gedank. Warschau November 1928. S. 1f. Hier S. 1.

⁴¹⁹ N. N.: Redaktsie fun di „Fraye shriftn“: Tsu lezer un fraynt! In: *Fraye shriftn*. Farn yidishn sotsialistischen gedank. Warschau November 1928. S. 1f. Hier S. 1.

3.3 Zwischenresümee

In diesem Kapitel wurden die von osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen mitgeprägten Handlungsräume des „Roten Berlins“ aus zwei unterschiedlichen Perspektiven heraus betrachtet. Aufgefächert in einen jiddisch-, russisch- und deutschsprachigen Handlungsraum wurden im ersten Teil des Kapitels die Parteien und Organisationen aufgeführt, die von den ExilantInnen neu geschaffen wurden oder an denen sie sich beteiligten. In der zweiten Hälfte des Kapitels wurden anhand biografischer Skizzen von neun osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen beispielhaft die Verknüpfungen zwischen den drei Handlungsräumen aufgezeigt. Ferner wurde durch diese aufeinanderfolgende biografische Darstellung die bereits im vorherigen Kapitel erörterte politische und gesellschaftliche Vielfalt der Exilgruppe veranschaulicht.

Berlin war zur Zeit der Weimarer Republik ein wichtiger politischer Migrations- und Exilort des osteuropäisch-jüdischen Sozialismus. Aus der Stadt heraus agierten VertreterInnen von fünf osteuropäisch-sozialistischen Exilparteien, an denen sich auch jüdische SozialistInnen beteiligten. Für sie avancierte der Exilort besonders in den ersten Jahren nach Kriegsende zu einem wichtigen Zentrum sowohl des sozialistischen als auch des jüdischen gesellschaftlichen Lebens in Europa. Neben Exilparteien entstanden Literatur-, ArbeiterInnen-, und Debatteklubs; es wurden Verlage und Zeitungsredaktionen gegründet. Diese migrantische sozialistische Vielfalt existierte in Berlin trotz einer ab Mitte der 1920er Jahre geringer werdenden Anzahl osteuropäischer SozialistInnen in der Stadt bis ins Jahr 1933.

Im Vergleich zu anderen osteuropäisch-jüdischen Migrationsgruppen war die sozialistische Gruppe auch deshalb besonders, da zahlreiche ExilpolitikerInnen und politische Intellektuelle Berlin bewusst als Exilort auserkoren hatten. Von Beginn an nahmen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen die Stadt nicht als einen notwendigen Durchgangsort zu anderen Emigrationsorten wahr, sondern sahen in ihr ein mögliches mittelfristiges Zuhause. Insbesondere diejenigen, die vor Ort eine parteipolitische, journalistische oder anderweitige Anbindung genossen, verblieben größtenteils bis ins Jahr 1933. Im Stadtraum agierten die ExilantInnen und politischen Intellektuellen in jiddisch- und russischsprachigen Exilparteien sowie in weiteren politischen und kulturellen Organisationen. Zugleich fanden sie notwendige Anknüpfungspunkte an den weit größeren deutschsprachigen sozialistischen Handlungsraum und beteiligten sich an Diskussionen der internationalen ArbeiterInnenbewegung.

Die Stadt Berlin wurde auch über die Exilgruppe hinaus von sozialistischen Parteien aus Ost- und Ostmitteleuropa als bedeutendes Zentrum des europäischen Sozialismus wahrgenommen. Sowohl die SPD-Parteizentrale, in der die

Parteiarchive der SDAPR und des *Bund* untergebracht waren, als auch das Ende der 1920er Jahre eröffnete SDAPR-Parteigrab, auf dessen Grabstein an sechs im Exil verstorbene osteuropäisch-jüdische Sozialisten gedacht wurde, stellten Orte dar, die von SozialistInnen aus dem östlichen Europa während kurzfristiger Berlin-Aufenthalte aufgesucht wurden.

Der jiddisch- und russischsprachige Handlungsraum des Berlins der Weimarer Republik folgte den bekannten Periodisierungen und Brüchen der Zeit. In der Zeit vom Kriegsende bis 1923 lebten besonders im Ostteil der Stadt zahlreiche ArbeiterInnen aus Osteuropa, die aufgrund von Hunger, Krieg und Pogromen Richtung Westen geflohen waren. Diese Migrationsgruppe war ein agitatorisches Ziel des heterogenen Parteienspektrums der osteuropäischen ArbeiterInnenbewegung. Ausgelöst durch politische und ökonomische Krisensymptome wie das sogenannte Scheunenviertelpogrom und die Hyperinflation erfuhr der jiddisch- und russischsprachige Migrationsraum 1923 einen Wegzug zahlreicher nicht organisierter osteuropäischer ArbeiterInnen. Spätestens ab Mitte der 1920er Jahre sollten die im Laufe des sowjetischen Bürgerkrieges nach Berlin geflüchteten PolitikerInnen und politischen Intellektuellen durch zahlreiche institutionelle Neugründungen das Bild der jiddisch- und russischsprachigen sozialistischen Handlungsräume in entscheidender Form verändern und prägen. Ein zweiter Bruch erfolgte zu Beginn der 1930er Jahre. Ausgelöst durch ökonomische Probleme aufgrund der Weltwirtschaftskrise und des politischen Aufstiegs der NSDAP gerieten die ExilantInnen samt Exilparteien und Organisationen verstärkt unter Druck. Die Mehrheit der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen sah sich in diesem Moment in einem Verteidigungskampf für die demokratische Gesellschaft, der sich sowohl gegen den Faschismus als auch gegen den Kommunismus richtete.

Zwischen den drei sozialistischen Handlungsräumen gab es größere Unterschiede. Im jiddischsprachigen Handlungsraum entstand durch die in der Sowjetunion verbotenen politischen Alternativen des Bundismus, Zionismus und Territorialismus eine große innersozialistische Diversität. Dabei existierten enge Verbindungen zwischen ExilpolitikerInnen und kulturpolitischen sowie wissenschaftlichen Organisationen und Institutionen. Verglichen hiermit erscheint der Aufbau des sozialistischen russischsprachigen Handlungsraumes eklektischer. Die russischsprachigen SozialistInnen verblieben eng in den geschaffenen parteipolitischen Zusammenhängen, wodurch auch weniger Überschneidungen im Bereich von kulturpolitischen und wissenschaftlichen Organisationen zustande kamen. Auffallend ist darüber hinaus, dass der russischsprachige Handlungsraum durch das quantitative Übergewicht der Mitglieder der SDAPR durch die sozialdemokratische Partei stark dominiert wurde. Andere russischsprachige Parteien der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung wie die *Sozialrevolutionäre*

Partei waren nicht so präsent und wichen nach wenigen Jahren mehrheitlich auf die Exilorte Prag und Paris aus. Anknüpfungspunkte zum sozialistischen deutschsprachigen Handlungsraum ergaben sich besonders in Form von bestehenden und neu aufgebauten Netzwerken, die es den ExilantInnen ermöglichten, in deutscher Sprache zu publizieren, an Vorträgen und Debatten teilzunehmen und anderweitig auf parteipolitischer Ebene zu kooperieren. Ebenfalls vertieften sich in den 1920er Jahren persönliche Bekanntschaften zwischen osteuropäischen und deutschen ParteianführerInnen.

Ein weiterer Unterschied zwischen den Handlungsräumen, der in diesem Kapitel bereits angedeutet wurde und im folgenden dritten Kapitel eine Vertiefung erfährt, bestand in den thematischen Debatten, an denen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen beteiligt waren. Während sie innerhalb des deutschsprachigen Handlungsraumes vornehmlich als ExpertInnen für politische, historische und soziale Entwicklungen in Osteuropa kontaktiert wurden, gab es in den zwei weiteren Handlungsräumen eine merklich größere thematische Vielfalt.

Im Berliner Exilraum trafen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen auf eine neue Lebenswelt mit veränderten Handlungsmöglichkeiten, politischen UnterstützerInnen und GegnerInnen. Zugleich bedeutete für sie das Leben in Berlin keinen vollständigen Abbruch ihrer osteuropäischen Lebenswelt. Teile dieser Lebenswelt erhielten sie sich in den migrantischen Handlungsräumen; gleichzeitig verfolgten viele von ihnen mit Interesse die Entwicklungen in ihrer Heimat. Nur für einige wenige stellte der Weg ins Exil einen Abbruch ihrer politischen Tätigkeit innerhalb der sozialistischen Bewegung dar. Ein Beispiel der Absenz von politischer Arbeit ist Mark Broido, ein früherer Men'shevik, der seit Beginn der 1920er für mehrere Jahre in Berlin in der sowjetischen Handelsvertretung arbeitete. Sein Kontakt zu Exilgruppierungen brach jedoch nicht vollständig ab, sondern bestand über seine in der SDAPR-Auslandsdelegation aktive Ehefrau Eva Broido fort.⁴²⁰

Die biografischen Skizzen verdeutlichen, wie selbstverständlich sich die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen aufgrund ihrer Erfahrungen aus dem multiethnischen osteuropäischen Raum und ihrer vielfältigen, ausgezeichneten Sprachkenntnisse zwischen den Handlungsräumen bewegten. Auch wenn nicht jede Person in gleicher Form in allen drei Handlungsräumen agieren konnte oder wollte, hatte die Gruppe dabei eine MittlerInnenfunktion inne. Durch ihre Beteiligung an und den Aufbau von verschiedenen Organisationen transferierte die Exilgruppe Debatten von einem in den anderen Handlungsraum.

⁴²⁰ So berichtet es seine Tochter Vera Broido in ihrer Autobiografie. Vgl. Broido, *Daughter of Revolution*, S. 185f. und S. 208.

Die Mehrheit der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen nahm das Leben in Berlin als ein durch die Bol'sheviki ausgelöstes, erzwungenes Exil wahr. Viele hofften auf eine Rückkehr in die Sowjetunion, doch nur wenigen sollte diese Rückkehr ermöglicht werden. Diese rettete die RückkehrerInnen zwar vor dem Nationalsozialismus und dem Holocaust, endeten aber dennoch grausam, wie anhand des Lebensweges von Dovid Bergelson verdeutlicht wurde. Dagegen flohen die in Westeuropa verbliebenen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ab 1933 in mehreren Etappen vor den NationalsozialistInnen. Aufgrund bestehender Netzwerke und wohl auch durch ihr erworbenes Gespür für politische Gefahren konnten sich alle in dieser Studie betrachteten SozialistInnen vor den NationalsozialistInnen retten.

Zwischen 1920 und 1933 hatte sich die Wahrnehmung des Berliner Exilraums fundamental verändert. Nahmen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen Berlin zu Beginn noch als „freieste Stadt der Welt“⁴²¹ wahr, in der die sozialistische Revolution nach marxistischer Theorie möglich erschien,⁴²² schlug dies in den 1930er Jahren ins genaue Gegenteil um. Zwischen diesen beiden Extremen bestand für einige Jahre ein Berliner Exil- und Migrationsort, in dem die aus der Sowjetunion herausgedrängte politische Vielfalt des osteuropäisch-jüdischen Sozialismus aufrechterhalten und fortgeführt werden konnte.

421 Kosovski, Vladimir: Der krizis in der daytsher sotsial-demokratie. In: Di tsukunft, Vol. 29 (1924), Nr. 2. Abraham Menes formuliert einen ähnlichen Gedanken über den Berliner Exilort der 1920er Jahre in seiner biografischen Skizze über den Lebensweg von Franz Kursky. Vgl. Menes, Der lebns-veg, S. 24.

422 Vgl. Ascher, Pavel Axelrod, S. 349.